ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Wollmershäuser, Timo et al.

Article

ifo Konjunkturprognose Sommer 2020: Deutsche Wirtschaft – es geht wieder aufwärts

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Wollmershäuser, Timo et al. (2020) : ifo Konjunkturprognose Sommer 2020: Deutsche Wirtschaft – es geht wieder aufwärts, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 73, Iss. Sonderausgabe, pp. 3-58

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/225178

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Timo Wollmershäuser, Marcell Göttert, Christian Grimme, Carla Krolage, Stefan Lautenbacher, Robert Lehmann, Sebastian Link, Ann-Christin Rathje, Magnus Reif, Anna Pauliina Sandqvist, Radek Šauer, Marc Stöckli und Anna Wolf

ifo Konjunkturprognose Sommer 2020: Deutsche Wirtschaft – es geht wieder aufwärts

IN KÜRZE

Die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zur Eindämmung haben die deutsche Wirtschaft in die mit Abstand tiefste Rezession ihrer Nachkriegsgeschichte gestürzt. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte nach einem Rückgang im ersten Vierteljahr 2020 in Höhe von 2,2% im zweiten Vierteljahr noch einmal um schätzungsweise 11,9% geschrumpft sein. In Folge der deutlich sinkenden Neuinfektionszahlen wurden die Shutdown-Maßnahmen mittlerweile gelockert oder für manche Wirtschaftsbereiche ganz aufgehoben. Damit gilt als sicher, dass die konjunkturelle Talfahrt gestoppt wurde und die Erholung der wirtschaftlichen Aktivität einsetzte. Bedingt durch die niedrige Produktion an Waren und Dienstleistungen während des Shutdown fallen die Zuwachsraten mit 6,9% und 3,8% im dritten und vierten Quartal kräftig aus. Dennoch wird die Wirtschaftsleistung im Durchschnitt dieses Jahres voraussichtlich um 6,7% niedriger sein als im Jahr 2019. Im kommenden Jahr setzt sich die Erholung fort. Im Jahresdurchschnitt dürfte das Bruttoinlandsprodukt um 6,4% wachsen. Die vorliegende Prognose basiert auf einer Reihe von Annahmen über den weiteren Verlauf der Pandemie sowie über das Tempo und die Dauer der konjunkturellen Erholung in Deutschland.

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft

1.1 ÜBERBLICK

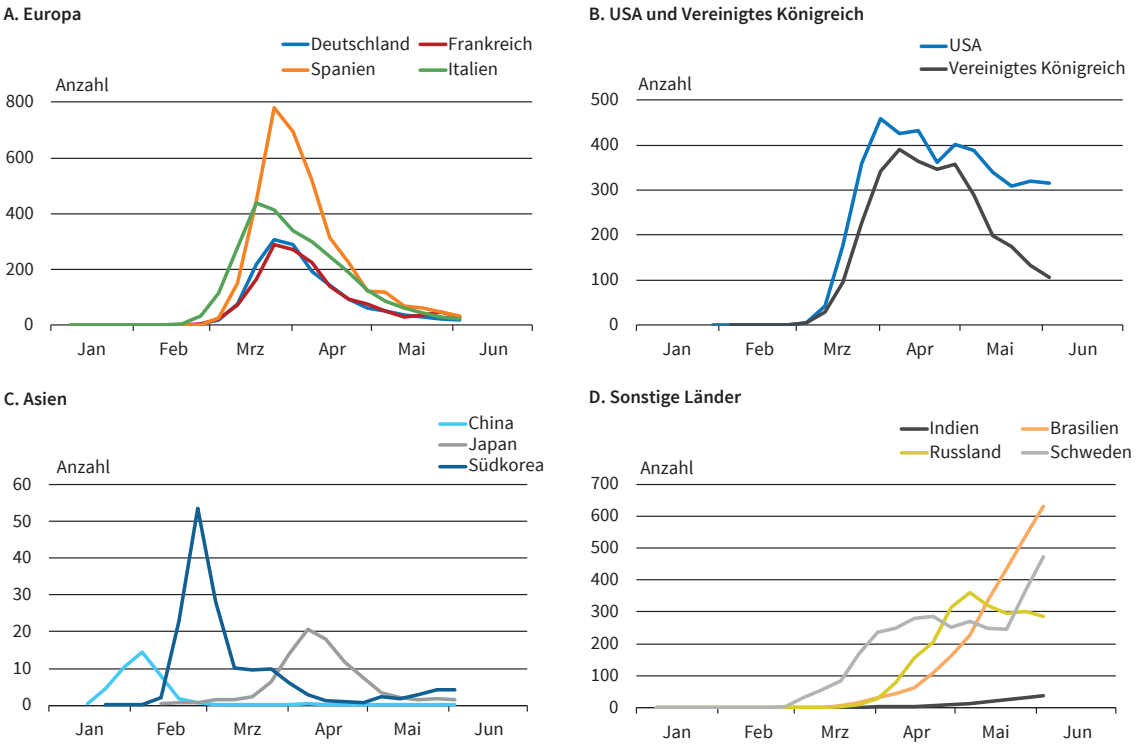
Das Coronavirus hat die Weltwirtschaft auf den Kopf gestellt. Nachdem zum Jahresende 2019 Anzeichen einer Wiederbelebung des Verarbeitenden Gewerbes zu beobachten waren und der Dienstleistungshandel weiter stabil expandierte, brach die Wirtschaft weltweit im ersten Quartal ein. Ausgangspunkt war China; dort kam es bereits im Dezember zu ersten Infektionen mit dem Virus, die sich dann über den Jahreswechsel bis Ende Februar ausbreiteten (vgl. Abb. 1.1). Die chinesische Regierung reagierte unter anderem mit einer Verlängerung der Feiertage im Rahmen des Neujahrsfestes, einer Ausgangssperre in der Provinz Hubei und umfangreichen Mobilitätsbeschränkungen. Das Virus breitete sich aber über andere asiatische Länder weiter aus, ab Anfang März traten erste Fälle auch in Italien auf und kurze Zeit später in den meisten anderen europäischen Ländern. Schließlich war der nord- und südamerikanische Kontinent betroffen. Spätestens ab Ende März wurden nahezu in allen Ländern staatliche Maßnahmen ergriffen, um die Ausbreitung zu verlangsamen. Diese Maßnahmen ähnelten sich qualitativ, wurden aber zu unterschiedlichen Zeitpunkten eingeführt und fielen in ihrer Intensität und Dauer recht heterogen aus (vgl. Abb. 1.2).

Die Eindämmungsmaßnahmen drosselten bereits im ersten Quartal die weltweite wirtschaftliche Aktivität (vgl. Abb. 1.3 A und B). Die Industrieproduktion sank ab Januar in China, ab Februar in anderen asiatischen Ländern und ab März in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Hierdurch wurde auch der Welthandel deutlich beeinträchtigt und ging im ersten Quartal um etwa 2,5% zurück (vgl. Abb. 1.3 C). Zusätzlich führten die Maßnahmen sowie ein vorsichtigeres Verhalten vieler Verbraucher zum Einbruch des privaten Konsums (vgl. Abb. 1.3 D). Insgesamt schrumpfte das Welt-Bruttoinlandsprodukt zu Jahresbeginn um mehr als 3%.

Der starke Rückgang des Konsums unterscheidet die jetzige Phase von vergangenen Abschwüngen bzw. Rezessionen, in denen die Konsumausgaben relativ stabil blieben und Konjunkturschwankungen vor allem durch die Investitionsausgaben erklärt werden konnten. Der Konsum brach in allen fortgeschrittenen Volkswirtschaften ein (vgl. Abb. 1.4 A). Zum einen führten die staatlichen Maßnahmen dazu, dass viele Güter und vor allem Dienstleistungen nicht nachgefragt werden konnten. Zu diesen Maßnahmen zählten die Schließung der Gastronomie, der Beherbergungsstätten und aller sonstigen touristischen Betriebe sowie ein Verbot von öffentlichen Veranstaltungen. Dass der Dienstleistungssektor im besonderen Maße leidet, zeigt sich auch an dem starken Einbruch des Einkaufsmanagerindex (vgl. Abb. 1.4 B). Zum anderen verschlechterte sich die Lage an den Arbeitsmärkten.

Abb. 1.1

Coronavirus: Neuinfektionen seit Januar 2020
Neuinfektionen pro Woche; pro 100 000 Einwohner

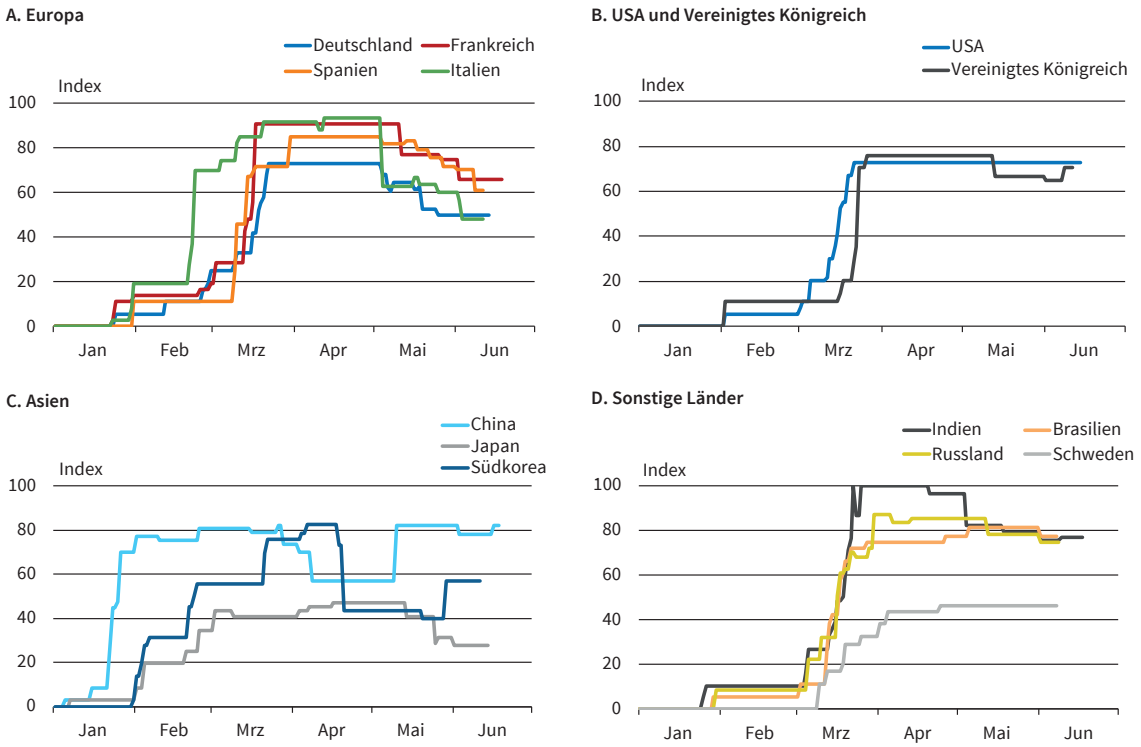


Quelle: Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC); Robert Koch-Institut; Centers for Disease Control & Prevention; Public Health England; China National Health Commission; Japanese Ministry of Health, Labour & Welfare; Korea Ministry of Health & Welfare; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 1.2

Coronavirus: Eindämmungsmaßnahmen-Index[a]
Tägliche Daten

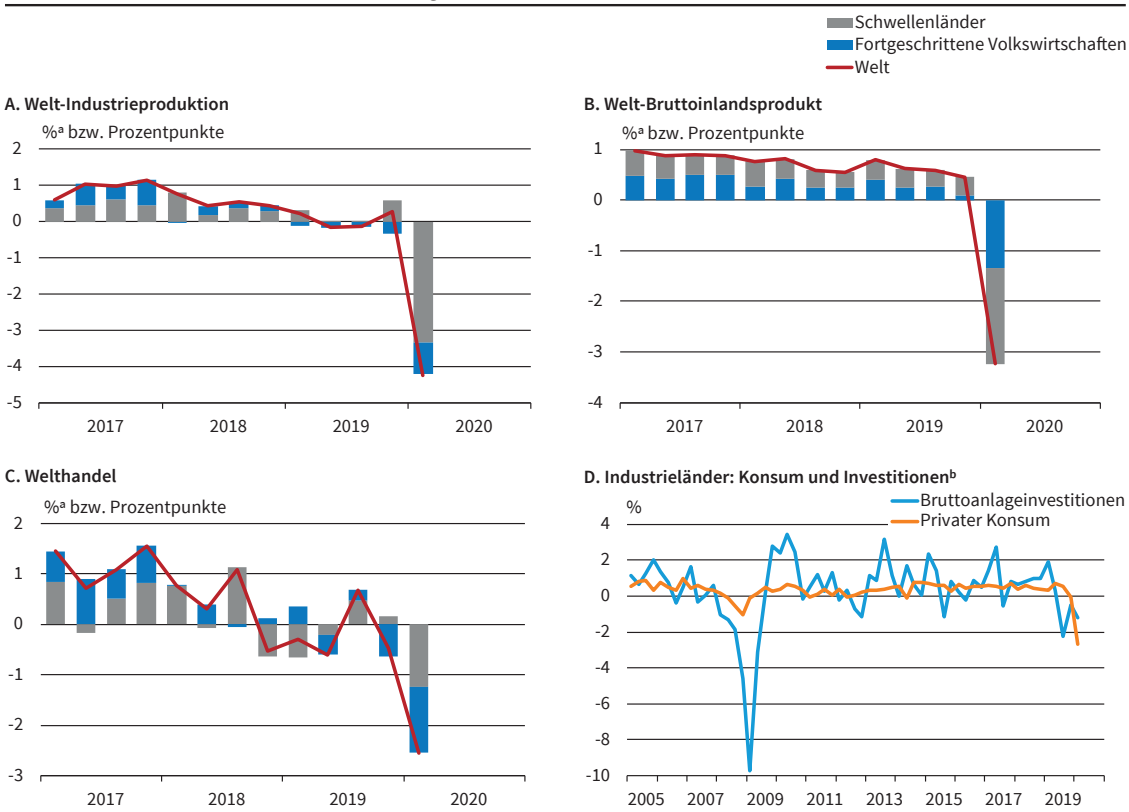


[a] Der Index errechnet sich aus der Anzahl und Strenge verschiedener Maßnahmen zur Eindämmung des Virus. Werte von 0 bedeuten keine, Werte von 100 sehr strenge Maßnahmen. Für eine detaillierte Beschreibung, vgl. Hale et al. (2020).
Quelle: Oxford COVID-19 Government Response Tracker.

© ifo Institut

Abb. 1.3

Indikatoren zur realwirtschaftlichen Entwicklung in der Welt



ᵃ Veränderung gegenüber dem Vorquartal. ᵇ Gewichtungen basierend auf dem BIP des Vorjahres.
Quelle: Eurostat; CPB Netherlands Bureau of Policy Analysis; OECD; Nationale Statistiken; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Während sich der Beschäftigungsabbau im Euroraum bislang in Grenzen hielt, kam es dagegen zu Massenentlassungen in den USA (vgl. Abb. 1.4 C und Kasten »Zur Situation am US-amerikanischen Arbeitsmarkt«). Schließlich ist die Sparquote vielerorts deutlich gestiegen (vgl. Abb. 1.4 D). Einerseits spiegeln sich darin die Konsumbeschränkungen wider, die bei gegebenen verfügbaren Einkommen die Ersparnisbildung anregen. Andererseits dürfte darin die deutlich gestiegene Unsicherheit vieler Haushalte über ihr zukünftiges Einkommen zum Ausdruck kommen.

Der Einbruch der Wirtschaftsleistung führte auch zu einem beträchtlichen Rückgang der Ölnachfrage, der den Ölpreis zwischenzeitlich bis unter 20 US-Dollar fallen ließ (vgl. Abb. 1.5 A).[1] Im Mai haben die erdölexportierenden Länder beschlossen, die Ölproduktion bis zum Jahresende 2020 zu drosseln. In der Folge zog der Ölpreis wieder an, wenngleich er weiterhin deutlich unter dem Vorkrisenniveau liegt. Die niedrigen Ölpreise und der Konjunktureinbruch verlangsamten den Auftrieb der Verbraucherpreise weltweit deutlich (vgl. Abb. 1.5 B). Aber auch die Kerninflationsrate gab nach, insbesondere in den USA (vgl. Abb. 1.5 C und D). Hierzu führten vor allem starke Rückgänge der Preise von Flugtickets, Kleidung und Kfz-Versicherungen im April und Mai, also von Gütern und Dienstleistungen, deren Konsum im besonderen Maße durch die Corona-Maßnahmen beeinträchtigt wurden. Insgesamt sind die weltweiten Preisdaten für April und Mai aber mit Vorsicht zu interpretieren, da Covid-19 dazu geführt hat, dass viele Preisindizes auf einer deutlich geringeren Anzahl an gesammelten Preisdaten basieren bzw. vollständig aus anderen Indizes abgeleitet werden mussten (vgl. Bureau of Labor Statistics 2020b; Kouvavas et al. 2020).

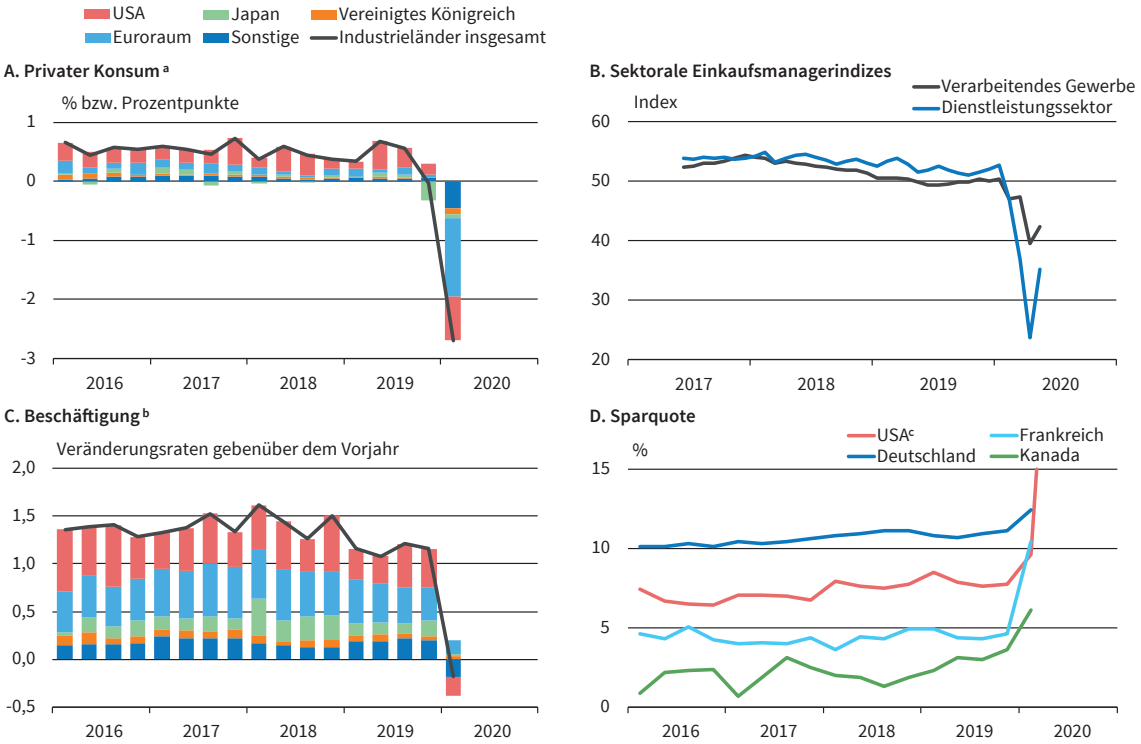
Im Zuge der Pandemie kam es zu kräftigen Reaktionen an den Finanzmärkten. Zu Beginn brachen Aktienkurse ein und Risikoaufschläge auf Unternehmensanleihen schnellten in die Höhe (vgl. Abb. 1.6 A und B). Darüber hinaus wurde verstärkt in US-Staatsanleihen investiert, so dass deren Renditen fielen und die von europäischen und japanischen Anleihen stiegen (vgl. Abb. 1.6 C). Auch kam es zu einem verstärkten Kapitalabzug aus verschiedenen Schwellenländern, insbesondere aus Brasilien (vgl. Abb. 1.6 D). Mit Fortschreiten der Krise stellte sich eine allmähliche Normalisierung an den Kapitalmärkten ein. Die Aktienkursverluste wurden größtenteils wettgemacht und die Risikoaufschläge gingen deutlich zurück. Gemäß dem Capital Flows Tracker des Institute of International Finance hat sich der Kapitalverkehr mit vielen Schwellenländern wieder stabilisiert.

Gestützt wurden die Finanzmärkte sicherlich durch die umfangreichen geld- und fiskalpolitischen

[1] Der Ölpreisrückgang ist aber auch eine Folge des Mitte März entstandenen Konflikts zwischen Russland und Saudi-Arabien über Förderbegrenzungen im Zusammenhang mit der geringen Ölnachfrage. Um den Druck auf Russland zu erhöhen, hatte Saudi-Arabien zwischenzeitlich signalisiert, die Förderung auszuweiten.

Abb. 1.4

Indikatoren zur Situation privater Haushalte in der Welt

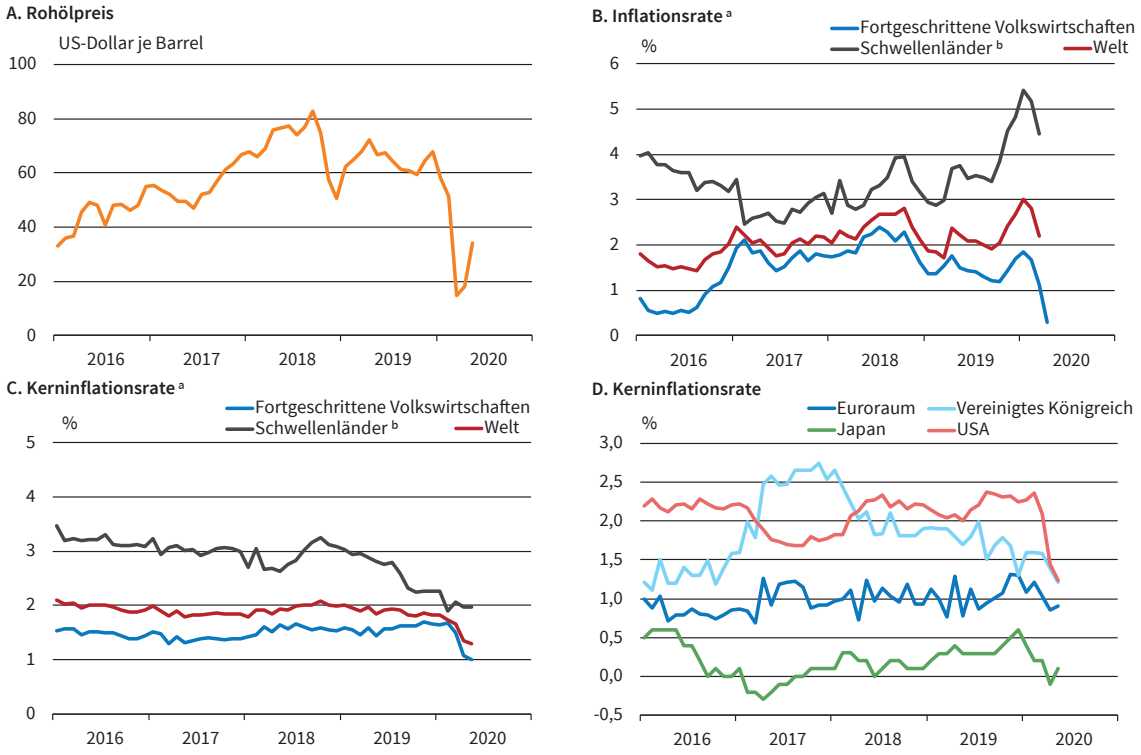


a Gewichtungen basierend auf norminalem BIP des Vorjahres. b Gewichtungen basierend auf der Beschäftigung des Vorjahres.
c Für 2020Q2 wird hier der April-Wert mit 33% berücksichtigt; aus Gründen der Übersichtlichkeit aber nicht vollständig abgebildet.
Quelle: Nationale Statistiken; IHS Markit; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 1.5

Indikatoren zur Preisentwicklung in der Welt



a Gewichtungen basierend auf nominalem BIP des Vorjahres.
Quelle: Energy Information Administration; Eurostat; Nationale Statistiken; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

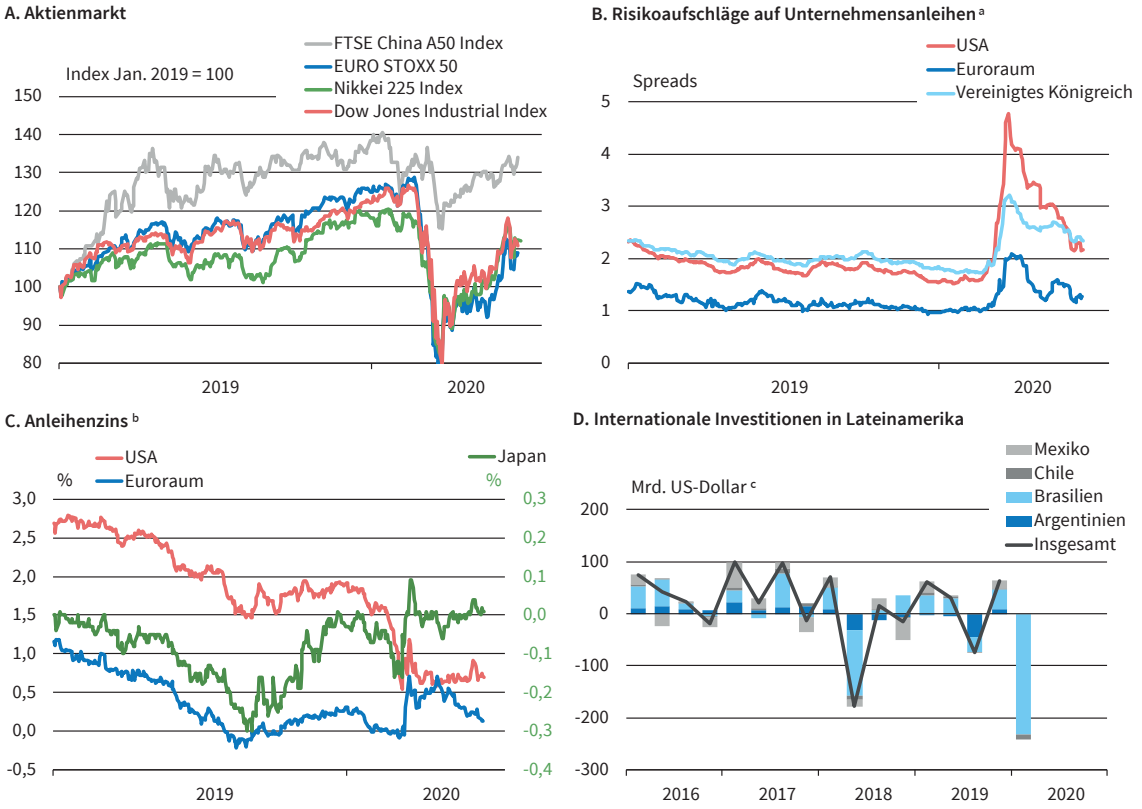
Maßnahmen, die im Zuge der Corona-Pandemie beschlossen bzw. angekündigt wurden. Die Geldpolitik ist auf breiter Front expansiver geworden. So hat die US-amerikanische Notenbank die Zinsen auf nahe Null reduziert und verschiedene Maßnahmen beschlossen, die das Finanzsystem stabilisieren sollen. Hierzu zäh-

len unbegrenzte Käufe von US-Staatsanleihen und Hypothekenanleihen, umfangreiche Käufe von Unternehmensanleihen und Anleihen von Gebietskörperschaften. Die Europäische Zentralbank hat im März und April eine Reihe von Maßnahmen als Reaktion auf die Coronakrise angekündigt. Sie lockerte die Konditionen für die laufenden Refinanzierungsgeschäfte, stockte den Ankauf von Vermögenswerten auf und beschloss zusätzliche längerfristige Refinanzierungsgeschäfte. Die Bank of England reduzierte die Zinsen auf nahe Null, kündigte eine Erhöhung des Anleihekaufprogramms an und senkte die antizyklischen Kapitalpuffer. Auch die japanische Zentralbank hat Ende April den Anleihekauf erhöht und angekündigt, notfalls Wertpapiere in unbeschränktem Umfang zu erwerben. Zudem werden erstmalig Geschäftsbanken mit einem Zins von 0,1% belohnt, wenn sie neue Kredite vergeben. Mitte Mai hat die chinesische Zentralbank den Mindestreservesatz reduziert sowie die Zinsen für Überschussreserven, den Leitzins und die mittelfristige Darlehensfazilität gesenkt. Die russische Zentralbank senkte zuletzt den Leitzins auf 4,5%, was für Russland ein historisches Minimum kennzeichnet.

Auch die Finanzpolitik reagierte äußerst expansiv und historisch beispiellos in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften (vgl. Tab. 1.1). So wurden in den USA Maßnahmen von mehr als 2,5 Billionen US-Dollar (über 14% des Bruttoinlandsprodukts) beschlossen, unter anderem wurde die Arbeitslosenunterstützung temporär erhöht, Einmalzahlungen für Haushalte beschlossen und verschiedene Kreditprogramme für Unternehmen aufgesetzt. Die Mitglieder des Euroraums haben fiskalische Hilfspakete in unterschiedlichem Umfang aufgelegt. Das Gesamtvolumen dürfte bei 3,57 Billionen Euro (30% des Bruttoinlandsprodukts) liegen. Zudem wird aktuell über einen europäischen Wiederaufbaufonds in Höhe von 750 Mrd. Euro (4,6% des Bruttoinlandsprodukts) diskutiert, über dessen genaue Ausgestaltung jedoch erst im Juli entschieden wird. Im Vereinigten Königreich wurden Maßnahmen in Höhe von über 21% des Bruttoinlandsprodukts beschlossen. Diese beinhalten eine Einkommensunterstützung von Arbeitnehmern und Selbständigen, Kreditgarantien für Unternehmen und Steuerstundungen. In Japan wurden im April und Mai zwei Maßnahmenpakete mit einem Umfang von je 20% des Bruttoinlandsprodukts verabschiedet. Die beiden Pakete beinhalten jedoch auch Ausgaben, die bereits im vergangenen Jahr verabschiedet wurden, die aber erst in den kommenden Monaten wirksam werden. Die Pakete umfassen unter anderem Direktzahlungen an Haushalte und Unternehmen, Steuerstundungen, Kreditgarantien und Subventionen für Unternehmen, die ihre Produktionsstätten vom Ausland nach Japan

Abb. 1.6

Monetäre Größen



[a] Renditedifferenz zu zehnjährigen Staatsanleihen, BBB-rated.
[b] Zehnjährige Staatsanleihen.
[c] Veränderung des Bestands an Portfolioinvestitionen.
Quelle: DG ECFIN; BIS; Macrobond; Nationale Zentralbanken; State Administration of Foreign Exchange China; Argentina National Institute of Statistics & Censuses; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 1.1

Fiskalpolitische Impulse in Reaktion auf Covid-19 in % des Bruttoinlandsprodukts

	Insgesamt	Direkte fiskalische Maßnahmen			Kreditgarantien u.ä.
		Insgesamt	Sofortwirkend	Stundung	
Euroraum*	30,0	12,8	6	6,8	17,2
Vereinigtes Königreich	21,6	6,7	4,8	1,9	14,9
USA	14,3	11,7	9,1	2,6	2,6
Japan	30,9	8,7			22,2
China	6,3	2,5	2,5		3,8
Russland	2,7				

Sofortwirkend: Maßnahmen, die sofort defizitwirksam werden, ohne den Budgetsaldo in der Zukunft wieder zu verbessern. Stundung: Maßnahmen, die sofort defizitwirksam werden, aber in der Zukunft den Budgetsaldo wieder verbessern. Kreditgarantien: können defizitwirksam werden, müssen es aber nicht. Angaben in % des Bruttoinlandsprodukts des Jahres 2019. *Umfasst nationale Maßnahmen für folgende Länder: Belgien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Niederlande, Portugal, Spanien.

Quelle: Bruegel; Cabinet Office Japan; National People's Congress of the People's Republic of China; GTAI. © ifo Institut Juni 2020

zurückzuholen. Ende Mai hat China ein Maßnahmenpaket von über 6,3% des Bruttoinlandsprodukts verabschiedet, das unter anderem die Verbesserung der Beschäftigungssituation sowie die Sicherstellung der Grundversorgung und die Funktionsfähigkeit der Regierung zum Ziel hat. Es wurden zudem Steuererleichterungen und Investitionen in die Infrastruktur angekündigt. Auch die aufstrebenden Volkswirtschaften haben fiskalische Maßnahmen umgesetzt, wenngleich die Umfänge im Vergleich zu den fortgeschrittenen Volkswirtschaften geringer ausfallen. So hat die russische Regierung seit März drei Hilfspakete im Umfang von insgesamt 2,7% des Bruttoinlandsprodukts beschlossen, die unter anderem Sofortmaßnahmen für besonders betroffene Branchen, Steuernachlässe und vergünstigte Kredite für Unternehmen und Selbstständige sowie direkte Zuwendungen für Familien beinhalten. Im Juni kündigte die russische Regierung weitere Hilfsmaßnahmen für Regionen, Unternehmen und Haushalte an.

1.2 AUSBLICK

Ausgehend von den bereits verfügbaren Monatswerten ist im zweiten Quartal mit einem historisch beispiellosen Einbruch der weltwirtschaftlichen Aktivität zu rechnen. Eine Vielzahl von Konjunkturindikatoren stürzte im Frühjahr regelrecht ab (vgl. Abb. 1.9). Eine Ausnahme bildet China. Angesichts des früheren Ausbruchs des Virus dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion dort im zweiten Quartal bereits wieder zulegt haben (vgl. Kasten »Zur Erholung in China«).

Viele der aus den Unternehmensbefragungen im Mai und Juni abgeleiteten Indizes fallen nicht mehr weiter, zum Teil sind sogar wieder kräftige Anstiege zu beobachten, wenn auch das jeweilige Vorkrisenniveau noch nicht erreicht wird. Das deutet darauf hin, dass der Tiefpunkt in vielen Volkswirtschaften erreicht zu sein scheint und im dritten Quartal mit einer Erholung zu rechnen ist. Dabei dürfte es zu kräftigen Zuwächsen kommen, die allerdings vor dem Hintergrund des sehr niedrigen Ausgangsniveaus zu sehen sind. Die Expansion wird wohl vor allem aus dem Dienstleistungssektor kommen, der zuvor besonders stark eingebrochen ist. Allerdings wird es wohl dauern, bis die dortige Wertschöpfung wieder ihr Vorkrisenniveau erreicht. Viele Dienstleistungen können nach wie vor nur eingeschränkt angeboten werden. Darüber hinaus wird in vielen Bereichen, wie z.B. der Gastronomie oder dem Tourismus, der ausgebliebene Konsum nicht nachgeholt werden. Schließlich werden Verbraucher aus Vorsichtsmotiven heraus, aber auch als Folge der spürbaren Einkommensverluste der vergangenen Monate, ihre Konsumgewohnheiten anpassen.

Die weitere konjunkturelle Entwicklung hängt entscheidend vom unterstellten Pandemieverlauf ab. In der vorliegenden Prognose wird angenommen, dass es zu keinem zweiten Ausbruch des Virus im Verlauf des Winters kommen wird. Darüber hinaus werden sich die Infektionsverläufe in den Ländern abflachen, in denen derzeit die Infektionszahlen noch stark steigen. Damit wird unterstellt, dass die derzeitigen staatliche Eindämmungsmaßnahmen erfolgreich sind und in den kommenden Monaten gelockert werden. Zwar können regional neue Infektionsherde auftreten, so dass erneute staatliche Eindämmungsmaßnahmen durchgeführt werden müssen. Allerdings wird unterstellt, dass diese Maßnahmen zeitlich und lokal beschränkt bleiben. Damit dürfte sich die Erholung bis zum Ende des Prognosezeitraums mit allmählich sinkenden Zuwachsraten fortsetzen. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt der Welt in diesem Jahr voraussichtlich um 4,8% sinken und im Jahr 2021 um 6,3% zulegen (vgl. Tab. 1.2 und Abb. 1.10 A). Das Produktionspotenzial wird im Prognosezeitraum Corona-bedingt deutlich niedriger eingeschätzt als noch Ende des vergangenen Jahres. Zwar wurden die gesundheitspolitischen Eindämmungsmaßnahmen vielerorts von staatlichen Maßnahmen zur Stützung des Unternehmenssektors begleitet, aber es wird wohl dennoch zu einem spürbaren Anstieg der Insolvenzen weltweit kommen. Die gesamtwirtschaftliche Produktionslücke dürfte bis zum Ende des Prognosezeitraums negativ bleiben (vgl. Abb. 1.10 B bis D). Im Vergleich zur Frühjahrsprognose 2020 wurde das weltweite Expansionstempo für das laufende Jahr um 5,0 Prozentpunkte

ZUR SITUATION AM US-AMERIKANISCHEN ARBEITSMARKT

Auf den weltweiten Arbeitsmärkten macht sich die Coronakrise inzwischen bemerkbar. In vielen europäischen Ländern nahm die Anzahl der Beschäftigten in Kurzarbeit zum Teil deutlich zu, so dass sich der Beschäftigungsabbau bislang in Grenzen hielt. Da dieses wirtschaftspolitische Instrument in den USA nicht zur Verfügung steht, erfolgt die Anpassung des Arbeitsmarktes an die Konjunkturkrise vielmehr über Entlassungen und Rückgängen bei den Neueinstellungen.

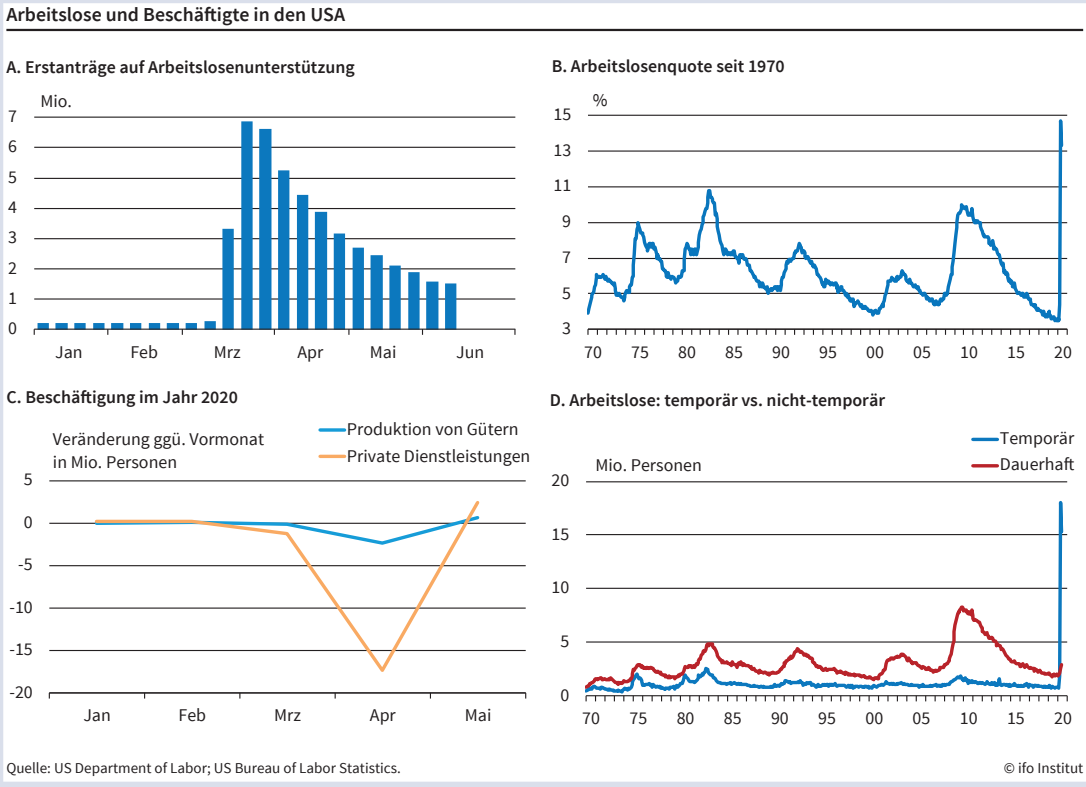
In den USA herrschte bis Anfang 2020 annähernd Vollbeschäftigung mit einer Arbeitslosenquote von 3,5% im Februar. Allerdings stiegen ab der zweiten Märzhälfte die Anzahl der Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung sprunghaft an (vgl. Abb. 1.7 A). Allein in den letzten drei Märzwochen gingen Anträge von knapp 17 Millionen Personen ein. Zum Vergleich: davor waren es wöchentlich durchschnittlich etwas über 200 000 Personen. Zwar gehen seit April die Zahl der Neuanträge wieder etwas zurück, aber auch in der zweiten Juniwoche liegt sie mit 1,5 Millionen immer noch auf im historischen Vergleich äußerst hohen Werten.

Hierdurch erhöhte sich die Arbeitslosenquote im März auf 4,4% und im April um weitere 10 Prozentpunkte auf 14,7% (vgl. Abb. 1.7 B). Seit dem zweiten Weltkrieg gab es weder einen so starken Anstieg innerhalb eines Monats noch so eine hohe Arbeitslosenquote. Dabei könnte diese Quote das wahre Ausmaß des Anstiegs nach Einschätzung des US-amerikanischen Arbeitsministeriums sogar noch unterzeichnen (vgl. Bureau of Labor Statistics 2020a). So war die Anzahl der Arbeitnehmer, die in der Woche der Befragung nicht an ihrem Arbeitsplatz erschienen waren, außergewöhnlich hoch. Diese Personen wurden alle als beschäftigt eingestuft und nicht als temporär arbeitslos (vgl. auch die Diskussion von Gern et al. 2020). Das Arbeitsministerium geht inzwischen davon aus, dass ein großer Teil dieser Personen falsch klassifiziert wurde, so dass die tatsächliche Arbeitslosenquote im März vermutlich um 0,9, im April um 4,8 und im Mai um 3,1 Prozentpunkte höher hätte ausfallen müssen.

Normalerweise schwanken die Ausgaben für Waren und Investitionen in den USA deutlich stärker als für Dienstleistungen. Daher kommt es in einer typischen Rezession selten zu Rückgängen bei den Dienstleistungsausgaben. Die staatlichen Einschränkungsmaßnahmen haben aber dazu geführt, dass viele Dienstleistungen, unter anderem in den Bereichen des Gastgewerbes, des Tourismus und der Unterhaltungsindustrie, nicht mehr oder nur sehr eingeschränkt erbracht werden dürfen. Dadurch kam es zu einem gewaltigen Beschäftigungsabbau in der

Abb. 1.7

Arbeitslose und Beschäftigte in den USA

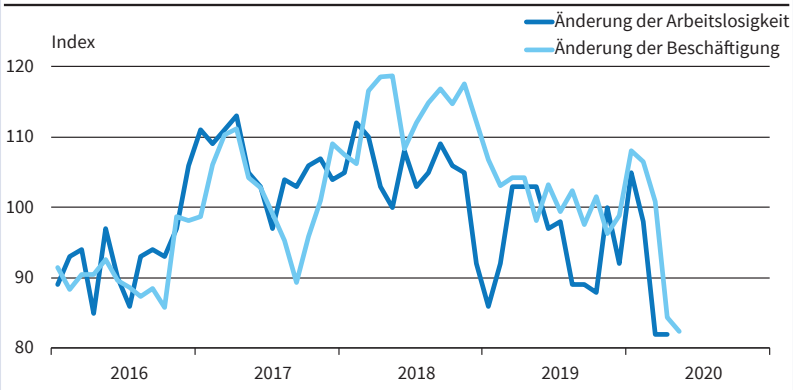


Quelle: US Department of Labor; US Bureau of Labor Statistics.

© ifo Institut

Abb. 1.8

Erwartungen für die weitere Entwicklung am US-Arbeitsmarkt



Quelle: Universität Michigan; Fed Atlanta. © ifo Institut

Dienstleistungsbranche, der im März 1,2 Millionen und im April über 17 Millionen Personen betraf (vgl. Abb. 1.7 C). Die Güterproduzenten reduzierten ihre Beschäftigung um 0,1 bzw. 2,3 Millionen Personen.

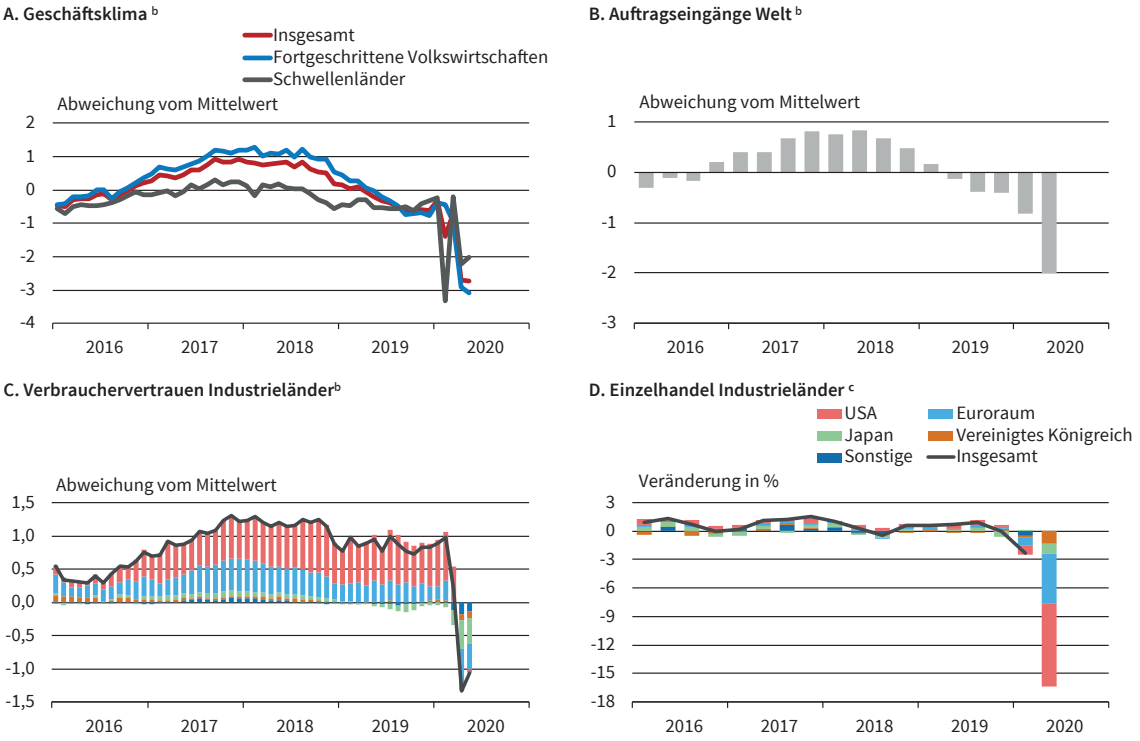
Mittlerweile deuten eine Reihe von Indikatoren an, dass die Talsohle durchschritten sein könnte. Zum einen dürfte ein großer Teil des Beschäftigungsabbaus im Dienstleistungssektor auf die Eindämmungsmaßnahmen zurückzuführen sein, so dass eine schrittweise Aufhebung dieser Beschränkungen wohl wieder in einem Beschäftigungsaufbau resultieren wird. So kam es bereits im Mai wieder zu einem Anstieg um 2,4 Millionen Beschäftigte bei den Dienstleistern und die gesamte Arbeitslosenquote sank auf 13,3%. Zum anderen erwarten die während der Krise entlassenen Arbeitnehmer mehrheitlich, dass sie von ihrem ehemaligen Arbeitgeber bald wieder eingestellt werden (vgl. Abb. 1.7 D). Im Gegensatz dazu stieg in vergangenen Konjunkturabschwüngen vor allem die langfristige Komponente der Arbeitslosenquote, aus der typischerweise auch eine persistent höhere Arbeitslosigkeit entstand. Schließlich stoppte zuletzt die Talfahrt sowohl bei den Beschäftigungserwartungen als auch bei den Erwartungen bezüglich der Arbeitslosigkeit (vgl. Abb. 1.8). Somit dürfte sich die Situation am US-amerikanischen Arbeitsmarkt vorerst nicht weiter verschlechtern. Allerdings ist auch nicht mit einer schnellen, vollständigen Erholung zu rechnen.

nach unten revidiert, für das kommende Jahr dagegen um 2,0 Prozentpunkte angehoben.

Die Inflationsrate in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften dürfte mit 0,5% im laufenden Jahr deutlich niedriger ausfallen als im Vorjahr (1,4%). Auch mit der einsetzenden konjunkturellen Erholung ab dem zweiten Halbjahr 2020 dürften sich die Preissteigerungen vorerst in Grenzen halten. Höhere Lohnsteigerungen sind im Prognosezeitraum angesichts der zum Teil schon deutlich gestiegenen Arbeitslosigkeit eher

Abb. 1.9

Frühindikatoren [a]



[a] Gewichtungen basierend auf nominalem Bruttoinlandsprodukt des Vorjahres. Die zugrunde liegenden Reihen wurden um ihre Mittelwerte bereinigt und durch ihre Standardabweichung dividiert. Die vertikalen Achsen kennzeichnen die Abweichungen vom langjährigen Mittel in Standardabweichungen. [b] Basierend auf nationalen Unternehmensbefragungen des Verarbeitenden Gewerbes. [c] 2020Q2 basiert auf den verfügbaren April-Werten.
Quelle: Nationale Statistiken; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Tab. 1.2

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt

	Gewicht in %[a]	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		Veränderungen gegenüber Vorjahr in %							
		2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	**68,0**	**2,2**	**1,7**	**– 6,4**	**4,8**	**2,0**	**1,4**	**0,5**	**1,1**
USA	29,3	2,9	2,3	– 5,7	4,4	2,4	1,8	0,7	1,3
Euroraum	19,5	1,9	1,2	– 8,4	6,1	1,8	1,2	0,2	0,9
Japan	7,1	0,3	0,7	– 4,7	3,2	1,0	0,5	0,1	0,3
Vereinigtes Königreich	4,0	1,3	1,4	– 8,5	6,5	2,5	1,8	0,9	1,8
Kanada	2,4	2,0	1,7	– 6,5	5,2	2,2	2,0	0,7	1,5
Südkorea	2,3	2,9	2,0	– 1,2	2,8	1,5	0,4	0,3	0,7
Schweiz	1,0	2,7	1,0	– 6,3	5,0	0,9	0,4	– 0,5	0,4
Schweden	0,8	2,1	1,2	– 4,2	3,3	2,0	1,8	0,4	1,1
Norwegen	0,6	1,6	1,2	– 6,0	4,5	2,8	2,2	1,0	1,8
Dänemark	0,5	2,4	2,4	– 6,2	4,2	0,8	0,8	0,5	0,9
Tschechien	0,3	2,8	2,5	– 6,1	6,5	2,0	2,6	2,3	1,9
Schwellenländer	**32,0**	**5,5**	**4,6**	**– 2,1**	**8,9**	**3,2**	**3,5**	**3,4**	**3,4**
China	19,2	6,7	6,1	0,1	11,2	2,1	2,9	2,9	3,0
Indien	3,9	6,1	4,4	– 3,1	6,8	3,9	3,7	4,8	4,0
Brasilien	2,7	1,3	1,1	– 6,9	3,7	3,7	3,7	2,9	2,9
Russland	2,3	2,5	1,3	– 7,5	7,0	4,3	3,0	3,5	4,0
Mexiko	1,7	2,2	– 0,3	– 7,6	3,9	4,9	3,6	2,8	2,7
Türkei	1,1	2,9	0,9	– 5,0	4,3	16,3	15,2	10,9	9,8
Polen	0,8	5,4	4,2	– 3,0	5,0	1,2	2,1	2,5	2,8
Ungarn	0,2	5,1	4,9	– 2,7	6,0	2,9	3,4	3,0	2,7
Welt	**100,0**	**3,2**	**2,6**	**– 4,8**	**6,3**	**2,4**	**2,1**	**1,4**	**1,8**
nachrichtlich:									
Welthandel, real[b]		3,3	– 0,3	– 8,4	7,6				
Annahmen									
Ölpreis $/Barrel (Brent)		71,0	64,3	40,4	41,5				
Wechselkurs $/€		1,18	1,12	1,10	1,10				

[a] Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2019 in US-Dollar. [b] Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

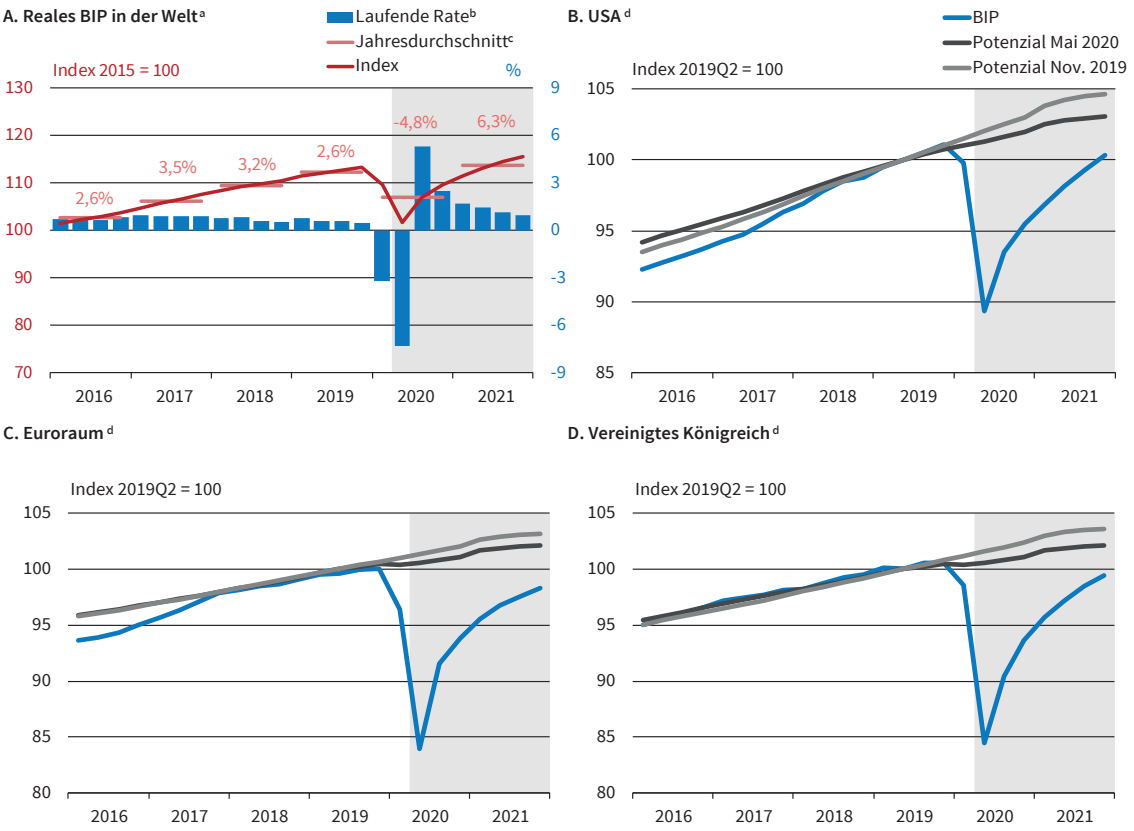
Quelle: Eurostat; OECD; IWF; CPB; Berechnungen des ifo Instituts; 2020 bis 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2020

unwahrscheinlich. Da die Rohölpreise annahmegemäß mit der allgemeinen Teuerung steigen, entsteht von dieser Seite nur ein geringer Preisauftrieb im kommenden Jahr. In den Schwellenländern dürfte der Anstieg der Verbraucherpreise im Verlauf dieses Jahres ebenfalls nachlassen, im Jahresdurchschnitt werden die Preise aber wohl weniger stark zurückgehen als in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Dies hat vor allem mit der vergangenen Entwicklung in China und Indien zu tun. In China wirkt in diesem Jahr noch der starke Anstieg der Preise für Schweinefleisch zwischen Juni 2019 und Februar 2020 nach, die mit einem relativ großen Gewicht in den chinesischen Warenkorb eingehen. In Indien waren es insgesamt sehr hohe Nahrungsmittelpreise, die die Verbraucherpreise zum Jahreswechsel 2019/20 stark nach oben trieben.

Auch der weltweite Warenhandel dürfte im zweiten Quartal stark in Mitleidenschaft gezogen worden und um 13% eingebrochen sein (vgl. Abb. 1.11 A). Mit der Erholung der gesamtwirtschaftlichen Produktion ab dem Sommer wird wohl auch der grenzüberschreitende Handel wieder stärker zulegen. Allerdings ist nicht damit zu rechnen, dass der Warenaustausch zum Ende des Prognosezeitraums wieder das Vorkrisenniveau erreichen wird. Weiter belasten dürfte insbesondere der schwelende Handelskonflikt zwischen den USA und China. Dabei dürfte die Coronakrise den Einigungsprozess eher noch verlangsamt haben. Alles in allem wird der weltweite Warenhandel in diesem Jahr voraussichtlich um 8,4% schrumpfen und im kommenden Jahr um 7,6% steigen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die hier verwendete Abgrenzung nur den Warenhandel, nicht aber den Handel mit Dienstleistungen berücksichtigt, so dass der Rückgang des gesamten internationalen Handels in diesem Jahr noch stärker ausfallen dürfte. Die Elastizität des Welthandels, definiert als Verhältnis der Zuwachsraten von Welthandel und gesamtwirtschaft-

Abb. 1.10

Bruttoinlandsprodukt und Produktionspotenzial



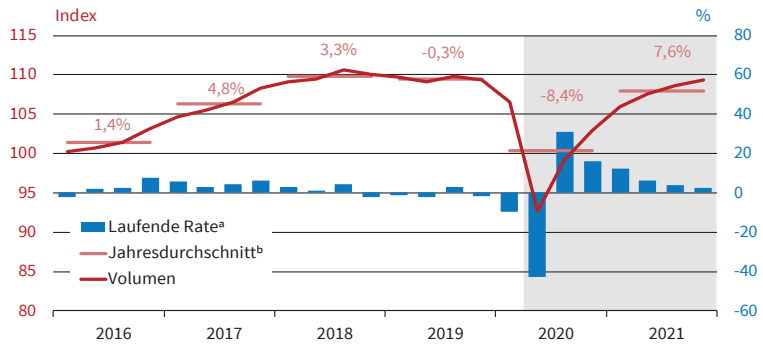
[a] Saisonbereinigter Verlauf. [b] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
[c] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr. [d] Jährliche Daten zum Potenzial wurden zu Quartalen interpoliert.
Quelle: Europäische Kommission; Nationale Statistiken; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

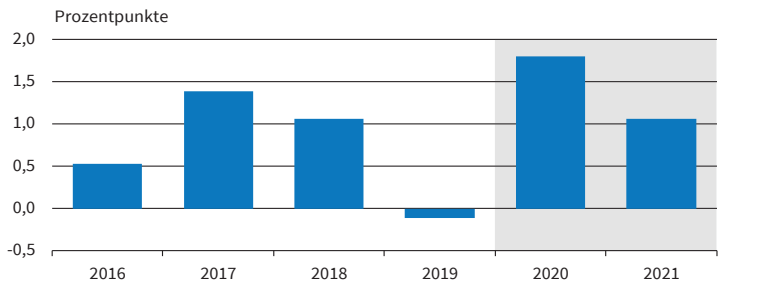
Abb. 1.11

Indikatoren zur Entwicklung des Welthandels

A. Welthandelsverlauf und Prognose



B. Handelselastizitäten



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %. Saison- und kalenderbereinigter Verlauf.
[b] Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Nationale Statistiken; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2020: Prognose des ifo Insituts.

© ifo Institut

licher Weltproduktion, dürfte im Jahr 2020 bei über 1,5 liegen, bevor sie sich im Jahr darauf bei etwa 1,0 einpendelt (vgl. Abb. 1.11 B). Der hohe Wert im laufenden Jahr ist eine Folge der Rückgänge bei den Investitionen, die eine besonders handelsintensive Komponente darstellen.

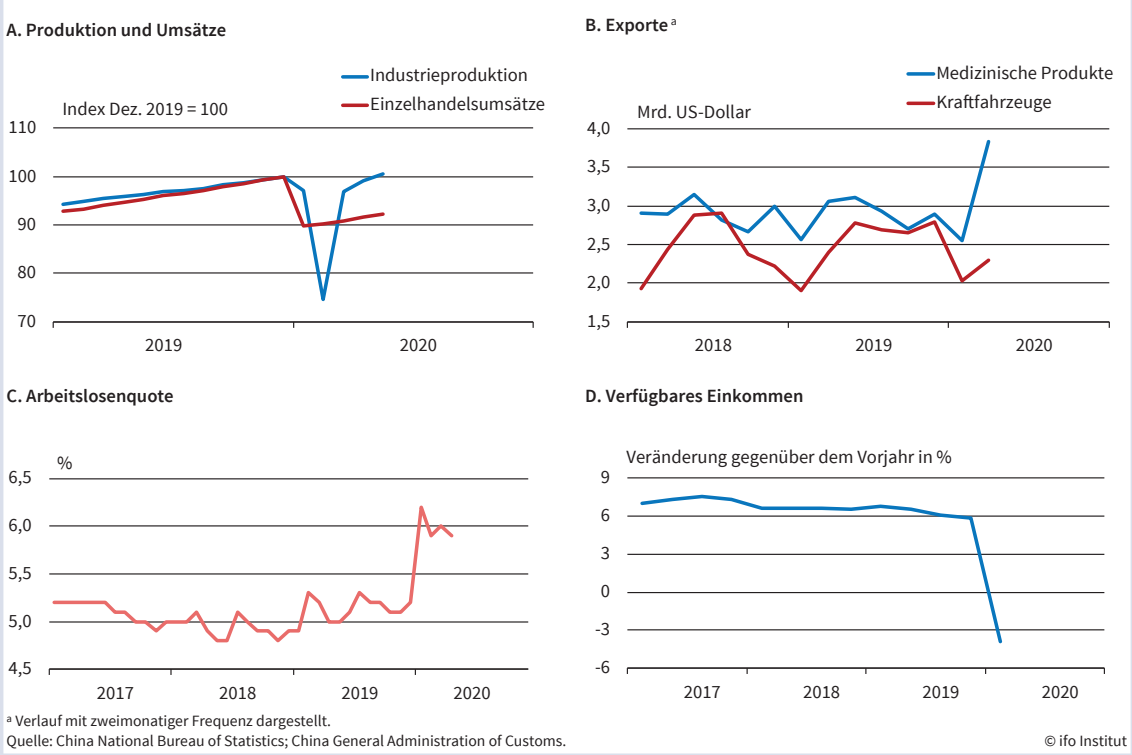
1.3 RISIKEN

Die Abwärtsrisiken für die weltwirtschaftliche Entwicklung dominieren die Aufwärtsrisiken. Wie bereits im Ausblick skizziert hängt die Prognose sehr stark vom Pandemieverlauf und den darauf basierenden Eindämmungsmaßnahmen ab. Zum einen könnten in Ländern, in denen sich aktuell das Virus noch stark ausbreitet, die Bekämpfungsmaßnahmen nicht ausreichend sein, so dass es zu keiner Verlangsamung der Neuinfektionen kommt. Zum anderen könnte es zu einer zweiten Welle an Infektionen in Ländern kommen, die die Ausbreitung zurzeit größtenteils stoppen konnten. Beides könnte dazu führen, dass die unterstellte konjunkturelle Erholung aufgrund erneut eingeführter Eindämmungsmaßnahmen und höherer Unsicherheit deutlich schwacher und langsamer vonstattengeht. Aber auch das Gegenteil ist prinzipiell vorstellbar: mit der Entwicklung eines wirksamen Impfstoffs würde sich die Unsicherheit stark reduzie-

ZUR ERHOLUNG IN CHINA

Abb. 1.12

Indikatoren zur wirtschaftlichen Situation Chinas



a Verlauf mit zweimonatiger Frequenz dargestellt.
Quelle: China National Bureau of Statistics; China General Administration of Customs.
© ifo Institut

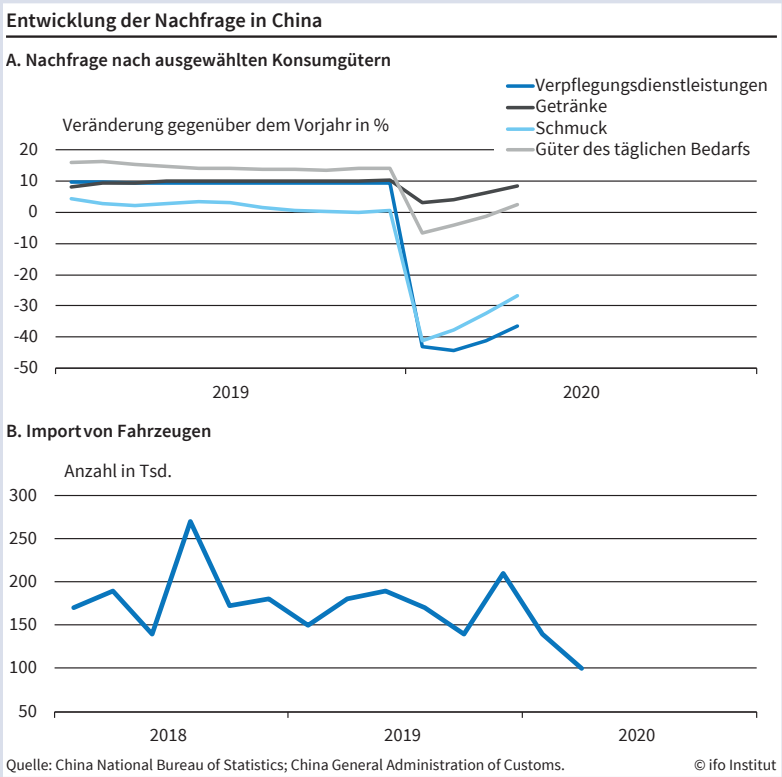
In China fand der Ausbruch von Covid-19 sowie die Einführung und Aufhebung der Eindämmungsmaßnahmen deutlich früher statt als in anderen Ländern. Insofern könnte ein genauerer Blick auf die aktuelle Lage in China Aufschluss über die zu erwartende Entwicklung in der Erholungsphase in anderen Ländern geben.

In den vergangenen Monaten hat sich die konjunkturelle Lage in China deutlich verbessert. Allerdings zeichnen sich bei der Erholung der industrie- und konsumnahen Wirtschaftsbereiche unterschiedliche Geschwindigkeiten ab. Nachdem die Industrieproduktion im Januar um 2,8% und im Februar um weitere 23,2% gegenüber dem Vormonat eingebrochen war, kehrte die Produktion nach einem starken Zuwachs im März inzwischen wieder auf das Niveau von Dezember 2019 zurück (vgl. Abb. 1.12 A). Bei den Einzelhandelsumsätzen konnte der Rückgang im Februar hingegen noch nicht wieder aufgeholt werden; am aktuellen Rand liegen diese noch deutlich unter dem Niveau von Ende letzten Jahres.

Die schrittweise Lockerung der Eindämmungsmaßnahmen führte auf der einen Seite dazu, dass die industrielle Produktion wieder hochgefahren werden konnte. Dies zeigt sich auch an dem kräftigen Anstieg der Warenexporte, beispielsweise von medizinischen

Abb. 1.13

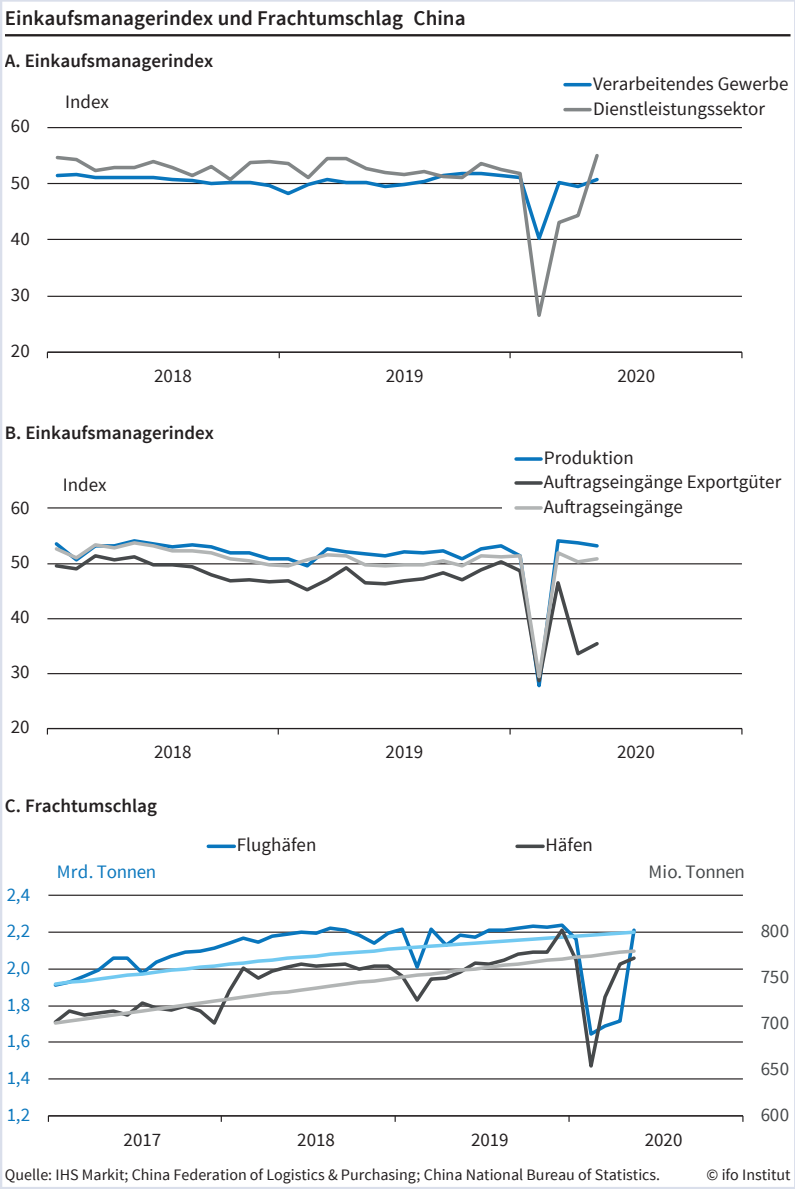
Entwicklung der Nachfrage in China



Quelle: China National Bureau of Statistics; China General Administration of Customs.
© ifo Institut

Abb. 1.14

Einkaufsmanagerindex und Frachtumschlag China



Quelle: IHS Markit; China Federation of Logistics & Purchasing; China National Bureau of Statistics. © ifo Institut

Produkten und Kraftfahrzeugen im März und April (vgl. Abb. 1.12 B). Auf der anderen Seite stieg die Arbeitslosenquote im Februar kräftig auf über 6% und verharrt seitdem weitgehend unverändert auf diesem Niveau (vgl. Abb. 1.12 C). Gleichzeitig sind die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im ersten Quartal um fast 4% gegenüber dem Vorjahresquartal zurückgegangen (vgl. Abb. 1.12 D). Der starke Rückgang der Einkommen hängt möglicherweise damit zusammen, dass ein Großteil der chinesischen Bevölkerung nicht gegen Arbeitslosigkeit versichert ist. Für die Versicherten liegt die Leistungshöhe aber ohnehin lediglich zwischen dem Existenzminimum und Mindestlohn, unabhängig von der Höhe des Einkommens vor Eintritt in die Arbeitslosigkeit (vgl. Asenjo und Pignatti 2019; Carter et al. 2013). Dies legt die Vermutung nahe, dass die Inlandsnachfrage nach Konsumgütern deutlich geschwächt ist. Besonders stark ist der Absatz von Luxusgütern zurückgegangen, während der Rückgang bei Gütern des alltäglichen Bedarfs geringer ausfiel (vgl. Abb. 1.13 A). Auch der Import von Kraftfahrzeugen war stark rückläufig (vgl. Abb. 1.13 B).

Am aktuellen Rand deuten Befragungsindikatoren allerdings darauf hin, dass sich die Erholung demnächst auch bei den Dienstleistern und damit den konsumnahen Wirtschaftsbereichen beschleunigen dürfte (vgl. Abb. 1.14 A). Im Mai überschritt der Einkaufsmanagerindex erstmals seit Ausbruch der Krise die Expansionsschwelle von 50 Indexpunkten, und dies recht deutlich. Im Verarbeitenden Gewerbe wurde diese Schwelle bereits im März erreicht, ohne seitdem weiter zu steigen. Mit Blick auf die Unterkategorien zeigt sich, dass die Auftragseingänge für Exportgüter nach wie vor im stark kontraktiven Bereich liegen (vgl. Abb. 1.14 B). Auch der Frachtumschlag spricht bislang gegen eine starke Beschleunigung beim Außenhandel (vgl. Abb. 1.14 C). Zwar haben sich auch die Verladevolumen der See- und Flughäfen in den vergangenen Monaten deutlich erholt, allerdings war im Mai gerade einmal der langfristige Trend erreicht worden. Somit dürfte der wirtschaftliche Einbruch, unter dem viele Handelspartner Chinas im zweiten Quartal litten, die exportorientierte chinesische Industrie belastet haben.

Alles in allem ist damit zu rechnen, dass sich der Erholungsprozess im Dienstleistungssektor weiter fortsetzt. Dagegen dürften vom Außenhandel zunächst nur wenig Impulse zu erwarten sein.

ren und zu einer deutlich schnelleren wirtschaftlichen Erholung beitragen.

Auch der weitere Fortgang der handelspolitischen Beziehungen – insbesondere zwischen den USA und China, aber auch zwischen den USA und Europa – ist äußerst ungewiss. Hierzu trägt nicht nur die Coronakrise bei, die die Frage nach dem Fortbestand bestimmter internationaler Wertschöpfungsketten aufgeworfen hat, sondern auch der seit Anfang 2018 von der US-Regierung initiierte Handelskonflikt mit China. So konnte der amtierende US-Präsident wesentliche Forderungen gegenüber China bezüglich deren Subventionspolitik und Verletzung geistigen Eigentums bisher nicht durchsetzen.

Bereits vor Ausbruch des Virus war die Finanzstabilität Chinas mit deutlichen Risiken behaftet. So war und ist der nicht-finanzielle Sektor hoch verschuldet. Aufforderungen und Interventionen der Zentralbank, mit dem Ziel insbesondere die kleinen und mittelgroßen Unternehmen mit weiteren Krediten zu unterstützen, wie es jüngst von der chinesischen Regierung getan wurde, erhöhen die Verschuldung weiter. Das würde eine Neubewertung der Risiken wahrscheinlicher machen und könnte plötzliche Verkäufe be-

stimmter Finanzanlagen in größerem Umfang nach sich ziehen.

Aber auch in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist die Verschuldung von nicht-finanziellen Unternehmen in den vergangenen Jahren vor allem durch die Ausgabe von Anleihen deutlich gestiegen (vgl. Organization for Economic Co-operation and Development 2019). Ein immer größer werdender Anteil dieser Anleihen wird dabei gerade noch mit Investment Grade bewertet (vgl. Çelik und Isaksson 2019). Eine länger andauernde Pandemie könnte dazu führen, dass viele dieser Anleihen auf Non-Investment Grade abgewertet werden. Institutionelle Investoren müssten sie aufgrund von Regulierungsvorschriften abstoßen, was Preisverfälle auf Anleihenmärkten und möglicherweise Neubewertungen weiterer Assetklassen nach sich ziehen könnte.

Die Risiken im Euroraum und im Vereinigten Königreich werden im nächsten Abschnitt diskutiert.

2. Lage und Prognose der Wirtschaft im Euroraum

2.1 ÜBERBLICK

Die im März von den Staaten des Euroraums eingeführten Maßnahmen zur Eindämmung und Verlangsamung der Corona-Epidemie führten dazu, dass viele Unternehmen ihre Produktion deutlich drosselten oder in vielen Fällen auch vollständig einstellten. Von den Einschränkungen waren Unternehmen aus nahezu allen Wirtschaftsbereichen betroffen. Auch Verbraucher konnten ihr gewohntes Konsumverhalten aufgrund der Einschränkungen oder aus Angst vor Ansteckung nicht aufrechterhalten. In der Folge ging die Wirtschaftsleistung im Euroraum im ersten Quartal 2020 deutlich um 3,6% zurück. Der größte negative Beitrag kam von den privaten Konsumausgaben, die um 4,7% gesunken sind. Im Vergleich zu früheren Rezessionen ist ein solch kräftiger Rückgang ungewöhnlich, da die Einkommen und damit die Konsumausgaben der privaten Haushalte in der Regel durch staatliche Transfers stabilisiert werden und somit weniger schwanken als das Bruttoinlandsprodukt. Aktuell haben jedoch die staatlichen Eingriffe dazu geführt, dass Verbraucher ihren Konsum unabhängig von der Einkommenssituation herunterfahren mussten. Entstehungsseitig führte dies dazu, dass die Wertschöpfung in vielen konsumnahen Dienstleistungsbereichen rückläufig gewesen ist. Aber auch das Verarbeitende Gewerbe fuhr seine Produktion zurück; Bruttoanlageinvestitionen und Exporte schrumpften mit 4,3% bzw. 4,2%.

Der Konjunktureinbruch in den vier größten Ländern des Euroraums war jedoch recht unterschiedlich. Italien, Spanien und Frankreich wurden hart von Covid-19 getroffen. Als Reaktion führten die Regierungen strenge Ausgangssperren ein. Die Wirtschaftsleistung schrumpfte in der Folge im ersten Quartal außergewöhnlich stark: in Frankreich und Italien um 5,3% und in Spanien um 5,2%. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt ging im ersten Quartal zwar ebenfalls deutlich zurück, mit 2,2% war der Rückgang aber weniger als halb so groß.

Die Inflation ist in den vergangenen Monaten deutlich als Folge der rückläufigen Energiepreise gesunken. Im Mai lag die Preissteigerungsrate bei 0,1% gegenüber Vorjahr, nach 0,3% im April und 1,4% zum Jahresanfang. Die Kerninflationsrate, der ein Verbraucherpreisindex ohne Energie zugrunde liegt, bewegte sich dagegen in den vergangenen Monaten weitgehend unverändert bei 1,4%.

Die Auswirkungen der Coronakrise auf den Arbeitsmarkt blieben in den großen Ländern bislang eher gering. So lag die Beschäftigung in Frankreich im Mai nur 0,2% unter dem Wert vom Februar. In Deutschland und Italien verringerte sich die Zahl der Beschäftigten zwischen Februar und April um 0,7%

bzw. 1,7%. In Spanien kam es bis April bei der Zahl der sozialversicherten Beschäftigten zunächst zu einem größeren Rückgang um 4,6%, jedoch stieg sie im Mai bereits wieder um 1% gegenüber dem Vormonat.

In allen großen Ländern des Euroraums wirkten Maßnahmen zum temporären Erhalt von Arbeitsplätzen einem stärkeren Beschäftigungsabbau entgegen und stabilisierten gleichzeitig die Einkommenssituation der privaten Haushalte. Gemeinsames Ziel aller Maßnahmen ist es, Unternehmen finanziell bei den Lohnkosten während der staatlich verordneten Produktionsdrosselungen zu unterstützen, so dass sie ihre Beschäftigten nicht entlassen müssen. Die genaue Ausgestaltung und Implementierung der nationalen Systeme als Kurzarbeit oder temporärer Freistellung unterscheidet sich dabei teils erheblich. Während z.B. Unterstützungszahlungen in Deutschland und Spanien direkt an die Beschäftigten geleistet werden, erhalten Arbeitgeber in Frankreich, Italien und den Niederlanden Subventionen, um Teile der Gehälter zu finanzieren. Nach groben vorläufigen Schätzungen der Europäischen Zentralbank (EZB) und Daten bis Mitte Mai profitierten in Frankreich und Italien mit 47% und 44% fast die Hälfte der Beschäftigten von solchen Maßnahmen. In Deutschland, Spanien und den Niederlanden nahmen mit 24%, 23% und 21% ein geringerer Anteil der Beschäftigten die Maßnahmen in Anspruch (vgl. auch Kasten »Starker Anstieg der Kurzarbeit im Zuge der Corona-Krise« in Abschnitt 3.12).

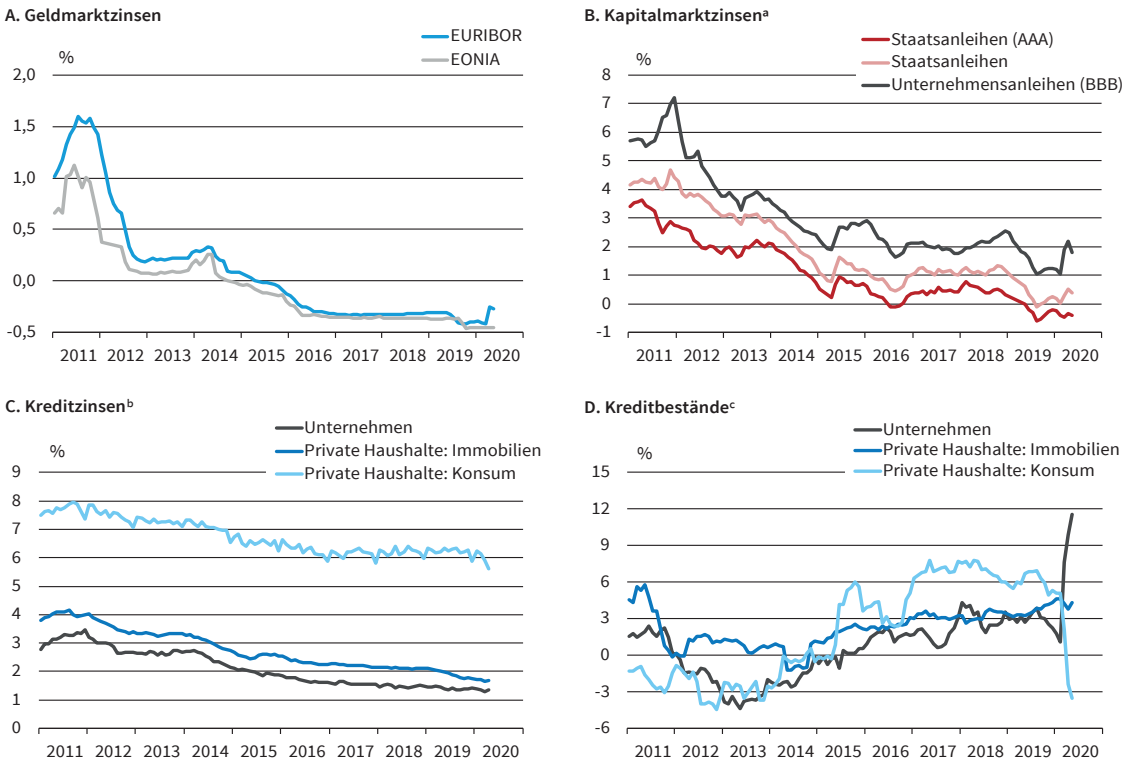
2.2 FINANZIERUNGSBEDINGUNGEN

Die EZB hat im März und April eine Reihe von Maßnahmen als Reaktion auf die Coronakrise angekündigt und ihren Expansionsgrad weiter erhöht. Sie lockerte die Konditionen für die laufenden gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte und beschloss zusätzliche längerfristige Refinanzierungsgeschäfte, um die Kreditversorgung sicher zu stellen. Zudem wurde das aktuelle Programm zum Ankauf von Vermögenswerten um 120 Mrd. Euro aufgestockt. Am 18. März hat die EZB mit dem sog. Pandemie-Notfallankaufprogramm ein zusätzliches Programm zum Ankauf von Vermögenswerten mit einem Volumen von 750 Mrd. Euro bis zum Ende des Jahres 2020 angekündigt. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte blieb unverändert bei 0,0%, der Spitzenrefinanzierungssatz bei 0,25% und den Einlagesatz bei – 0,5%.

Die Geldmarktzinsen für Tagesgeld (EONIA) blieben seit der Ausbruch der Corona-Krise weitgehend unverändert, während die Zinsen für Dreimonatsgeld (EURIBOR) leicht stiegen (vgl. Abb. 2.1.). Die Umlaufrenditen für zehnjährige Staatsanleihen mit höchster Bonität (AAA) lagen in den vergangenen Mona-

Abb. 2.1

Zur monetären Lage im Euroraum



[a] Unternehmensanleihen = Zinsen für Anleihen von Unternehmen mit mittlerer (BBB) Bonität und einer Restlaufzeit von zehn Jahren. Staatsanleihen = durchschnittliche Zinsen für Staatsanleihen von allen Ländern des Euroraums bzw. von Ländern mit höchster Bonität (AAA); Restlaufzeit zehn Jahre; BIP-gewichtete Durchschnitte.
[b] Durchschnittliche Zinsen für neuvergebene Kredite an Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und private Haushalte.
[c] Kreditbestände der Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und privaten Haushalte (gleitender Sechsmonatsdurchschnitt der Vormonatsveränderung in Prozent (annualisiert), saisonbereinigt).
Quelle: Europäische Zentralbank; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

ten konstant bei etwa – 0,4%. Die durchschnittlichen Kapitalmarktzinsen für zehnjährigen Staatsanleihen im Euroraum stiegen im März und im April zunächst, bevor sie im Mai wieder leicht nachgaben auf 0,4%. Auch die Zinsen für 10-jährige Unternehmensanleihen mittlerer Bonität (BBB) folgten diesem Muster und lagen im Mai bei 1,8%.

Die durchschnittlichen Zinsen für neue Unternehmenskredite blieben weitgehend unverändert bei 1,4%. Auch die Kosten der Immobilienfinanzierung für private Haushalte blieben stabil bei 1,7%. Das ausstehende Volumen an Unternehmenskrediten nahm im März gegenüber Februar jedoch stark zu und stieg auch im April und Mai weiter. Diese Entwicklung spiegelt den krisenbedingt gestiegenen Liquiditätsbedarf der Unternehmen wider. Die Nachfrage nach Konsumentenkrediten hat sich in den vergangenen Monaten hingegen massiv abgeschwächt, da sich bei vielen Haushalten die aktuelle und erwartete Einkommenssituation merklich verschlechtert hat. Die Immobilienkreditbestände blieben nahezu unverändert. Die Vergabestandards für Unternehmens- und Wohnungsbaukrediten zogen leicht an.

Die Geldpolitik dürfte im Prognosezeitraum sehr expansiv bleiben, auch wenn sich nach Ablauf des Pandemie-Notfallankaufprogramms der Expansionsgrad etwas verringert. Die Leitzinsen dürften unverändert bleiben. Somit sollten die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und private Haushalte weiterhin sehr günstig bleiben.

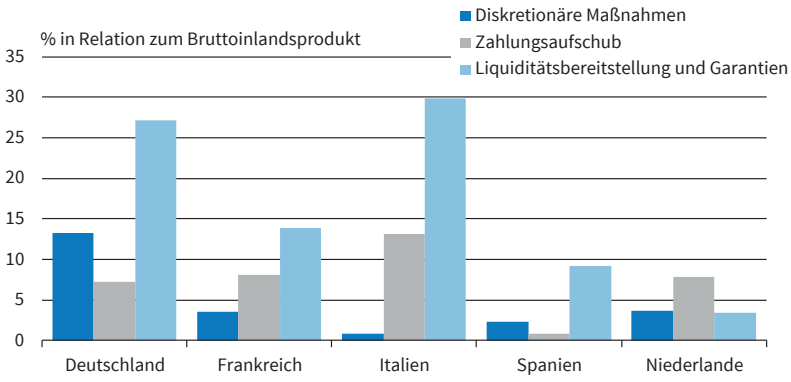
2.3 EXPANSIVE FINANZPOLITIK WIRKT DER KRISE ENTGEGEN

Um dem Konjunktureinbruch entgegenzuwirken und die Folgen der staatlich verordneten Produktionsstilllegungen abzumildern, haben alle Mitgliedstaaten des Euroraums im ersten Halbjahr 2020 große fiskalische Hilfspakete aufgelegt. Die Europäische Kommission ermöglichte dabei Stützen in großem Umfang. Zum einen hob sie die Fiskalregeln vorübergehend auf. Somit profitieren die nationalen Regierungen von der allgemeinen Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts und können von den sonst üblichen haushaltspolitischen Vorgaben abweichen. Zum anderen setzte die Kommission die Regelungen zur Staatlichen Beihilfe aus. Dies ermöglicht eine gezielte Unterstützung von privaten Haushalten und Arbeitnehmern sowie direkte und indirekte Hilfen für Unternehmen. Derartige staatliche Leistungen sind in normalen Zeiten reglementiert, um unverhältnismäßige Verzerrungen des Wettbewerbs im Binnenmarkt zu verhindern.

Nachdem die Wirkung der Fiskalpolitik im Euroraum seit 2014 im Durchschnitt weitgehend neutral war, werden die fiskalischen Impulse im laufenden Jahr stark expansiv ausfallen. Die EU-Kommission geht in ihrer aktuellen Prognose vom Mai 2020 davon aus, dass die Länder des Euroraums im laufenden Jahr ein durchschnittliches Haushaltsdefizit von 8,5% aufweisen werden. Die Maßnahmen der Mitgliedsländer können grob in drei Kategorien unterteilt werden: diskretionäre Maßnahmen, Maßnahmen zum Zahlungsaufschub sowie Maßnahmen zur Liquiditätsbereitstellung und staatliche Garantien. Abbildung 2.2 zeigt den Umfang dieser Maßnahmen während der Coronakrise für die fünf größten Länder des Euroraums.

Abb. 2.2

Fiskalpolitische Maßnahmen im Euroraum



Quelle: Bruegel. © ifo Institut

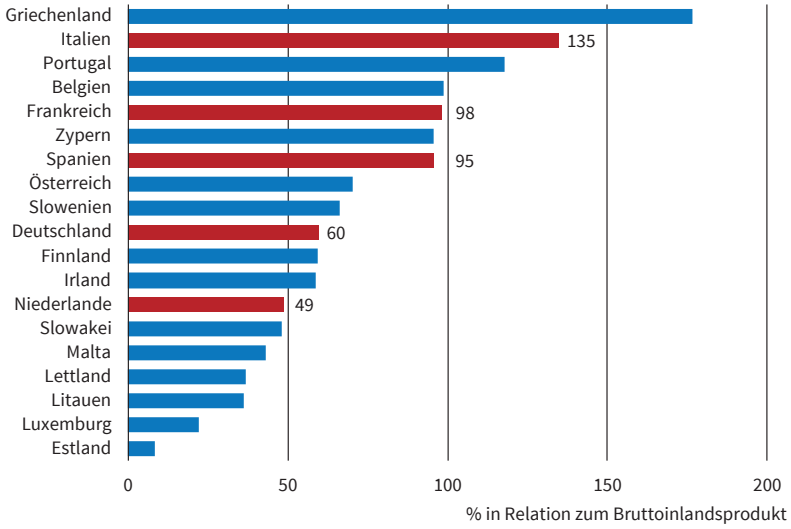
Als diskretionäre Maßnahmen werden hier zusätzliche Staatsausgaben, wie Ausgaben für die Gesundheitsversorgung, Kurzarbeit, Direktzahlungen an kleine und mittlere Unternehmen oder öffentliche Investitionen verstanden. Außerdem werden darunter Mindereinnahmen des Staates durch Aussetzung oder Absenkung von Steuerzahlungen und Sozialversicherungsbeiträgen gefasst. Sie verschlechtern unmittelbar den staatlichen Finanzierungssaldo, ohne später wieder ausgeglichen zu werden. Relativ zur Wirtschaftsleistung hatten die bislang beschlossenen Maßnahmen unter den großen Ländern mit Abstand den größten Umfang in Deutschland (13%). In Frankreich und den Niederlanden lagen die diskretionären Maßnahmen bei knapp 4% des Bruttoinlandsprodukts, in Spanien bei 2% und in Italien bei 1%.[2]

Die Regierung in Rom setzte mit Hilfen von 13% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt am stärksten auf Maßnahmen des Zahlungsaufschubs. Sie ermöglichen es Unternehmen oder Einzelpersonen, bestimmte Zahlungen, wie Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, erst zu einem späteren Zeitpunkt zu tätigen. Somit verbessern sie deren Liquiditätslage, ohne jedoch die Verpflichtungen zu annullieren. Daher führen diese Maßnahmen zu einer Verschlechterung des staatlichen Finanzierungssaldos im Jahr 2020, verbessern diesen aber nach Ausgleich der Verbindlichkeiten. Auch Frankreich, die Niederlande und Deutschland nutzen

[2] Diese Zahlen basieren auf Berechnungen der Denkfabrik Bruegel. Für Deutschland werden zum Teil andere Abgrenzungen bei der Einteilung der Maßnahmen verwendet als in der vorliegenden Prognose. So wird beispielsweise die Rekapitalisierung von Unternehmen von Bruegel als diskretionäre Maßnahme gewertet, obwohl sie nach Definition in Abschnitt 3 keinen unmittelbaren fiskalischen Impuls darstellt. Daher kann es zu Abweichungen zu den dort ausgewiesenen Angaben kommen. Zur besseren Vergleichbarkeit zwischen den Ländern werden hier ausschließlich die von Bruegel ermittelten Werte dargestellt.

Abb. 2.3

Schuldenstandsquoten 2019



Quelle: Europäische Kommission; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

dieses Instrument, im Ausmaß zwischen 7 und 8% der jeweiligen Wirtschaftsleistung. In Spanien wurden derartige Maßnahmen nur in Höhe von 1% des Bruttoinlandsprodukts beschlossen.

Die dritte Maßnahmengruppe umfasst Exportgarantien, Liquiditätshilfen und Kreditlinien durch nationale Entwicklungsbanken. Kreditlinien und Bürgschaften können Eventualverbindlichkeiten schaffen, die sich entweder im Jahr 2020 oder später in tatsächliche Ausgaben verwandeln können. Im Gegensatz zu Zahlungsaufschüben erfordern Kreditlinien aktive Bemühungen von Unternehmen, um die Hilfen zu aktivieren. Bei diesen Maßnahmen war die Unterstützung in Italien und Deutschland mit 30% bzw. 27% des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts am größten. Frankreich, Spanien und die Niederlande unterstützen Unternehmen auf diese Weise in Höhe von 14%, 9% und 3% der jeweiligen Wirtschaftsleistungen.

Insgesamt ergibt sich ein sehr heterogenes Bild der fiskalischen Maßnahmen im Euroraum. Aufgrund ihrer hohen Schuldenstandsquote dürfte insbesondere die italienische Regierung, aber auch die französische und spanische, die heimische Wirtschaft bislang nur in vergleichsweise geringerem Umfang direkt mit diskretionären Maßnahmen gestützt haben. Wie Abbildung 2.3 zeigt, lagen die relativen Schuldenstände in Italien, Frankreich und Spanien vor der Coronakrise im Jahr 2019 bei 135%, 98% und 95%, und damit teils deutlich über dem Durchschnitt des Euroraums von 86%. Dagegen war die Quote in Deutschland auf knapp unter 60% und bei den Niederlanden auf 49% gesunken. Vor allem Deutschland nutze seinen vergleichsweise großen fiskalischen Spielraum.

Um den von der Corona-Epidemie besonders stark betroffenen Ländern umfangreichere Hilfen zu ermöglichen, haben die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder am 23. April Unterstützungsmaßnahmen in Höhe von 540 Mrd. Euro (3,3% des Bruttoinlandsprodukts in der Europäischen Union) beschlossen. Davon entfallen 100 Mrd. Euro auf Kredite an nationale Regierungen im Rahmen des SURE Programms, das den Erhalt von Arbeitsplätzen durch Maßnahmen wie Kurzarbeit zum Ziel hat. 200 Mrd. Euro werden von der Europäischen Investitionsbank als Garantien für Unternehmen bereitgestellt. Die übrigen 240 Mrd. Euro kommen als Kredite vom Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Sie sollen die inländische Finanzierung der direkten und indirekten Kosten für Gesundheitsversorgung, Heilung und Prävention im Zusammenhang mit der Coronakrise unterstützen.

Darüber hinaus hat die EU-Kommission am 27. Mai nach einem deutsch-französischen Vorstoß Pläne für einen Wiederaufbaufonds für den Zeitraum von 2021 bis 2024 vorgestellt. Dieser soll 500 Mrd. Euro als nicht rückzahlbare Zuwendungen und 250 Mrd. Euro als Kredite umfassen. Dafür sollen erstmals im Namen der Europäischen Union Kredite über Anleihen am Kapitalmarkt aufgenommen und gemeinsam bis 2058 über den EU-Haushalt zurückgezahlt werden. Der größte Anteil würde nach den vorliegenden Plänen mit 174 Mrd. Euro auf Italien entfallen, gefolgt von 140 Mrd. Euro an Spanien und knapp 64 Mrd. Euro an Polen. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Prognose ist noch unklar, auf welche Ausgestaltung der Hilfen sich die nationalen Regierungen einigen und ab wann die ersten Mittel tatsächlich abgerufen werden können.

2.4 AUSBLICK

Die größten Auswirkungen der staatlichen Shutdown-Maßnahmen waren wohl im März und April zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vormonat sanken die Umsätze im Einzelhandel im März um 11,1% und im April noch einmal um knapp 12%. Die Industrieproduktion brach im März um 11,9% und im April um 17,1% gegenüber dem Vormonat ein. Auch die wichtigsten Frühindikatoren für das Verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungssektor stürzten im März und April regelrecht ab. Allerdings konnten sie sich im Mai und Juni teilweise kräftig erholen. Auch das Konsumentenvertrauen hat in den vergangenen beiden Monaten gut die Hälfte des Einbruchs wieder wettmachen können.

Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im zweiten Quartal 2020 mit – 12,9% noch einmal deutlich zurückgegangen sein. Damit befand sich der Euroraum in der tiefsten Rezession seiner Geschichte (vgl. Abb. 2.4). Mit der schrittweisen Lockerung der staatlichen Beschränkungen seit spätestens Anfang Mai hat die wirtschaftliche Aktivität wieder an Fahrt aufgenommen. Im dritten Quartal dürften sich die Wertschöpfung sowie die Ausgaben für Konsum und Investitionen beginnen zu erholen. Ausgehend vom niedrigen Niveau des Vorquartals wird das Bruttoinlandsprodukt wohl um kräftige 8,8% zulegen. Im vierten Quartal dürfte sich die konjunkturelle Dynamik etwas verlangsamen,

wenngleich die Zuwachsraten aber immer noch überdurchschnittlich bleiben werden.

Insgesamt wird für das reale Bruttoinlandsprodukt im Euroraum in diesem Jahr ein Rückgang in Höhe von 8,4% erwartet (vgl. Tab. 2.1). Im nächsten Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung dagegen um 6,1% expandieren. Von den vier größten Ländern des Euroraums wird im laufenden Jahr Frankreich wohl den stärksten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (– 10,1%) hinnehmen müssen (vgl. Tab. 2.2). Auch die spanische und italienische Wirtschaftsleistung dürften massiv um – 9,8% bzw. – 8,9% sinken. In Deutschland wird die Wirtschaft voraussichtlich um 7,1% zurückgehen[3] Die Coronakrise dürfte auch das Produktionspotenzial verringern, da die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen deutlich steigen dürfte. Daher liegen die aktuellen Potenzialschätzungen unter denen vom letzten Herbst (vgl. Abb. 2.5). In allen großen Ländern des Euroraums wird die Produktionslücke am Ende des Prognosehorizonts och negativ sein.

Im Einklang mit der rückläufigen Entwicklung der Wirtschaftsleistung dürfte die Arbeitslosigkeit im Euroraum ausgehend von 7,6% im vergangenen Jahr deutlich steigen. Die Arbeitslosenquote wird im laufenden Jahr voraussichtlich 9,4% betragen und im kommenden Jahr geringfügig auf 8,9% sinken. In Spanien dürfte sie nach 14,1% im Jahr 2019 im laufenden Jahr spürbar auf 18,5% steigen und im nächsten Jahr leicht auf 17,8% zurückgehen. Nach Quoten von 9,9% und 8,5% im letzten Jahr wird sich die Lage am Arbeitsmarkt voraussichtlich auch in Italien (10,5% bzw. 10,9%) und Frankreich (9,6% bzw. 9,8%) verschlechtern. In Deutschland werden die Arbeitslosenquoten ebenfalls steigen, wenngleich das Niveau dort weiterhin deutlich unterhalb des Durchschnitts im Euroraum liegen wird.

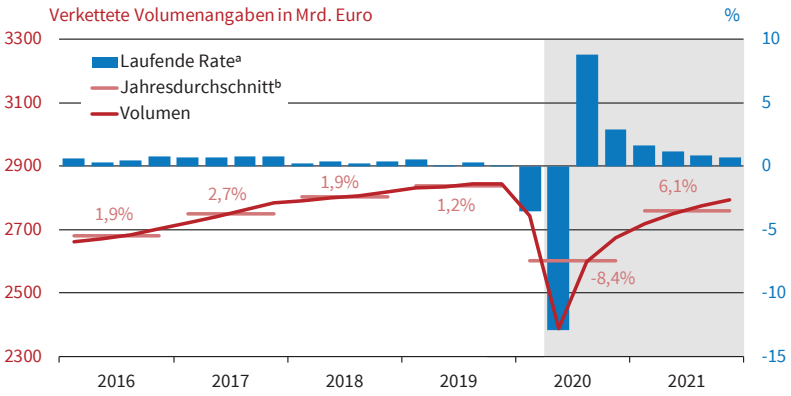
Auch die Teuerung wird wohl spürbar an Dynamik verlieren. In den kommenden Monaten wird Inflationsrate moderat bleiben, da sich die Energiepreise aktuell unter dem Vorjahresniveau bewegen. In diesem Jahr dürfte die Teuerungsrate damit bei lediglich 0,2% liegen und sich im kommenden Jahr auf 0,9% beschleunigen.

[3] Diese Angaben beziehen sich auf das kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt.

Abb. 2.4

Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %. [b] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

2.5 RISIKEN

Neben den in Abschnitt 1 erwähnten Risiken, die sich aus Abweichungen von dem in dieser Prognose unterstellten Pandemieverlauf ergeben, stellt die Verschlechterung der Haushaltslage einiger Euroländer ein weiteres Risiko dar. Zwar mussten alle Länder für die fiskalischen Stabilisierungsmaßnahmen ihre Neuverschuldung massiv ausweiten. Allerdings ist das Risiko groß, dass insbesondere die Länder mit hohen Verschuldungsquoten das Vertrauen der Finanzmärkte in ihre Rückzahlungsfähigkeit verlieren könnten. Steigende Risikoprämien auf staatliche Schuldtitel wären die Folge, und ein Teufelskreis zwischen der Stabilität der Staatsschulden und des Bankensystems wie zu Zeiten der Eurokrise könnte drohen.

Tab. 2.1

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2018	2019	2020	2021
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %			
Private Konsumausgaben	1,4	1,3	– 8,2	6,5
Konsumausgaben des Staates	1,1	1,8	2,4	1,5
Bruttoanlageinvestitionen	2,3	5,8	– 10,1	6,6
Inländische Verwendung	1,5	2,4	– 6,4	5,4
Exporte	3,5	2,5	– 12,7	8,6
Importe	3,0	4,0	– 8,9	7,1
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1,9	1,2	– 8,4	6,1
Arbeitslosenquote[a] (in % der Erwerbspersonen)	8,2	7,6	9,4	8,9
Verbraucherpreise[b] (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)	1,8	1,2	0,2	0,9
Finanzierungssaldo des Staates (in % des Bruttoinlandsprodukts)	– 0,5	– 0,6	– 8,5	– 3,5

[a] Standardisiert. [b] Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

Quelle: Eurostat; 2020 bis 2021: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2020

Tab. 2.2

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote im Euroraum

	Gewicht in %	Bruttoinlandsprodukt[a]				Verbraucherpreise[b]				Arbeitslosenquote[c]			
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %								in %			
		2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021
Deutschland[a]	28,8	1,5	0,6	– 7,1	6,4	1,9	1,4	0,6	1,1	3,4	3,2	3,8	3,6
Frankreich	20,4	1,8	1,5	– 10,1	7,9	2,1	1,3	0,5	0,5	9,0	8,5	9,6	9,8
Italien	15,0	0,7	0,3	– 9,1	5,4	1,3	0,7	– 0,1	0,1	10,6	9,9	10,5	10,9
Spanien	10,5	2,4	2,0	– 9,3	6,4	1,7	0,8	0,1	0,9	15,3	14,1	18,5	17,8
Euroraum	**100,0**	**1,9**	**1,3**	**– 8,4**	**6,1**	**1,8**	**1,2**	**0,2**	**0,9**	**8,2**	**7,6**	**9,4**	**8,9**

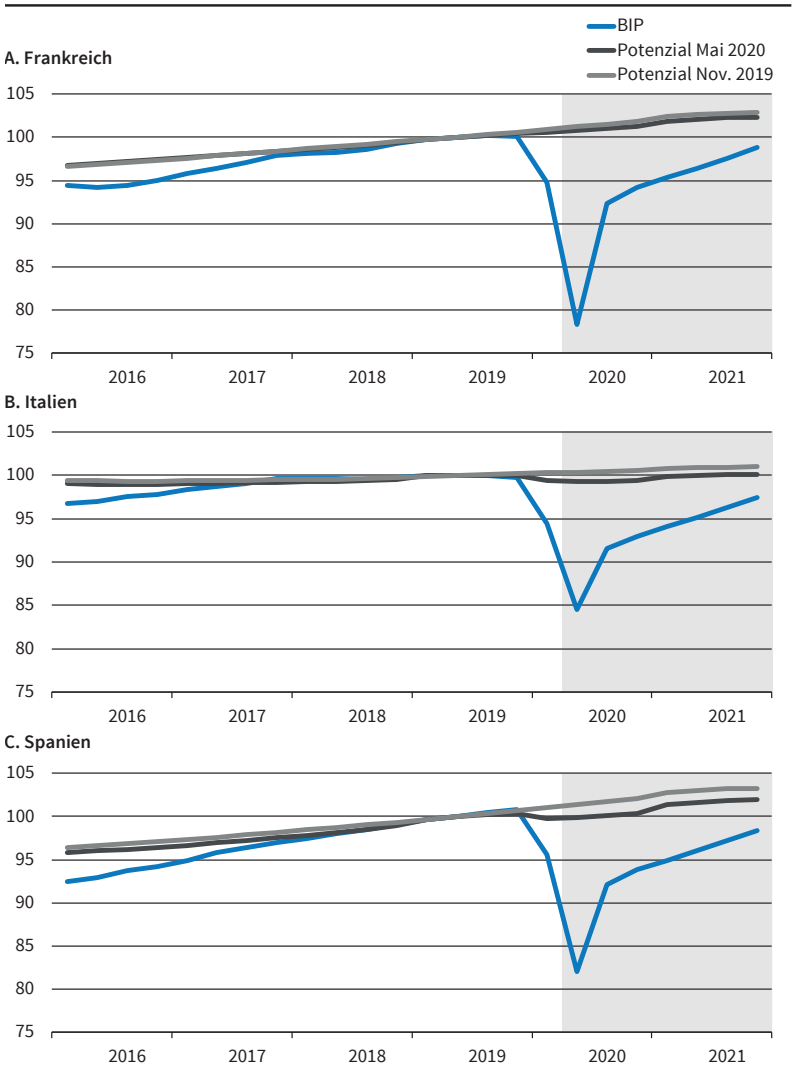
[a] Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt. [b] Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). [c] Standardisiert.

Quelle: Eurostat; 2020 bis 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2020

Abb. 2.5

Bruttoinlandsprodukt und Produktionspotenzial

Index 2019Q2 = 100



[a] Jährliche Daten zum Potenzial wurden zu Quartalen interpoliert.

Quelle: Europäische Kommission; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2020: Prognose. © ifo Institut

Auch ist fraglich, ob die von vielen Staaten aufgestellten Schutzschilde tatsächlich eine Insolvenzwelle verhindern und damit unveränderte Produktionsstrukturen bei gewährleisten können. Eine Neuausrichtung internationaler Wertschöpfungsketten und Absatzmärkte wäre für global tätige Unternehmen mit deutlich höheren Kosten verbunden als hier unterstellt. Zudem gibt es aktuell noch keine konkreten Fortschritte bei den Verhandlungen mit dem Vereinigtem Königreich hinsichtlich des zukünftigen Verhältnisses zur Europäischen Union. Ein Brexit ohne zufriedenstellenden Handelsvertrag dürfte den Handel zwischen dem Vereinigten Königreich und den Ländern der Europäischen Union belasten und dämpfend auf die wirtschaftliche Aktivität wirken.

3. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft

3.1 ÜBERBLICK

Die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zur Eindämmung haben die deutsche Wirtschaft in die mit Abstand tiefste Rezession ihrer Nachkriegsgeschichte gestürzt. Die vorliegenden Konjunkturindikatoren deuten darauf hin, dass die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung während des Shutdown, der zwischen Mitte März und Ende April 2020 nahezu alle Wirtschaftsbereiche traf, um knapp 16% geschrumpft sein dürfte. Ein solcher Konjunktureinbruch, bei dem die wirtschaftliche Aktivität aus gesundheitspolitischen Gründen heraus durch staatliche Einschränkungen heruntergefahren wurde, ist in seiner Art ohne historisches Vorbild. Dies stellt die Prognose der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung vor besondere Schwierigkeiten.

In Folge der deutlich sinkenden Neuinfektionszahlen wurden die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Epidemie mittlerweile gelockert oder für manche Wirtschaftsbereiche ganz aufgehoben. Damit gilt als sicher, dass die konjunkturelle Talfahrt gestoppt wurde und die Erholung der wirtschaftlichen Aktivität einsetzte. Hohe Unsicherheit besteht indes über das Tempo und die Dauer der Erholung. Dies betrifft zum einen die getroffenen Annahmen bezüglich des weiteren Infektionsverlaufs und der damit einhergehenden staatlichen Eindämmungsmaßnahmen. In dieser Prognose wurde für Deutschland ein Szenario unterstellt, in dem die Lockerungen der Shutdown-Maßnahmen im Prognosezeitraum fortgesetzt werden, ohne dass es dabei zu einem erneuten großräumigen Anstieg der Virusinfektionen kommt. Dieser wird vermieden, weil die Menschen ihr Verhalten an ein Leben mit dem Virus anpassen und Technologien zum Einsatz kommen, die Neuinfektionen effektiv identifizieren können. Zwar können regional neue Infektionsherde auftreten, die eine Wiederaufnahme der Eindämmungsmaßnahmen erfordern. Allerdings wird unterstellt, dass diese Maßnahmen zeitlich und lokal beschränkt bleiben. Insbesondere wird für die vorliegende Prognose eine zweite Infektionswelle ausgeschlossen, die erneut mit gravierenden gesamtwirtschaftlichen Kosten einhergehen würde.

Zum anderen hängt die wirtschaftliche Erholung von der Geschwindigkeit ab, mit der die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen wieder zulegt. Dabei spielen einerseits etwaige Verhaltensänderungen von Verbrauchern und Unternehmern eine Rolle. So dürfte ein Leben mit dem Virus beispielsweise dazu führen, dass Menschenansammlungen mehr als zuvor gemieden und Geschäftsreisen durch alternative Formen des Informationsaustausches ersetzt werden. Viele Anbieter von damit in Verbindung stehenden Dienstleistungen dürften daher mit strukturellen Anpassungen konfrontiert sein, die einen spürbaren Anstieg von Unternehmensinsolvenzen wahrscheinlich werden lassen. Andererseits hängt die Nachfrage auch von der Einkommensentwicklung ab. Während des Shutdown mussten die privaten Haushalte beträchtliche Rückgänge bei den verfügbaren Einkommen in Folge von Kurzarbeit und Beschäftigungsabbau hinnehmen. Gleichzeitig brachen die Unternehmensgewinne kräftig ein. Ob die Konsum- und Investitionsgüternachfrage mit der Lockerung des Shutdown wieder anzieht, hängt nicht zuletzt von den Einkommensperspektiven der Haushalte und Unternehmen ab. Die derzeit hohe Unsicherheit bezüglich des Fortgangs der Epidemie und der damit in Verbindung stehenden wirtschaftlichen Unwägbarkeiten könnten sich hierbei als dämpfender Faktor erweisen; die staatlichen Impulse aus dem Corona-Hilfspaket und dem Konjunkturpaket werden die Konjunktur hingegen stimulieren. Zudem hängt die Nachfrage im exportorientierten Verarbeitenden Gewerbe vom Tempo der konjunkturellen Erholung im Ausland und somit vom Epidemie-Verlauf und den Lockerungen der staatlichen Shutdown-Maßnahmen in anderen Ländern ab.

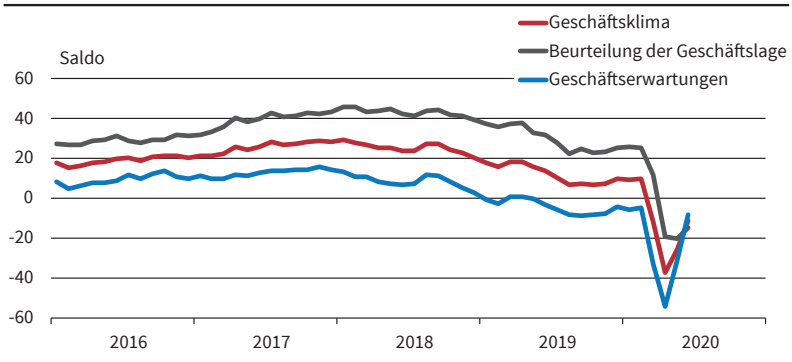
Zur Abschätzung des Tempos und der Dauer der Erholung wird in dieser Prognose zunächst auf die vorliegenden Frühindikatoren zurückgegriffen. So ist das ifo Geschäftsklima seit seinem Tiefpunkt im April 2020 zweimal in Folge kräftig gestiegen und hat damit bis Juni über die Hälfte des zuvor gemessenen Rückgangs wieder aufgeholt (vgl. Abb. 3.1). Die Geschäftslage verbesserte sich vor allem in den Wirtschaftsbereichen, die unmittelbar von der Lockerung der Shutdown-Maßnahmen profitieren, während sie im Verarbeitenden Gewerbe auf niedrigem Niveau verharrte. Hingegen hellten sich bei allen Unternehmen die Erwartungen im Hinblick auf die zukünftige Geschäftsentwicklung deutlich auf und liegen mittlerweile im Mittel nur noch geringfügig unter ihrem Vorkrisenniveau.

Der weitere Verlauf der Erholung orientiert sich an den Einschätzungen der Unternehmen, die in der ifo Konjunkturumfrage vom Juni angaben, dass sie im Durchschnitt eine Normalisierung ihrer Geschäftstätig-

Abb. 3.1

ifo Konjunkturumfrage Deutschland

Saisonbereinigter Verlauf



Quelle: ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

Tab. 3.1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts[a]

Veränderung gegenüber Vorquartal in %

	2019				2020				2021			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,5	– 0,2	0,3	– 0,1	– 2,2	– 11,9	6,9	3,8	2,2	1,1	0,5	0,4
Private Konsumausgaben	0,9	0,2	0,2	0,0	– 3,2	– 10,8	8,2	3,0	0,8	1,0	0,4	0,4
Konsumausgaben des Staates	1,1	0,5	1,4	0,1	0,2	0,5	1,4	0,8	0,3	0,4	0,4	0,4
Bauten	2,6	– 0,9	0,4	0,1	4,1	– 6,0	1,1	0,9	0,9	0,8	0,5	0,5
Ausrüstungen	1,2	0,0	– 1,4	– 2,0	– 6,9	– 22,6	6,0	8,4	9,3	6,0	2,3	0,4
Sonstige Anlagen	– 0,5	0,9	1,0	1,1	– 0,3	– 1,0	1,0	0,8	0,6	0,6	0,6	0,6
Vorratsinvestitionen[b]	– 0,8	0,2	– 0,9	0,3	0,3	1,1	– 0,6	– 1,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,3	0,3	– 0,5	0,3	– 1,5	– 6,9	4,5	1,4	1,2	1,1	0,5	0,4
Außenbeitrag[b]	0,2	– 0,5	0,8	– 0,4	– 0,8	– 5,4	2,3	2,5	1,1	0,1	0,0	0,0
Exporte	1,7	– 1,4	1,3	– 0,6	– 3,1	– 24,4	13,1	10,4	4,6	1,8	0,8	0,8
Importe	1,4	– 0,3	– 0,3	0,1	– 1,6	– 14,5	7,2	4,8	2,5	1,9	0,9	0,9

[a] Saison- und kalenderbereinigte Werte. [b] Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab II/2020: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2020

keit in acht Monaten und damit im ersten Quartal 2021 für am wahrscheinlichsten halten. Die Normalisierung gilt dabei als erreicht, wenn die Unternehmen wieder die Menge an Waren und Dienstleistungen produzieren wie vor dem Ausbruch der Coronakrise (2019-Q4). Dabei wird jedoch berücksichtigt, dass es im Zuge der Krise zu einem Anstieg der Unternehmensinsolvenzen und damit einer Schwächung des Produktionspotenzials kommt. Zwar wurde keine unmittelbare Prognose der Unternehmensinsolvenzen vorgenommen. Allerdings wurde die Abwärtsrevision des Potenzialpfads, die sich typischerweise beim Herabsetzen der Kurzfristprognose im Rahmen des Verfahrens zur Schätzung des Produktionspotenzials ergibt, berücksichtigt und auf ihre Größenordnung hin plausibilisiert.

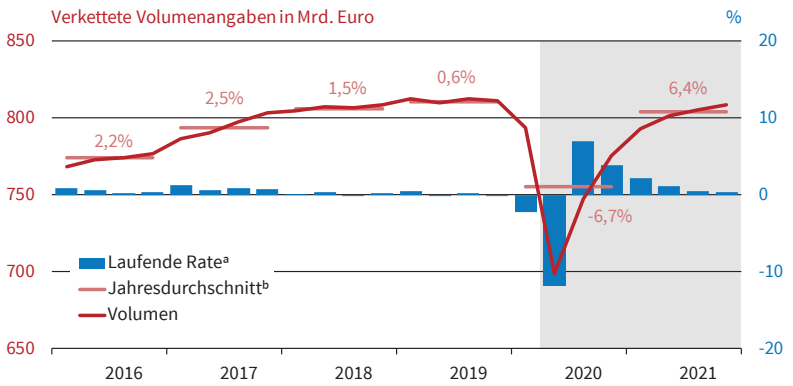
Insgesamt dürfte somit das Bruttoinlandsprodukt nach einem Rückgang im ersten Vierteljahr 2020 in Höhe von 2,2% im zweiten Vierteljahr noch einmal um schätzungsweise 11,9% geschrumpft sein (vgl. Tab. 3.1). Dieser Einbruch ist der stärkste, seit Beginn der Vierteljahresrechnung im Jahr 1970 gemessene Rückgang in Deutschland und mehr als doppelt so groß wie jener während der Weltfinanzkrise im ersten Quartal 2009. In der zweiten Jahreshälfte wird die Wirtschaftsleistung wieder zunehmen. Bedingt durch die niedrige Produktion an Waren und Dienstleistungen während des Shutdown fallen die Zuwachsraten mit 6,9% und 3,8% im dritten und vierten Quartal kräftig aus. Dennoch wird die Wirtschaftsleistung im Durchschnitt dieses Jahres voraussichtlich um 6,7% niedriger sein als im Jahr 2019 (vgl. Abb. 3.2). Bereinigt um die im Vergleich zum Vorjahr hohe Anzahl an Arbeitstagen wird der Rückgang mit 7,1% noch kräftiger sein (vgl. Tab. 3.2). Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose vom Frühjahr 2020 wurde die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts um 5,3 Prozentpunkte nach unten revidiert (vgl. Kasten: Zur Revision der ifo Prognose vom März 2020 sowie Tab. 3.3). Die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten dürfte mit – 6,1% im Jahr 2020 auf ein Rekordtief sinken.

Im kommenden Jahr setzt sich die Erholung fort. Im Jahresdurchschnitt dürfte das Bruttoinlandsprodukt um 6,4% wachsen. Unter den getroffenen Annahmen wird das Vorkrisenniveau der Produktion an Waren und Dienstleistungen allerdings erst zum Jahreswechsel 2021/2022 erreicht. Die Produktionslücke dürfte sich im Zuge der Erholung allmählich schließen und im Jahresdurchschnitt bei – 1,1% liegen. Somit bleibt die deutsche Wirtschaft im kommenden Jahr weiterhin unterausgelastet. Bei dieser Prognose wurde berücksichtigt, dass die Produktionskapazitäten, die im Rahmen der Potenzialschätzung bestimmt werden, im kommenden Jahr als Folge steigender Unternehmensinsolvenzen um etwa 2% oder reichlich 60 Mrd. Euro niedriger liegen als bei der letzten Schätzung vor Ausbruch der Coronakrise im Dezember 2019.

Abb. 3.2

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
[b] Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2020: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Tab. 3.2

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts

	2018	2019	2020	2021
Statistischer Überhang[a]	1,1	0,2	0,0	2,9
Jahresverlaufsrate[b]	0,6	0,4	– 4,4	4,3
Jahresdurchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	1,5	0,6	– 7,1	6,4
Kalendereffekt[c]	0,0	0,0	0,4	0,0
Jahresdurchschnittliche Veränderung	1,5	0,6	– 6,7	6,4

[a] Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. [b] Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum entsprechenden Quartal des Vorjahres. [c] In Prozent des realen BIP.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2020 bis 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2020

Die Coronakrise hinterlässt tiefe Spuren am Arbeitsmarkt. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte im Jahresdurchschnitt 2020 um etwa 450 000 unter ihrem Vorjahreswert liegen. Gleichzeitig steigt die Zahl der Arbeitslosen um durchschnittlich etwa 430 000 auf 2,7 Millionen. Dabei dürfte der Hochpunkt im dritten Quartal 2020 bei etwa 3 Millionen Arbeitslosen erreicht werden. Ein großer Anteil des Einbruchs des Bruttoinlandsprodukts dürfte jedoch über eine deutliche Verringerung der durchschnittlichen Arbeitszeit aufgefangen werden. Hierbei spielt die massive Ausweitung der Kurzarbeit eine tragende Rolle, die in der Spitze im Mai von schätzungsweise 7,3 Millionen Beschäftigten in Anspruch genommen wurde. Im kommenden Jahr dürfte im Zuge der wirtschaftlichen Erholung die Zahl der Erwerbstätigen wieder um etwa 150 000 steigen und die Zahl der Arbeitslosen unter 2,6 Millionen sinken. Zudem dürfte die Kurzarbeit spürbar zurückgefahren werden.

Bei den Konsumausgaben der privaten Haushalte waren vor allem jene Ausgabenposten rückläufig, die von Bereichen produziert wurden, die unmittelbar vom Shutdown betroffen waren. In der zweiten Jahreshälfte 2020 dürfte sich der private Konsum wieder stabilisieren, da insbesondere die vorübergehende Mehrwertsteuersenkung positive Impulse liefert. Al-

Tab. 3.3

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2019	2020	2021	2019	2020	2021
	Veränderung ggü. Vorjahr in %[a]			Differenz zur ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2020		
Bruttoinlandsprodukt	0,6	– 6,7	6,4	0,0	– 5,3	+ 2,7
Private Konsumausgaben	1,6	– 6,4	5,1	0,0	– 3,7	– 0,4
Konsumausgaben des Staates	2,7	2,4	2,4	+ 0,1	– 0,2	+ 0,3
Bruttoanlageinvestitionen	2,6	– 5,7	6,4	0,0	– 5,6	+ 4,2
Bauten	3,8	1,0	1,7	– 0,1	– 1,2	+ 0,1
Ausrüstungen	0,6	– 19,9	18,7	0,0	– 14,3	+ 15,9
Sonstige Anlagen	2,7	1,1	2,2	0,0	– 2,2	– 0,6
Inländische Verwendung	1,2	– 3,9	3,9	+ 0,2	– 3,5	0,0
Exporte	1,0	– 13,3	13,4	+ 0,1	– 12,6	+ 9,2
Importe	2,5	– 7,7	7,8	+ 0,6	– 9,7	+ 3,1
Erwerbstätige[b] (1 000 Personen)	45 236	44 783	44 935	– 15	– 352	– 425
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 267	2 700	2 573	0	+ 267	+ 207
Arbeitslosenquote BA[c] (in %)	5,0	5,9	5,6	0,0	+ 0,6	+ 0,4
Verbraucherpreise[d] (Veränderung ggü. Vorjahr in %)	1,4	0,5	1,1	+ 0,0	– 0,5	– 0,5
Lohnstückkosten[e] (Veränderung ggü. Vorjahr in %)	3,3	4,8	– 2,0	– 0,0	+ 1,8	– 1,4
Finanzierungssaldo des Staates[f]						
– in Mrd. EUR	50,4	– 175,8	– 76,5	+ 0,6		
– in % des Bruttoinlandsprodukts	1,5	– 5,4	– 2,2	+ 0,0		
Leistungsbilanzsaldo						
– in Mrd. EUR	245,2	176,2	268,7	– 0,3	– 51,8	+ 33,7
– in % des Bruttoinlandsprodukts	7,1	5,4	7,6	– 0,0	– 1,2	+ 1,2

[a] Preis-, nicht-kalenderbereinigte Angaben. [b] Inlandskonzept. [c] Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). [d] Verbraucherpreisindex (2015 = 100). [e] Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. [f] In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2020 bis 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2020

ZUR REVISION DER IFO PROGNOSE VOM MÄRZ 2020

Im Dezember 2019 hatte das ifo Institut die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Vergleich zur vorangegangenen ifo Konjunkturprognose vom September 2019 für das Jahr 2020 leicht von 1,2% auf 1,1% gesenkt (vgl. Wollmershäuser et al. 2019). In der Verlaufsbetrachtung setzte das ifo Institut im Dezember 2019 die saisonbereinigte Wachstumsrate zum Vorquartal für das erste Quartal 2020 von 0,3 auf 0,2 Prozentpunkte herab. Das Wachstumstempo der Importe wurde auch aufgrund der kräftigen Konsumkonjunktur, sowie der hohen Einkommenszuwächse der privaten Haushalte im ersten Quartal etwas dynamischer eingeschätzt, so dass sich der Beitrag des Außenhandels zur Veränderung des realen BIP im Vergleich zur Herbstprognose um 0,1 Prozentpunkte verringerte. Daneben wurden die Ausrüstungsinvestitionen in der ifo Konjunkturprognose vom Dezember 2019 aufgrund der anhaltenden Unsicherheiten über den Brexit, den Handelskonflikt und den technologischen Wandel in der Automobilbranche weniger dynamisch eingeschätzt. Insgesamt überzeichnet jedoch ein Kalendereffekt von 0,4 Prozentpunkten die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen BIP in Ursprungswerten im Jahr 2020. Die konjunkturelle Grunddynamik im Jahr 2020 wurde im Dezember 2019 eher verhalten eingeschätzt.

In den meisten europäischen Ländern verbesserten sich die Stimmungsindikatoren zum Jahresauftakt 2020, der konjunkturelle Ausblick insbesondere für die deutsche Wirtschaft war in der ifo Konjunkturprognose im März 2020 besser als in der Winterprognose angenommen. Auf Basis der bis Februar zur Verfügung stehenden Indikatoren, wäre das jahresdurchschnittliche Wachstumstempo der gesamtwirtschaftlichen Produktion von 1,1 auf 1,4% angehoben worden (vgl. Wollmershäuser 2020).

Die Ausbreitung des Coronavirus zu Jahresbeginn in einigen chinesischen Regionen und der damit einhergehende Stillstand im Produktions- und Transportwesen, der darauffolgende beschleunigte Anstieg der Neuinfektionen in Deutschland, Europa und der Welt sowie die von den nationalen Regierungen erlassenen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus, veränderten die wirtschaftliche Situation und die konjunkturelle Einschätzung jedoch grundlegend. In der ifo Konjunkturprognose vom März 2020 wurde die Veränderungsrate des realen BIPs für das Jahr 2020 infolge der Corona-Pandemie auf – 1,5% nach unten korrigiert. Damit wurde die Wachstumsrate im Vergleich zu einer Situation ohne Coronakrise um fast 3 Prozentpunkte zurückgenommen. Eine deutliche Anpassung der Prognose wurde verwendungsseitig insbesondere für den privaten Konsum vorgenommen, die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate für das laufende Jahr wurde von + 1,3 auf – 2,8% herabgesetzt. Das ifo Institut ging im März davon aus, dass die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus insbesondere den Konsum von Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit Freizeit, Unterhaltung und Kultur, Beherbergung und Gaststätten stehen, senken dürften. Neben dem kräftigen Konsumrückgang der privaten Haushalte erwartete das ifo Institut im März in seiner Konjunkturprognose außerdem einen deutlicheren Rückgang in der Investitionsgüternachfrage sowie bei den Exporten infolge des Konjunktureinbruchs in wichtigen deutschen Absatzmärkten und der hohen Unsicherheit über die weitere Verbreitung des Virus sowie über die staatlichen Eindämmungsmaßnahmen.

In der vorliegenden Prognose wird der Rückgang in der jahresdurchschnittlichen Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts für das laufende Jahr mit – 6,7% deutlich stärker eingeschätzt, als in der vorangegangenen Konjunkturprognose vom Frühjahr 2020.

Trotz umfangreicher geld- und fiskalpolitischer Maßnahmen und der staatlichen Impulse aus dem Corona-Hilfspaket und dem Konjunkturpaket dürften die Corona-Pandemie und die damit einhergehenden staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus zur tiefsten Rezession in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands führen. Maßgeblich für die Abwärtskorrektur ist zum einen der amtlich bestätigte schwächere Jahresauftakt mit einer niedrigeren saisonbereinigten Verlaufsrate im ersten Quartal 2020 (– 2,2%). Im März hatte das ifo Institut saisonbereinigt aufgrund des guten Jahresauftakts noch einen leichten Anstieg (+ 0,1) für das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2020 prognostiziert (vgl. Tab. 3.4). Zum anderen geht das ifo Institut in der vorliegenden Prognose von einem deutlich stärkeren Einbruch des realen Bruttoinlandsprodukts im zweiten Quartal 2020 aus (– 11,9%) als noch in der Frühjahrsprognose angenommen (– 4,5%). Unter den getroffenen Annahmen zum Infektionsverlauf und der weiteren Ausbreitung des Coronavirus erwartet das ifo Institut die Erholung der gesamtwirtschaftlichen Produktion in der zweiten Jahreshälfte. Die saisonbereinigten Verlaufsraten dürften jedoch auch aufgrund einer geringeren Ausgangsbasis über den in der Frühjahrsprognose geschätzten Verlaufsraten liegen. Insgesamt geht das ifo Institut in der

Tab. 3.4

Zerlegung der Prognosekorrektur für das Jahr 2020

	Prognose-korrektur = Summe der Spalten (I) bis (V)	Revision[a] der VGR (I)	Prognose-fehler[b] (II)	Prognoseanpassung[c] 2. Quartal (III)	3. Quartal (IV)	4. Quartal (V)
Inlandsnachfrage	**– 3,5**	**– 0,4**	**– 2,1**	**– 2,1**	**1,1**	**0,0**
Privater Konsum	– 3,7	– 0,1	– 3,0	– 2,9	2,2	0,1
Staatlicher Konsum	– 0,2	– 0,1	– 0,4	– 0,2	0,5	0,1
Bauten	– 1,2	– 0,4	3,1	– 4,4	0,4	0,1
Ausrüstungen	– 14,3	0,0	– 5,2	– 11,4	0,7	1,6
Sonstige Anlageinvestitionen	– 2,2	0,0	– 1,0	– 1,3	0,2	0,0
Vorratsveränderungen[d]	– 0,1	– 0,2	– 0,3	0,9	– 0,3	– 0,2
Außenbeitrag[d]	**– 2,0**	**0,3**	**– 0,3**	**– 3,6**	**1,1**	**0,5**
Ausfuhr	– 12,6	– 0,2	– 1,6	– 16,5	3,8	1,9
Einfuhr	– 9,7	– 0,9	– 1,1	– 10,2	1,6	0,9
Bruttoinlandsprodukt	**– 5,3**	**– 0,1**	**– 2,3**	**– 5,6**	**2,2**	**0,5**

[a] Beitrag der Revision des Überhangs durch das Statistische Bundesamt. [b] Prognosefehler: Beitrag der Differenz zwischen der Prognose für das erste Quartal des Jahres 2020 aus der ifo Frühjahrsprognose 2020 und den aktuellen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. [c] Prognoseanpassung: Beitrag der Prognoseanpassung für das zweite bis vierte Quartal des Jahres 2020. [d] Veränderungsbeitrag. Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2020

Sommerprognose jedoch von einem kräftigeren Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Jahr 2020 aus. Die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen BIP wird um 5,3 Prozentpunkte nach unten revidiert (vgl. Tab. 3.5). Die Effekte der Coronakrise auf die Unternehmensinsolvenzen und den Arbeitsmarkt, sowie die Rückgänge in den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dürften größer ausfallen als in der Frühjahresprognose angenommen.

Verwendungsseitig erwartet das ifo Institut sowohl einen deutlich negativeren Wachstumsbeitrag des Außenhandels als auch einen stärkeren Einbruch der Binnenwirtschaft. Die Prognosekorrektur ergibt sich sowohl aus wesentlichen Prognosefehlern für das erste Quartal als auch deutlichen

Tab. 3.5

Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2020

	Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts					
	ifo Frühjahrsprognose		ifo Sommerprognose		Prognosekorrektur für 2020	
	Prognosewerte für 2020		Prognosewerte für 2020		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in % (1)	Wachstums-beitrag in %-Punkten[a] (2)	Veränderung gegenüber Vorjahr in % (3)	Wachstums-beitrag in %-Punkten[a] (4)	Spalte (3) abzüglich Spalte (1) (5)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2) (6)
Inlandsnachfrage	**– 0,4**	**– 0,4**	**– 3,9**	**– 3,7**	**– 3,5**	**– 3,3**
Privater Konsum	– 2,8	– 1,4	– 6,4	– 3,4	– 3,7	– 1,9
Staatlicher Konsum	2,6	0,5	2,4	0,5	– 0,2	0,0
Bauten	2,2	0,2	1,0	0,1	– 1,2	– 0,1
Ausrüstungen	– 5,5	– 0,4	– 19,9	– 1,4	– 14,3	– 1,0
Sonstige Anlageinvestitionen	3,3	0,1	1,1	0,0	– 2,2	– 0,1
Vorratsveränderungen	–	0,6	–	0,4	–	– 0,1
Außenbeitrag	–	**– 1,1**	–	**– 3,1**	–	**– 2,0**
Ausfuhr	– 0,7	– 0,3	– 13,3	– 6,2	– 12,6	– 5,9
Einfuhr	2,0	– 0,8	– 7,7	3,2	– 9,7	4,0
Bruttoinlandsprodukt	**– 1,5**	**– 1,5**	**– 6,7**	**– 6,7**	**– 5,3**	**– 5,3**

[a] Beiträge der Nachfragekomponten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate gewichtet mit dem nominalen Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukts aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2020

Abwärtskorrekturen im zweiten und Aufwärtskorrekturen im dritten Quartal. Auf Seiten der inländischen Verwendung musste die Prognose für die Jahreswachstumsrate des privaten Konsums 2020 deutlich abgesenkt werden, nachdem die amtlichen Ergebnisse für das erste Quartal mit einer saisonbereinigten Verlaufsrate von – 3,2% deutlich schlechter ausfielen als in der Frühjahresprognose angenommen (– 0,1%). Merklich gesenkt worden ist auch die jahresdurchschnittliche Rate der Ausrüstungsinvestitionen; die Dynamik der Investitionen zu Jahresanfang ist in der Märzprognose deutlich überschätzt worden. Hinzu kommt eine weitere signifikante Abwärtskorrektur im zweiten Quartal.

Der Außenhandel trägt mit dem im Vergleich zur Frühjahresprognose geringeren Wachstumsbeitrag zum realen BIP ebenfalls wesentlich zur Prognosekorrektur bei. Die Prognose für die jahresdurchschnittliche Rate der Exporte wurde im laufenden Jahr deutlich stärker nach unten revidiert, in der Folge sinkt der Beitrag des Außenhandels zur Veränderung des realen BIP im Vergleich zur Märzprognose um 2 Prozentpunkte.

lerdings dürfte die schlechtere Einkommenslage der privaten Haushalte aufgrund von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zunächst noch dämpfend wirken. Im Jahresdurchschnitt 2020 werden die privaten Konsumausgaben wohl um 6,4% schrumpfen. Der Anstieg im kommenden Jahr um voraussichtlich 5,1% lässt die Konsumausgaben allerdings noch nicht wieder das Vorkrisenniveau erreichen. Darin kommt auch zum Ausdruck, dass viele Dienstleistungen bis weit ins nächste Jahr hinein nur mit Einschränkungen angeboten werden können.

Zu Jahresbeginn verzeichnete auch der deutsche Außenhandel spürbare Rückgänge. Umfangreiche Shutdown-Maßnahmen sowohl im In- als auch im Ausland beeinträchtigten bereits seit Januar internationale Handelsströme. Mit den weltweiten Lockerungen der Maßnahmen wird sich ab Jahresmitte das Exportgeschäft allmählich wieder erholen. Dennoch dürfte die preisbereinigte Ausfuhr in diesem Jahr um 13,3% schrumpfen. Erst am Ende des Prognosezeitraums werden die Exporte in etwa das Niveau vom vierten Quartal 2019 erreichen. Im Durchschnitt des nächsten Jahres beträgt der Anstieg dann 13,4%.

Die Unternehmensinvestitionen werden in diesem Jahr voraussichtlich um 10,8% im Vergleich zum Vorjahr einbrechen; insbesondere die Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge dürften massiv gesenkt werden. Hohe Unsicherheit und starke Einbrüche bei den Unternehmensgewinnen stehen einer allzu kräftigen Erholung entgegen, auch wenn mit der weltweiten Konjunkturbelebung die Nachfrage nach Investitionsgütern wieder steigen dürfte. Der Anstieg der Unternehmensinvestitionen im kommenden Jahr wird voraussichtlich bei 8,8% liegen. Die Bauinvestitionen werden im laufenden Jahr wohl deutlich weniger von der Coronakrise betroffen sein als große Teile der deutschen Wirtschaft. Dazu trägt die Bautätigkeit der öffentlichen Hand maßgeblich bei. Das von der Bundesregierung verabschiedete Konjunkturpaket wird sich wohl als stabilisierend erweisen und eine stärkere Abschwächung der öffentlichen Bauinvestitionen verhindern. In diesem Jahr werden die Bauinvestitionen daher mit 1,0% expandieren und im kommenden Jahr mit 1,7%.

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo wird sich im laufenden Jahr deutlich verschlechtern. Hierfür sind neben dem Konjunktureinbruch vor allem das Corona-Hilfspaket und das Konjunkturpaket verantwortlich, die den Finanzierungssaldo für sich genommen um über 160 Mrd. Euro belasten. Nachdem der öffentliche Haushalt im Jahr 2019 noch einen Überschuss mit reichlich 50 Mrd. Euro erzielen konnte, wird er im Jahr 2020 ein Defizit von fast 176 Mrd. Euro vorweisen. Im kommenden Jahr resultiert aus dem Wegfall der starken Impulse des laufenden Jahres für sich genommen eine kontraktive Wirkung. Auch deshalb wird das Finanzierungsdefizit im Jahr 2021 auf 77 Mrd. Euro zurückgehen. Schätzungen mit dem ifo-DSGE-Modell legen nahe, dass das Konjunkturpaket für sich die Jahreswachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr um 0,9 Prozentpunkte beschleunigen und dann im kommenden Jahr um 0,3 Prozentpunkte dämpfen dürfte. Die öffentliche Schuldenstandsquote wird von 60% des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2019 auf 74% im Jahr 2020 steigen und dann im Jahr 2021 leicht auf 71% sinken.

3.2 RISIKEN

Neben den in den internationalen Abschnitten beschriebenen Risiken stellen die Annahmen über den Verlauf der Epidemie in Deutschland sowie über das Tempo und die Dauer der Erholung ein Risiko für die Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland dar. Einerseits könnte sich die wirtschaftliche Aktivität schneller normalisieren, selbst wenn sich die Annahmen über den Verlauf der Epidemie als richtig herausstellen sollten. Aus Mangel an Erfahrung mit Erholungsphasen nach staatlich verordneten Produktionsstilllegungen und Kontaktsperren besteht hierüber hohe Unsicherheit. Dies zeigt sich unter anderem an der hohen Spannbreite der Angaben der vom ifo Institut befragten Unternehmen über die erwartete Geschwindigkeit, mit der sich ihre Geschäftstätigkeit voraussichtlich normalisieren dürfte. Während in der vorliegenden Prognose der wahrscheinlichste Fall mit acht Monaten unterstellt wurde, erwarten die Unternehmen im besten Fall eine Normalisierung bereits in

fünf Monaten und damit bis Ende dieses Jahres. Die gesamtwirtschaftliche Aktivität könnte sich schneller erholen, da das Wiederhochfahren der Wirtschaft beispielsweise die Arbeitsnachfrage der Unternehmen rascher als unterstellt steigen lässt. Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit würden schneller zurückgehen, die Einkommenssituation der Haushalte würde sich zügiger verbessern, und die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen würde eher ihr Vorkrisenniveau erreichen.

Abwärtsrisiken für die vorliegende Prognose entstehen, wenn sich die getroffenen Annahmen über den Verlauf der Epidemie in Deutschland als zu optimistisch herausstellen. So ist es nicht unwahrscheinlich, dass sich die Krise länger ausdehnt, etwa weil sich die Epidemie deutlich langsamer eindämmen lässt, oder weil mit dem Wiederhochfahren der wirtschaftlichen Aktivität eine erneute Ansteckungswelle ausgelöst wird. Dies könnte eine großräumige Wiederaufnahme der Maßnahmen zur Infektionsbekämpfung erfordern, die die gesamtwirtschaftliche Produktion von Waren und Dienstleistungen erneut beeinträchtigen und eine zweite Rezession auslösen könnten. Die Erholung würde länger dauern, als in der vorliegenden Prognose unterstellt. Im schlechtesten Fall gaben die vom ifo Institut befragten Unternehmen daher an, dass mit einer Normalsierund erst in 15 Monaten und damit in der zweiten Jahreshälfte 2021 zu rechnen sei.

Hohe Unsicherheit besteht zudem über die mittelfristigen Folgen der Coronakrise. Es gilt als sicher, dass, wie in jeder Rezession, auch in der Coronakrise die Zahl der Unternehmensinsolvenzen steigt und damit das Produktionspotenzial zumindest vorübergehend beeinträchtigt wird. Je mehr Unternehmen pleitegehen, desto mehr Arbeitskräfte werden freigesetzt und desto stärker wird die reale Wirtschaftsleistung gedämpft. Zwar zielt das Corona-Hilfspaket der Bundesregierung darauf ab, Unternehmen mit Umsatzeinbußen zumindest vorübergehend durch Liquiditätshilfen, Kreditgarantien und Beteiligungen am Leben zu erhalten. Allerdings ist fraglich, ob die Unternehmen durch das Wiederhochfahren der Wirtschaft in der Lage sein werden, diese Verbindlichkeiten wieder zu reduzieren. Immerhin gaben im Juni 21% der vom ifo Institut befragten Unternehmen an, dass die durch die Coronakrise ausgelösten Beeinträchtigungen ihrer Geschäftstätigkeit existenzbedrohend seien.

3.3 FINANZPOLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die finanzpolitischen Rahmenbedingungen sind wesentlich durch die staatlichen Maßnahmenpakete geprägt, die im Zuge der Coronakrise beschlossen wurden (vgl. Tab. 3.6). So wird das Corona-Hilfspaket vom Frühjahr für sich genommen im laufenden Jahr zu einem expansiven Impuls in Höhe von mehr als 77 Mrd. Euro führen (vgl. Tab. 3.7). Das im Juni beschlossene Konjunkturpaket wird den fiskalischen Impuls um weitere 87 Mrd. Euro verstärken (vgl. Kasten: Zu den Auswirkungen des Konjunkturpakets). Darüber hinaus werden die weiteren finanzpolitischen Maßnahmen den expansiven Impuls nur noch um 26 Mrd. Euro erhöhen. Alles in allem ergibt sich daraus ein deutlich expansiver fiskalischer Impuls in Höhe von über 190 Mrd. Euro bzw. 5,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt für das Jahr 2020.

Im kommenden Jahr resultiert dann aus dem Wegfall der starken Impulse des laufenden Jahres für sich genommen eine kontraktive Wirkung. So sind fast alle der im Frühjahr beschlossenen Maßnahmen mit einer Belastung des Staatshaushaltes im laufenden Jahr verbunden und werden ihn im kommenden Jahr kaum noch berühren. Dies führt zu einem für sich genommenen restriktiven Impuls des Corona-Hilfspakets in Höhe von mehr als 74 Mrd. Euro im Jahr 2021. Auch die Maßnahmen des Konjunkturpaketes haben ihren Schwerpunkt im laufenden Jahr, wodurch die expansiven Impulse des kommenden Jahres von den kontraktiven überlagert werden. Damit resultiert aus dem Konjunkturpaket für sich genommen ein kontraktiver Impuls in Höhe von reichlich 39 Mrd. Euro im Jahr 2021. Dem gegenüber steht die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlages, die den Staatshaushalt im Jahr 2021 um fast 10 Mrd. Euro belasten wird.[4] Auch die restlichen fiskalischen Maßnahmen haben insgesamt eine expansive Wirkung in Höhe von reichlich 16 Mrd. Euro, so dass der fiskalische Impuls im Jahr 2021 ohne das Corona-Hilfspaket und das Konjunkturpaket expansiv ausgerichtet wäre und mehr als 26 Mrd. Euro betrüge.[5] Insgesamt wird der fiskalische Impuls durch die zusätzlichen Maßnahmen aber kontraktiv ausgerichtet sein und fast 88 Mrd. Euro betragen, was 2,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt entspricht.

3.4 WELTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die vorliegende Prognose basiert auf der Annahme, dass sich der Preis für ein Barrel Rohöl der Sorte Brent auf durchschnittlich 40,4 US-Dollar in diesem Jahr und auf 41,5 US-Dollar im nächsten Jahr belaufen wird (vgl. Tab. 3.13). Außerdem wird angenommen, dass der Euro in diesem und im kommenden Jahr durchschnittlich 1,10 US-Dollar kosten wird.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 24 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreisindizes wird sich in diesem Jahr leicht verschlechtern (vgl. Abb. 3.3). Deutschland dürfte einen Teil seiner Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Ländern des Euroraums verlieren, weil der Rückgang der

[4] Die Berechnung der entlastenden Wirkung der Teilabschaffung des Solidaritätszuschlages erfolgte bei Prognosen, die für das Jahr 2021 noch deutlich höhere Steuereinnahmen vorsahen. Nachdem die Steuereinnahmen und damit die Bemessungsgrundlage des Solidaritätszuschlages in aktuellen Prognosen deutlich nach unten revidiert wurde, würde auch eine Neuberechnung der entlastenden Wirkung des Solidaritätszuschlages nur noch eine geringere Summe ausweisen.

[5] Hierbei ist unterstellt, dass ohne die Coronakrise keine zusätzlichen Maßnahmen beschlossen worden wären.

Tab. 3.6

Finanzpolitische Maßnahmen[a]

Belastungen (–) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Milliarden Euro gegenüber Vorjahr

	2020	2021
Einnahmen der Gebietskörperschaften[b]		
Teilabschaffung Solidaritätszuschlag		– 9,8
Alterseinkünftegesetz	– 1,3	– 1,3
Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung	0,4	0,4
Erhöhung Grund- , Kinderfreibetrag, Verschiebung Tarifeckwerte/ Familienentlastungsgesetz	– 4,5	– 0,8
Jahressteuergesetz 2019	– 0,3	– 0,2
Turnusmäßige Anhebung der Freibeträge in der Einkommensteuer/ Abbau kalte Progression 2021		– 3,1
Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet	– 0,2	0,0
Steuerliche Förderung von F&E-Ausgaben	0,0	– 1,1
Sonstige steuerliche Maßnahmen[c]	– 4,6	– 1,0
CO_2-Bepreisung in Verkehr und Wärme (Beschluss des Klimakabinetts)	0,0	8,7
Zusätzliche Maßnahmen (Beschluss des Klimakabinetts)	0,0	– 0,4
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,1 Prozentpunkt zum 1. Januar 2020	– 1,2	0,0
Ausweitung der Gleitzone bei Midijobs zum 1. Juli 2019	– 0,2	0,0
Einführung eines Freibetrags in der gesetzlichen Krankenversicherung für Betriebsrentner zum 1. Januar 2020	– 1,2	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Kindergelderhöhung um 10 bzw. 15 Euro zum 1. Juli 2019 und 1. Januar 2021	– 1,0	– 2,8
Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderung	– 0,3	0,0
Einsparungen bei ALG II durch das Familienentlastungsgesetz bzw. Kindergeldanhebung	0,1	0,2
Gute Kita-Gesetz	– 0,5	– 1,0
Beihilfen aufgrund von Ernteausfällen von Bund und Ländern	0,3	0,0
»Bauernmilliarde«	– 0,3	0,0
Baukindergeld (inkl. Bayerische Eigenheimzulage und Baukindergeld Plus)	– 0,5	– 0,1
Erhöhung des Wohngelds (einschließlich Klimapaket)	– 0,2	– 0,4
Starke-Familien-Gesetz	– 0,7	0,0
Aufstockung des BAFöG, Aufstiegsfortbildung in der beruflichen Bildung	– 0,5	– 0,2
Teilhabechancengesetz	– 0,3	0,0
Angehörigenentlastungsgesetz	– 0,3	0,0
Familiengeld und Kindergartenzuschuss in Bayern	– 0,1	0,0
Verteidigung	– 1,0	0,0
Mehrausgaben für Entwicklungshilfe	– 0,2	0,7
Mehrpersonal innere Sicherheit	– 0,3	– 0,3
Fonds zur Förderung der Künstlichen Intelligenz	– 0,2	– 0,2
Mobilfunkstrategie	– 0,1	– 0,1
Zusätzliche EKF-Ausgaben durch Beschluss des Klimakabinetts	– 1,8	– 2,9
Senkung EEG-Umlage		– 7,5
Investive Ausgaben[d]	– 3,4	0,6
Ausgaben der Sozialversicherungen		
Gesetz für fairen Kassenwettbewerb in der GKV	– 0,3	0,0
Terminservice- und Versorgungsgesetz	– 0,3	– 0,6
Arbeit-von-morgen-Gesetz	– 0,2	– 0,2
Qualifizierungschancengesetz	– 0,4	0,0
Anpassung der Renten Ost	– 0,5	– 0,3
Erhöhung der Zurechnungszeit der Erwerbsminderungsrente	– 0,1	– 0,1
Grundrente		– 1,5
Pflegepersonalstärkungsgesetz/ Konzertierte Aktion Pflege	– 0,7	– 0,8
Maßnahmen des Corona-Hilfspakets (vgl. Tabelle 3.7)	– 77,1	74,2
Maßnahmen des Konjunkturpakets (vgl. Tabelle 3.8)	– 86,7	39,5
Insgesamt	– 190,1	87,6
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	– 5,8	2,5

[a] Ohne makroökonomische Rückwirkungen. [b] Die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr. [c] Steuerrechtsänderungen: u. a. Reform der Investmentbesteuerung, Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen, Betriebsrentenstärkungsgesetz, steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus. [d] U.a. Fonds für Breitbandausbau, Digitalpakt, zusätzliche Investitionen in Schienennetz der DB, Kaufbonus E-Mobilität, Gemeindeverkehrsfinanzierung, Regionale Strukturpolitik, Förderung ländlicher Räume, Programm Innovation und Strukturwandel, Bayerisches Programm zur Förderung der Automobilindustrie.

Quelle: Finanzministerien der Länder, Bundesregierung, Berechnungen der Gemeinschaftsdiagnose, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2020

Tab. 3.7

Finanzpolitische Maßnahmen des Corona-Hilfspakets

Belastungen (–) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Milliarden Euro gegenüber Vorjahr

	2020	2021
Maßnahmen, die den Finanzierungssaldo berühren		
Bund		
Staatliche Beschaffung von Schutzprodukten und Beatmungsgeräten	– 3,5	3,5
Krankenhausentlastungsgesetz	– 2,9	2,9
Mittel für medizinische F&E, u.a. zur Impfstoffentwicklung	– 0,3	0,0
Zuschüsse an kleinere und mittlere Unternehmen	– 25,0	25,0
Entschädigung für Verdienstausfall bei Kita- und Schulschließung	– 3,5	3,5
Länder		
Globale Mehrausgaben	– 34,0	34,0
Aufstockung Corona-Pflegebonus	– 0,5	0,5
Sozialversicherungen		
Ausweitung Kurzarbeitergeld	– 4,2	4,2
Erhöhung Kurzarbeitergeld (Sozialschutzpaket II)	– 0,6	0,6
Verlängerung Anspruchsdauer Arbeitslosengeld	– 1,4	1,2
Krankenhausentlastungsgesetz	– 1,2	– 1,2
Corona-Pflegebonus	– 0,9	0,9
Summe	– 77,1	74,2
Relativ zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	– 2,4	2,1
Kredit- und Beteiligungsprogramme[a]		
Bund		
Wirtschaftsstabilisierungsfonds: Kredite	– 100,0	
Wirtschaftsstabilisierungsfonds: Beteiligungen	– 100,0	
Länder	– 50,0	
Bürgschaften und Gewährträgerhaftung[b]		
Bund		
Kredit-Bazooka	– 553,0	
Wirtschaftsstabilisierungsfonds: Bürgschaften	– 400,0	
Länder	– 50,0	

[a] Wirkt sich auf den Bruttoschuldenstand des Staates aus. Wirkungen auf den Finanzierungssaldo entstehen nur bei Kreditausfällen oder bei absehbaren Verlusten durch den Beteiligungserwerb. [b] Auswirkungen auf Finanzierungssaldo oder Bruttoschuldenstand treten nur auf, wenn die Bürgschaften bzw. die Haftung fällig wird.

Quelle: Finanzministerien der Länder, Bundesregierung, Berechnungen der Gemeinschaftsdiagnose, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2020

Inflationsrate in Deutschland vergleichsweise gering ausfällt. Zusätzlich wird die deutsche Exportwirtschaft unter der zum Jahresauftakt erfolgten Aufwertung des Euro gegenüber der Türkischen Lira und dem Mexikanischen Peso leiden. Im nächsten Jahr dürfte die deutsche Wirtschaft ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit geringfügig verbessern. Wegen des anhaltenden Preisdrucks in vielen Schwellenländern kann Deutschland seine Wettbewerbsposition gegenüber Volkswirtschaften wie Indien oder Russland weiter ausbauen.

Wie im internationalen Teil dieser Prognose beschrieben, dürfte die Weltwirtschaft im zweiten Quartal 2020 einen historisch beispiellosen Einbruch erlebt haben. Entsprechend stürzt der ifo Weltnachfrageindikator, der die gesamtwirtschaftlichen Prognosen der wichtigen deutschen Handelspartner gemäß ihrer Bedeutung für die deutschen Exporte zusammenfasst, im zweiten Quartal regelrecht ab (vgl. Abb. 3.3). Ab dem dritten Quartal dürfte sich die Exportnachfrage nach und nach erholen. Zunächst ist mit recht starken Zuwächsen zu rechnen, die dann im weiteren Prognoseverlauf allmählich abflachen.

3.5 MASSIVER EINBRUCH IM AUSSENHANDEL

Zu Jahresbeginn verzeichnete der deutsche Außenhandel spürbare Rückgänge. Dies ist maßgeblich auf die Verhängung umfangreicher Shutdown-Maßnahmen sowohl im In- als auch im Ausland zurückzuführen, die bereits seit Januar internationale Handelsströme signifikant beeinträchtigen. Im ersten Quartal 2020 gingen deshalb die preisbereinigten Ausfuhren um 3,1% und die preisbereinigten Einfuhren um 1,6% gegenüber dem Vorquartal zurück.

ZU DEN AUSWIRKUNGEN DES KONJUNKTURPAKETS

Am 3. Juni 2020 hat sich der Koalitionsausschuss auf ein umfangreiches Konjunkturpaket geeinigt. In der vorliegenden Prognose wurde dieses Konjunkturpaket auf einen Umfang von 134 Mrd. Euro bis 2021 geschätzt, wobei fast 87 Mrd. Euro (2,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) auf das laufende und reichlich 47 Mrd. Euro (1,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) auf das kommende Jahr entfallen (vgl. Tab. 3.8).

Tab. 3.8

Finanzpolitische Maßnahmen des Konjunkturpakets[a]

Belastungen (–) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Milliarden Euro gegenüber Basisjahr

	2020	2021	2022	2023	2024
Steuern	– 28,1	– 6,2	3,1	3,1	0,1
Subventionen	– 4,8	– 12,2	– 2,3	0,0	0,0
Transfers	– 39,8	– 14,8	– 0,3	– 0,1	– 0,1
Investive Ausgaben	– 14,0	– 14,1	– 5,8	– 5,8	– 5,8
Insgesamt	– 86,7	– 47,2	– 5,3	– 2,8	– 5,8
Nachrichtlich: gegenüber Vorjahr	– 86,7	39,5	42,0	2,5	– 3,0
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	– 2,6	– 1,3			

[a] Ohne makroökonomische Rückwirkungen.

Quelle: Bundesregierung, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2020

Das aus 57 Punkten bestehende Paket ist divers zusammengesetzt und beinhaltet sowohl Steuersenkungen, zusätzliche Subventionen, Erhöhungen von staatlichen Transferzahlungen, zusätzlichen Staatskonsum sowie zusätzliche staatliche Investitionen. Die größten Punkte des Paketes sind die Überbrückungshilfen im Ausmaß von 25 Mrd. Euro und die temporäre Mehrwertsteuersenkung von 19% auf 16% (beziehungsweise von 7% auf 5%) in der zweiten Jahreshälfte 2020, die eine Entlastung in Höhe von 20 Mrd. Euro mit sich bringen dürfte. Mit den Überbrückungshilfen beinhaltet das Paket einen Punkt, der bereits Bestandteil der vorherigen Corona-Hilfsmaßnahmen war und bisher noch nicht ganz ausgeschöpft wurde. Des Weiteren sind Teile des Paketes das Vorziehen von Investitionen sowie die Ankündigung von Investitionen, bei denen fraglich ist, ob es sich tatsächlich um zusätzliche Investitionen oder lediglich einen Ersatz für aus konjunkturellen Gründen wegbrechende Investitionen handelt. Insgesamt dürfte damit die durch das Paket für sich angestoßene Belastung des Staatshaushaltes unterhalb der veranschlagten 134 Mrd. Euro liegen.

Die Auswirkungen des Konjunkturpaketes auf die Gesamtwirtschaft wurden mit Hilfe des ifo-DSGE-Modells geschätzt. Hierfür war eine Übertragung notwendig, die sich leicht von der Verbuchung des Paketes in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen unterscheidet (vgl. Tab. 3.9). So macht sich beispielsweise die Mehrwertsteuersenkung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erst mit einer einmonatigen Verzögerung bemerkbar, wohingegen sie in der Logik des ifo-DSGE-Modells bereits mit Beginn des 3. Quartals 2020 wirksam wird. Insgesamt wurden die Maßnahmen in drei Kategorien unterteilt: 1) Entlastungen von Unternehmen, bei denen die Nettozahlungen der Unternehmen an den Staat gesenkt werden, 2) Entlastungen der privaten Haushalte, bei denen die Nettozahlungen der privaten Haushalte an den Staat gesenkt werden sowie 3) eine Erhöhung der staatlichen Nachfrage, die einer Erhöhung des Staatskonsums bzw. der staatlichen Investitionen entspricht.

Bei dem ifo-DSGE-Modell handelt es sich um ein umfassendes makroökonomisches Modell, das aus drei mikrofundierten Regionen – Deutschland, dem Rest des Euroraums und dem Rest der Welt – besteht. Reale und nominale Friktionen gewährleis-

Tab. 3.9

Übertragung der Maßnahmen in das DSGE-Modell

in Milliarden Euro

	2020	2021	2022	2023	2024
Entlastung der Unternehmen	64,0	18,1	– 0,8	– 2,1	– 0,1
Entlastung der privaten Haushalte	9,9	11,7	0,3	– 0,9	0,1
Zusätzliche staatliche Nachfrage	14,0	14,1	5,8	5,8	5,8

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2020

Tab. 3.10

Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen des Konjunkturpakets

	Konjunkturpaket in Mrd. Euro	Anstieg des preisbereinigten BIP in Mrd. Euro	Effekt auf die Jahreswachstumsrate des preisbereinigten BIP in Prozentpunkten
2020	88,0	29,5	0,9
2021	43,9	20,5	– 0,3
2022	5,3	3,5	– 0,5
2023	2,8	1,5	– 0,1
2024	5,8	2,4	0,0

Quelle: ifo-DSGE-Modell; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2020

ten, dass das Modell bei Simulationsrechnungen realistische Anpassungsdynamiken entfaltet. Die Simulationsergebnisse basieren auf einer aktuellen Parameterschätzung. Das Konjunkturpaket wird im Modell als Fiscal-News-Shock implementiert. Im zweiten Quartal 2020 erfahren Unternehmen und Haushalte von dessen Inhalt. Sie kennen das Timing der einzelnen Maßnahmen und sind sich des temporären Charakters des Konjunkturpakets bewusst. Des Weiteren wird die übliche Annahme einer aktiven Geldpolitik und einer passiven Fiskalpolitik getroffen. Die Inflationsrate wird durch Zentralbanken kontrolliert. Auf Mehrausgaben beziehungsweise Mindereinnahmen reagiert der Fiskus entweder mit einer Neuverschuldung oder mit einer Erhöhung der Lump-Sum-Besteuerung.

Das Konjunkturpaket dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt Deutschlands um 29,5 Mrd. Euro in diesem Jahr und um 20,5 Mrd. Euro im nächsten Jahr steigern (vgl. Tab. 3.10). Damit dürfte sich die Jahreswachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr um 0,9 Prozentpunkte beschleunigen und dann im kommenden Jahr um 0,3 Prozentpunkte gedämpft werden. Wenn man isoliert nur die temporäre Mehrwertsteuersenkung betrachtet, leistet sie in diesem Jahr einen positiven Beitrag von 0,2 Prozentpunkten zur Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (vgl. Tab. 3.11). Im Vergleich dazu würde eine permanente Mehrwertsteuersenkung der gleichen Größenordnung das Niveau des Bruttoinlandsprodukts dauerhaft um 0,6% erhöhen.

Tab. 3.11

Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Mehrwertsteuersenkung

	Temporäre Senkung vom 1. 7. 2020 bis 31. 12. 2020		Permanente Senkung ab 1. 7. 2020	
	Anstieg des preisbereinigten BIP in Mrd. Euro	Effekt auf die Jahreswachstumsrate des preisbereinigten BIP in Prozentpunkten	Anstieg des preisbereinigten BIP in Mrd. Euro	Effekt auf die Jahreswachstumsrate des preisbereinigten BIP in Prozentpunkten
2020	6,5	0,2	9,8	0,3
2021	2,4	– 0,1	21,5	0,4
2022	0,0	– 0,1	21,5	0,0
2023	– 0,1	0,0	21,0	0,0
2024	0,0	0,0	20,7	0,0

Quelle: ifo-DSGE-Modell; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2020

Der Einbruch im Außenhandel dürfte sich im zweiten Quartal deutlich vertieft haben. Der schwache Auftragseingang aus dem Ausland für das Verarbeitende Gewerbe deutet gemeinsam mit dem stark rückläufigen Warenexport im April auf einen Absturz der realen Ausfuhren im zweiten Quartal von 24,4% hin. Die seit Wochen weltweit voranschreitende Lockerungen der Shutdown-Maßnahmen werden im dritten Quartal zu einer teilweisen Erholung des Exportgeschäfts führen. Dafür sprechen auch die sich zuletzt stark aufhellenden ifo Exporterwartungen (vgl. Abb. 3.4). Der reale Export dürfte so im dritten Quartal um 13,1% zulegen. Im weiteren Prognosezeitraum werden sich die Ausfuhren im Einklang mit der globalen Nachfrage allmählich normalisieren. Am Ende des Prognosehorizonts dürften sie in etwa das Niveau vom vierten Quartal 2019 erreichen (vgl. Abb. 3.5). Alles in allem dürfte die preisbereinigte Ausfuhr in diesem Jahr um 13,3% schrumpfen und im nächsten Jahr um 13,4% steigen.

Tab. 3.12

Annahmen der Prognose

Jahresdurchschnitte

	2019	2020	2021
Ölpreis USD/Barrel (Brent)	64,3	40,4	41,5
Welthandel[a]	– 0,3	-8,4	7,6
Wechselkurs USD/EUR	1,12	1,10	1,10
Hauptrefinanzierungssatz der EZB	0,00	0,00	0,00

[a] Preisbereinigt; Veränderungen gegenüber Vorjahr in %; Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Quelle: Annahmen des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2020

Tab. 3.13

Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts
in Prozentpunkten

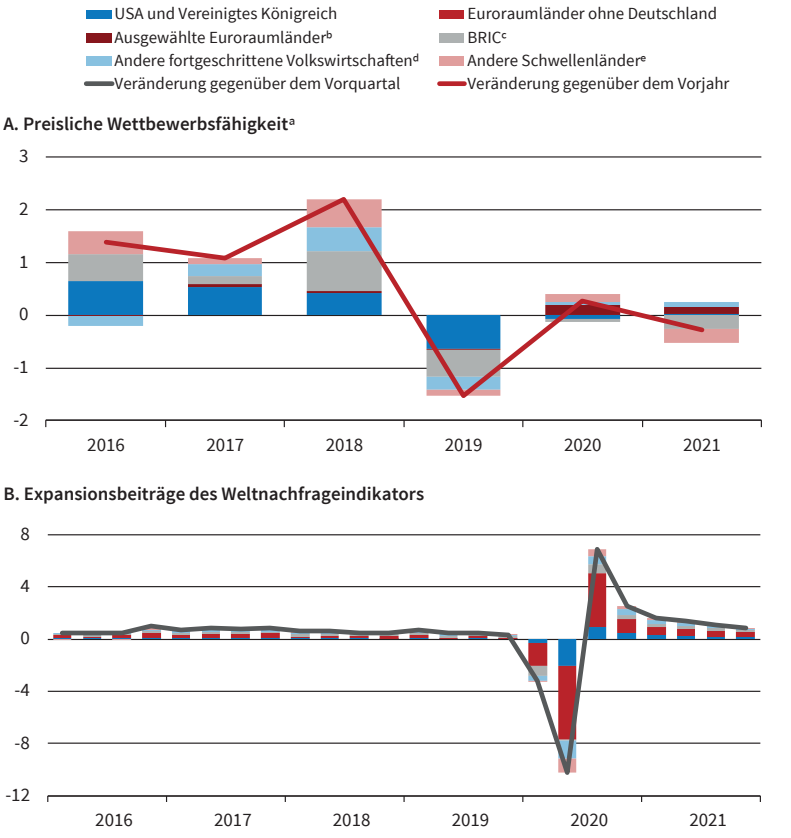
	Wachstumsbeiträge				Importbereinigte Wachstumsbeiträge[a]			
	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021
Konsumausgaben	1,0	1,4	–2,9	3,2	0,6	0,9	– 2,4	2,5
Private Konsumausgaben	0,7	0,8	– 3,4	2,6	0,4	0,5	– 2,8	2,1
Konsumausgaben des Staates	0,3	0,5	0,5	0,5	0,2	0,5	0,4	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	0,7	0,5	– 1,2	1,4	0,4	0,3	– 0,9	0,9
Bauten	0,3	0,4	0,1	0,2				
Ausrüstungen	0,3	0,0	– 1,4	1,1				
Sonstige Anlagen	0,2	0,1	0,0	0,1				
Vorratsveränderungen	0,3	– 0,8	0,4	– 0,8	0,3	– 0,6	0,3	– 0,6
Letzte inländische Verwendung	2,0	1,1	– 3,7	3,7	1,2	0,6	– 2,9	2,8
Außenbeitrag	– 0,4	– 0,6	– 3,1	2,7				
Exporte	1,0	0,5	– 6,2	5,7	0,3	0,0	– 3,8	3,6
Importe	– 1,5	– 1,0	3,2	– 3,0				
Bruttoinlandsprodukt[b]	**1,5**	**0,6**	**– 6,7**	**6,4**	**1,5**	**0,6**	**– 6,7**	**6,4**

[a] Verwendungsaggregate abzüglich ihres Importgehalts. [b] Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; 2020 bis 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2020

Abb. 3.3

Exportindikatoren
In % bzw. Prozentpunkten



[a] Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 24 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreise. Ein Anstieg bedeutet jeweils eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.
[b] Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich und Spanien. [c] Brasilien, Russland, Indien und China.
[d] Japan, Kanada, Südkorea, Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark und Tschechien.
[e] Mexiko, Türkei, Polen und Ungarn.
Quelle: Deutsche Bundesbank; Internationaler Währungsfond; OECD;
Berechnungen des ifo Instituts; 2020 und 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Auch die Importe dürften im zweiten Quartal 2020 kräftig eingebrochen sein, worauf der April-Wert des Warenimports schließen lässt. Allerdings dürfte der Rückgang der realen Einfuhr von 14,5% im Vergleich zur Ausfuhr milder ausgefallen sein. Ab dem dritten Quartal werden sich die Importe dank der anziehenden Exportdynamik und der Normalisierung der Binnennachfrage schrittweise erholen (vgl. Abb. 3.6). Insgesamt dürften die preisbereinigten Einfuhren in diesem Jahr um 7,7% sinken und im kommenden Jahr um 7,8% zulegen. Die Nettoexporte werden in diesem Jahr rein rechnerisch einen negativen Beitrag zur Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts leisten (vgl. Tab. 3.12). Im nächsten Jahr wird sich der Außenbeitrag positiv auf die gesamtwirtschaftliche Expansion auswirken. Importbereinigt liefert der Export im laufenden Jahr einen negativeren Beitrag zum Rückgang des Bruttoinlandsprodukts als es der rein rechnerische Außenbeitrag vermuten lässt. Im kommenden Jahr fällt der Beitrag der deutschen Exporte mit 3,6 Prozentpunkten hingegen spürbar kräftiger aus als der Außenbeitrag (2,7 Prozentpunkte).

Die Terms-of-Trade verbesserten sich im ersten Quartal 2020 leicht um 0,3% gegenüber dem Vorquartal, wobei Importpreise mehr als Exportpreise abnahmen. Dieses Muster wird sich im zweiten Quartal wegen der deutlich gefallenen Energiepreise verstärkt haben. Die Monatspreise der Außenhandelsstatistik weisen auf eine Verbesserung der Terms-of-Trade von 3,6% hin. Die jüngsten Rohölpreisanstiege, die man seit Ende April beobachten kann, werden erst im dritten Quartal zu Buche schlagen. Aller Voraussicht nach ist im dritten Quartal mit einer Verschlechterung der Terms-of-Trade von 1,6% zu rechnen. Im weiteren

Prognoseverlauf dürften sich die Exportpreise unter der Annahme realer Konstanz des Rohölpreises ähnlich wie die Importpreise entwickeln. Der Saldo der deutschen Leistungsbilanz wird 176,2 Mrd. Euro in diesem Jahr und 268,7 Mrd. Euro im kommenden Jahr betragen; in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ergeben sich 5,4% und 7,6% (vgl. Tab. 3.3).

3.6 UNTERNEHMENSINVESTITIONEN BRECHEN EIN

Die Unternehmensinvestitionen, d.h. die privaten Ausrüstungsinvestitionen zuzüglich der privaten sonstigen Investitionen sowie der gewerblichen Bauinvestitionen, haben zu Jahresbeginn preis-, saison- und kalenderbereinigt um 2% gegenüber dem Schlussquartal des vergangenen Jahres nachgegeben. Einem kräftigen Anstieg der Investitionsausgaben für gewerbliche Bauprojekte (+ 5,6%) stehen dabei Rückgänge der Ausgaben für Ausrüstungsgüter (– 6,1%) und sonstige Investitionen (– 1%) gegenüber. Die inländischen Umsätze für Investitionsgüter deuten darauf hin, dass vor allem die Investitionen in Fahrzeuge massiv gesenkt wurden.

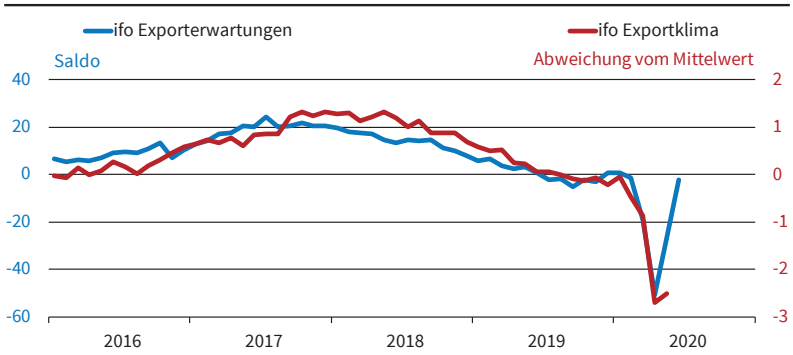
Im zweiten Quartal dürfte sich der Einbruch der Unternehmensinvestitionen erheblich verstärkt haben. Die Inlandsumsätze aller für die Ausrüstungsinvestitionen relevanten Wirtschaftsbereiche haben nach kräftigen Rückgängen im März das Abwärtstempo im April abermals erhöht. Den größten Rückgang verzeichneten die Produzenten von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, deren inländischen Umsätze sich beinahe 70% unter dem Durchschnitt des ersten Quartals befanden. Insgesamt lagen die Inlandsumsätze und die Produktion der Investitionsgüterproduzenten im April gut 40% unter dem Niveau des ersten Quartals. Die Frühindikatoren deuten jedoch daraufhin, dass der Tiefpunkt der Investitionstätigkeit bereits überschritten ist. So sind die gewerblichen Kfz-Zulassungen nach überaus starken Rückgängen im März und April zuletzt wieder merklich gestiegen und auch die Erwartungen der Investitionsgüterproduzenten haben sich deutlich aufgehellt (vgl. Abb. 3.7). Die sich leerenden Auftragsbücher der Unternehmen, die am aktuellen Rand stark eingebrochene Nachfrage nach Investitionsgütern (aus dem In- und Ausland) und die immer noch schlechte Geschäftslage der Investitionsgüterproduzenten sprechen dennoch für einen kräftigen Rückgang der Unternehmensinvestitionen im zweiten Vierteljahr insgesamt.

Ab dem dritten Quartal wird sich voraussichtlich die unternehmerische Investitionstätigkeit allmählich beleben. Vor dem Hintergrund der Erholung im Verarbeitenden Gewerbe und einer steigenden Auslandsnachfrage dürfte auch die Nachfrage nach inländischen Investitionsgütern deutlich stärker ausfallen. Im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Erholung dürfte die Belebung der Unternehmensinvestition jedoch etwas zeitversetzt verlaufen und erst

Abb. 3.4

Frühindikatoren für den Export

Saisonbereinigter Verlauf



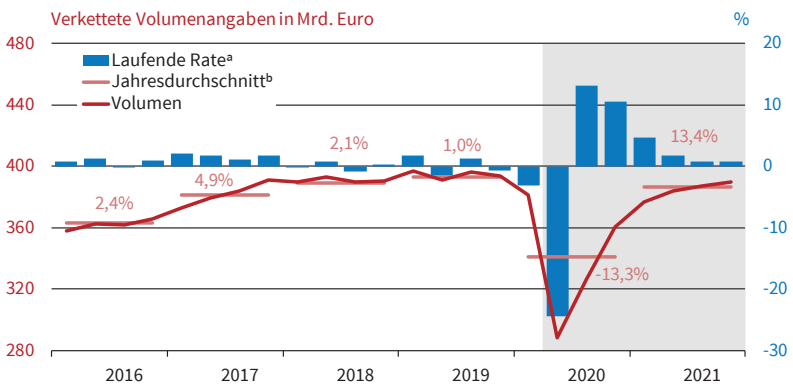
Quelle: ifo Konjunkturumfragen; Deutsche Bundesbank; internationale und nationale Statistikämter; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 3.5

Reale Exporte

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



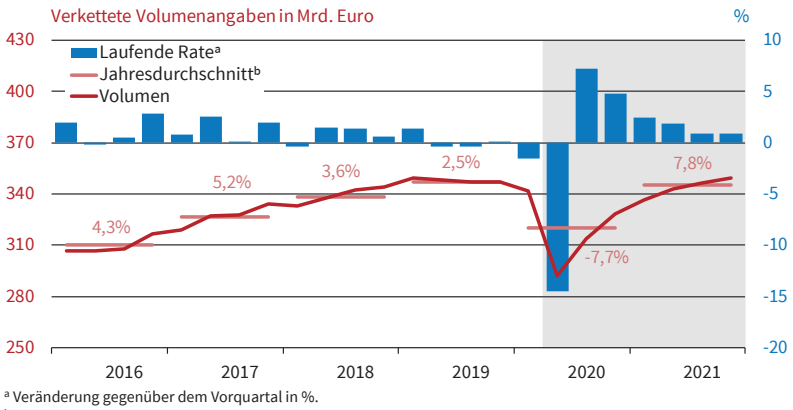
[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
[b] Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 3.6

Reale Importe

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
[b] Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2020: Prognose des ifo Instituts.

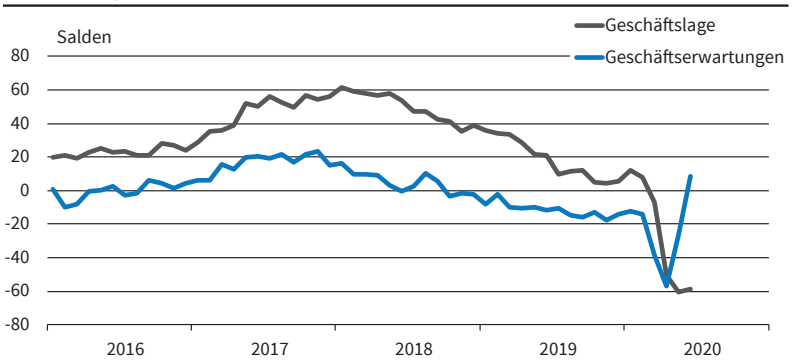
© ifo Institut

am Jahresbeginn 2021 ihren Höhepunkt erreichen. So ist damit zu rechnen, dass die enorme Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung (vgl. Abb. 3.8) Unternehmen dazu veranlasst, geplante Investitionsprojekte auf einen späteren Zeitpunkt zu

Abb. 3.7

ifo Investitionsgüterproduzenten

Saisonbereinigter Verlauf

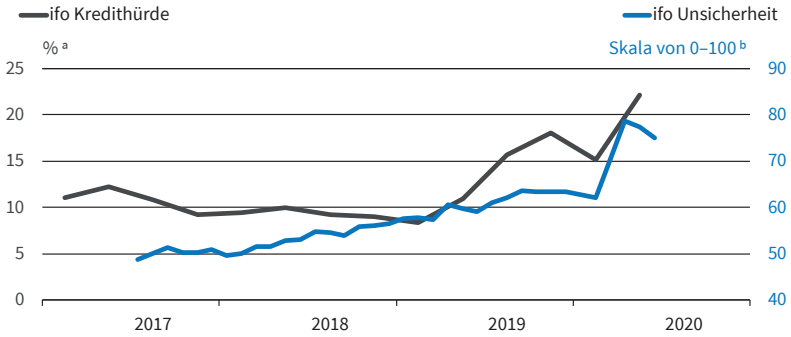


Quelle: ifo Konjunkturumfragen .

© ifo Institut

Abb. 3.8

ifo Kredithürde und Unsicherheitsmaß im Verarbeitendem Gewerbe



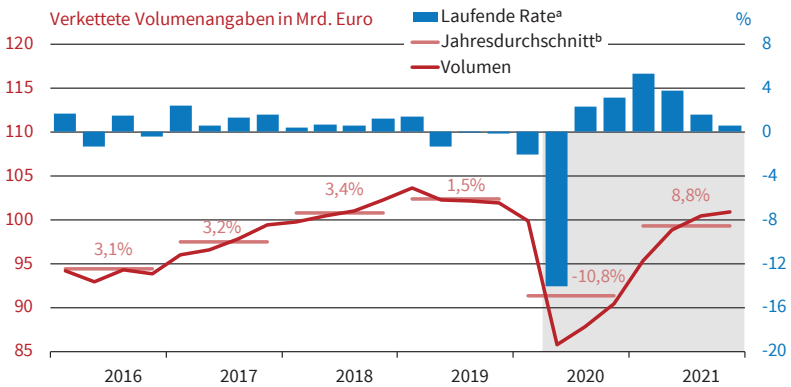
[a] Anteil der Unternehmen, die eine restriktive Kreditvergabe der Banken melden.
[b] Mittelwert der Unternehmensantworten.
Quelle: ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

Abb. 3.9

Reale Unternehmensinvestitionen

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
[b] Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

verschieben bzw. aufzugeben.[6] Überdies dürfte die zuletzt stark verschlechterte Erlös- und Gewinnsituation die Innenfinanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen verschlechtert haben. Der schon vor der Corona-Pandemie einsetzende Abschwung in der deutschen Industrie hat sich zudem bereits negativ auf die Außenfinanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen ausgewirkt. Zum einen steigen die Effektivzinssätze für Unternehmenskredite seit dem vergangenen Herbst und beschleunigt seit dem Februar dieses Jahres an.[7] Zum anderen berichten die vom ifo Institut befragten Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes von einer deutlich abnehmenden Bereitschaft der Banken, Unternehmenskredite zu vergeben (vgl. Abb. 3.8). Nicht zuletzt werden die wirtschaftlichen Einschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie wohl auch dafür sorgen, dass es ab dem Herbst 2020 vermehrt zu Unternehmensinsolvenzen kommt (vgl. Creditreform 2020). Daher dürften die Unternehmensinvestition am Ende des Prognosehorizontes lediglich ein Niveau leicht unterhalb dessen vor Ausbruch der Coronakrise erreichen.

Alles in allem werden die Unternehmensinvestitionen im Durchschnitt des Jahres 2020 voraussichtlich um 10,8% einbrechen. Maßgeblich für diesen kräftigen Rückgang dürften die Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sein, die mit gut 20% einen ähnlich stark einbrechen wie während der Weltfinanzkrise im Jahr 2009. Im kommenden Jahr wird es dann voraussichtlich zu einer kräftigen Erholung um 8,8% gegenüber dem Vorjahr kommen (vgl. Abb. 3.9).

3.7 WOHNUNGSBAU TROTZT CORONA-PANDEMIE

Die Investitionen in Wohnbauten sind mit einem preis-, saison- und kalenderbereinigten Zuwachs um 3,5% gegenüber dem Vorquartal sehr kräftig in das Jahr 2020 gestartet. Dies dürfte zum einen der äußerst vorteilhaften Witterung im ersten Vierteljahr geschuldet sein. Aufgrund einer ungewöhnlich hohen Anzahl an Brückentagen im Dezember des vergangenen Jahres ist es zum anderen wohl zu Investitionsverschiebungen in den Januar des laufenden Jahres gekommen. So stieg die Produktion im Bauhauptgewerbe ausschließlich im Januar kräftig an und fällt seitdem kontinuierlich.

Im zweiten Quartal wird es voraussichtlich zu einem deutlichen Rückpralleffekt gekommen sein. Unabhängig von den Auswirkungen der Corona-Pandemie dürfte das durch Sondereffekte stimulierte Niveau aus dem ersten Quartal nicht zu halten gewesen und es deshalb zu einer technischen Gegenreaktion gekommen sein. Überdies werden sich wohl auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die deutsche Bauwirtschaft bemerkbar gemacht haben. So kam es zuletzt zu kräftigen Einbrüchen der Bauproduktion (insbesondere im für den Wohnungsbau relevanten Ausbaugewerbe) und der Auftragseingänge für Wohn-

[6] In Abbildung 3.8 wird die unternehmerische Unsicherheit mittels einer sog. visuellen Analogskala gemessen. Auf dieser können die Unternehmen einen beliebigen Wert zwischen 0 (geringe Unsicherheit) und 100 (hohe Unsicherheit) wählen. Die abgetragenen Werte entsprechen dem Mittelwert aller von den Unternehmen angegeben Werten (vgl. Wollmershäuser et al. 2019).

[7] Die von der Bundesregierung über die KfW bereitgestellten Unternehmenskredite dürften vor allem zur Deckung von Liquiditätsengpässen verwendet werden und die Investitionstätigkeit nur geringfügig stimulieren.

bauprojekte. Die vom ifo Institut befragten Bauunternehmen signalisieren überdies, dass nicht mit einer sofortigen Erholung der Bauinvestitionen zu rechnen ist. Einerseits hat sich die gemeldete Bautätigkeit im Vergleich zum Durchschnitt der vergangenen drei Monate nach kräftigen Rückgängen im April und Mai im Juni nur unwesentlich erholt. Andererseits deutet die von April bis Juni deutlich angestiegene Anzahl gemeldeter Auftragsstornierungen auf eine zumindest kurzfristig schwächere Nachfrage nach Wohnraum hin.

Ab dem Winterhalbjahr dürfte es zu einer spürbaren Belebung der Investitionen in Wohnbauten kommen. Die strukturellen Treiber der Wohnungsbaukonjunktur sind größtenteils weiterhin intakt. Die Nachfrage nach Wohnraum insbesondere in urbanen Zentren ist anhaltend hoch und die Auftragsbestände befinden sich auf komfortablen Niveau. Die durch die Coronakrise induzierte ungünstigere Einkommensentwicklung der privaten Haushalte sowie anziehende Vergabestandards für Wohnungsbaukredite dürften jedoch dafür sorgen, dass sich das Expansionstempo im Jahr 2021 verlangsamt und hinter der Entwicklung der vergangenen Jahre zurückbleibt.

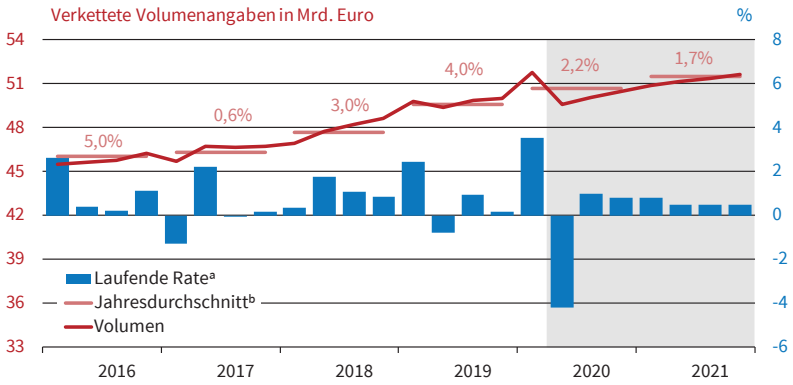
Insgesamt werden die Investitionen in Wohnbauten im laufenden Jahr wohl um 2,2% zulegen und somit deutlich weniger von der Coronakrise betroffen sein als große Teile der deutschen Wirtschaft. Für das kommende Jahr ergibt sich voraussichtlich eine etwas weniger dynamische Expansion um 1,7% gegenüber dem Vorjahr (vgl. Abb. 3.10).

Nachdem es in den vergangenen Jahren zu einer stetigen Zunahme des Anteils der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt kam, wird dieser Anteil in den kommenden Jahren wohl in etwa auf dem jetzigen Niveau verharren. Dabei werden die Bruttoanlageinvestitionen maßgeblich von den Bauinvestitionen, deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt im Prognosezeitraum sogar geringfügig zunimmt, gestützt. Neben den Wohnungsbauinvestitionen trägt die Bautätigkeit der öffentlichen Hand maßgeblich

Abb. 3.10

Reale Wohnungsbauinvestitionen

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
[b] Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

zu dieser Entwicklung bei. Diese erreicht zwar nicht mehr das Expansionstempo der vergangenen beiden Jahre, dürfte dennoch spürbar ausgeweitet werden (vgl. Tab. 3.14). Das von der Bundesregierung verabschiedete Konjunkturpaket wird sich wohl als stabilisierend erweisen und eine stärkere Abschwächung der öffentlichen Bauinvestitionen verhindern (vgl. Kasten Konjunkturprogramm). Gestützt durch die Wohnungsbauinvestitionen und die Investitionen der öffentlichen Hand dürfte der Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen mit 5,7% im Jahr 2020 daher deutlich geringer ausfallen als während der Weltfinanzkrise 2009. Im Jahr 2021 ergibt sich dann eine kräftige Erholung um 6,4%.

3.8 KONJUNKTURPAKET STABILISIERT KONSUMAUSGABEN

Die preisbereinigten Konsumausgaben der privaten Haushalte sind zu Jahresbeginn 2020 mit – 3,2% so kräftig eingebrochen wie zuletzt Anfang 2007. Wäh-

Tab. 3.14

Reale Bruttoanlageinvestitionen

Veränderungen gegenüber Vorjahr in %

	Anteile in %[a]	2018	2019	2020	2021
Bauten	**48,6**	**2,5**	**3,8**	**1,0**	**1,7**
Wohnungsbau	29,7	3,0	4,0	2,2	1,7
Nichtwohnungsbau	19,0	1,7	3,5	– 0,8	1,6
Gewerblicher Bau	13,2	0,6	2,2	– 2,3	1,8
Öffentlicher Bau	5,8	4,3	6,5	2,3	1,3
Ausrüstungen	**33,2**	**4,4**	**0,6**	**– 19,9**	**18,7**
Sonstige Anlagen	**18,1**	**4,3**	**2,7**	**1,1**	**2,2**
Bruttoanlageinvestitionen	**100**	**3,5**	**2,6**	**– 5,7**	**6,4**
nachrichtlich:					
Unternehmensinvestitionen[b]	*59,3*	*3,4*	*1,5*	*– 10,8*	*8,8*

[a] Bezogen auf das Jahr 2018. [b] Investitionen des nicht-staatlichen Sektors, d.h. private Ausrüstungsinvestitionen und sonstige Anlagen zuzüglich gewerblicher Nichtwohnungsbau.

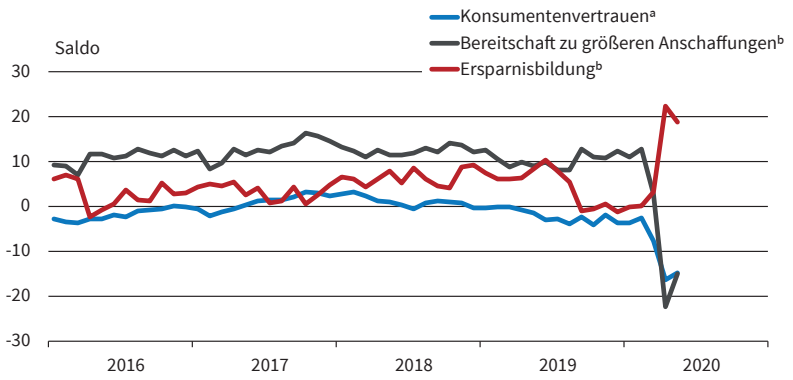
Quelle: Statistisches Bundesamt; 2020 bis 2021: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2020

Abb. 3.11

Indikatoren zur Konsumkonjunktur

Saisonbereinigter Verlauf



[a] Mittelwert der Salden in % der Meldungen der privaten Haushalte zu ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Lage (in den kommenden zwölf Monaten), Arbeitslosigkeitserwartungen (in den kommenden zwölf Monaten) und den Ersparnissen (in den kommenden zwölf Monaten). [b] Gegenwärtig.

Quelle: Europäische Kommission.

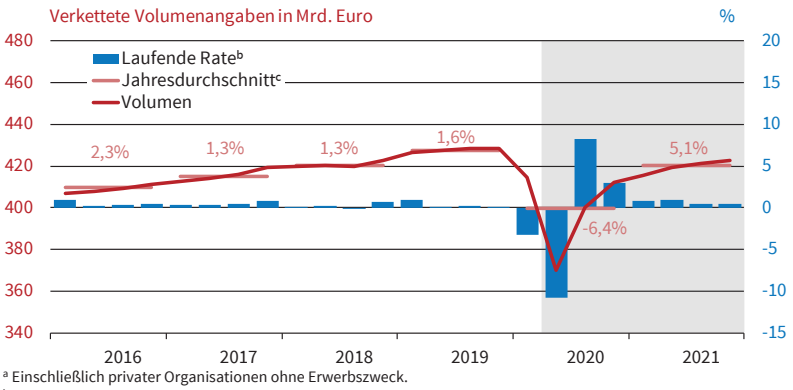
© ifo Institut

rend damals die Mehrwertsteuererhöhung und die damit verbundenen Vorzieheffekte ins Schlussquartal 2006 ausschlaggebend waren, stellt der Ausbruch der Coronakrise einen exogenen Schock für die in Deutschland getätigten Konsumausgaben dar. Nach Verwendungszwecken betrachtet, waren vor allem jene Posten in den privaten Konsumausgaben rückläufig, die von Bereichen produziert wurden, die unmittelbar vom Shutdown betroffen waren. Mit – 12,3% besonders kräftig schrumpften die Konsumausgaben für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen, die etwas mehr als 5% des gesamten privaten Konsums ausmachen. In ähnlicher Größenordnung sanken auch die Ausgaben für Bekleidung und Schuhe (– 11,4%), die 4% der gesamten Konsumausgaben repräsentieren. Die Rückgänge bei den Übrigen Verwendungszwecken (– 4,5%) sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung (– 6,7%) fallen deutlich stärker ins Gewicht, da beide Verwendungszwecke zusammen mehr als ein Drittel der privaten Konsumausgaben auf sich vereinen. Dabei umfassen die Übrigen Verwendungszwecke bspw. Dienstleistungen des Friseurhandwerks und der Verwendungszweck Verkehr und Nachrichtenübermittlung bspw. den Erwerb von Kraftfahrzeugen. Während Friseure ihre Geschäfte während des Shutdown schließen mussten, stellten deutsche Autobauer zeitweise ihre Produktion ein, was wohl auch zur Schwäche im Kfz-Handel beigetragen haben dürfte. Ausgaben für Wohnung, Wasser etc. waren vom Shutdown nicht betroffen.

Abb. 3.12

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte[a]

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



[a] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[b] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
[c] Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Im zweiten Quartal 2020 dürften die privaten Konsumausgaben mit – 10,8% nochmals deutlich kräftiger eingebrochen sein als zum Jahresauftakt. Zum einen war fast der gesamte April vom Shutdown betroffen. So sank der preisbereinigte Einzelhandelsumsatz im April um 6,5% gegenüber März 2020; der Rückgang im Gastgewerbe fiel mit 56,3% sogar noch gravierender aus. Zudem dürfte ein Teil der ausgefallenen Konsumausgaben auch nicht nachgeholt werden, wie u.a. die Bereitschaft zu größeren Anschaffungen aus der Konsumentenbefragung der Europäischen Kommission anzeigt (vgl. Abb. 3.11). Zum anderen verschlechterte sich die Einkommenslage der privaten Haushalte aufgrund der vermehrten Inanspruchnahme von Kurzarbeit durch die hiesigen Firmen sowie den kräftigen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Als Reaktion hierauf und wegen der fehlenden Möglichkeit, wie gewohnt zu konsumieren, haben die privaten Haushalte spürbar ihre Ersparnisse ausgeweitet (vgl. Abb. 3.11).

Im dritten und vierten Quartal 2020 dürfte das Konjunkturpaket die privaten Konsumausgaben stabilisieren und positive Impulse durch die vorübergehende Mehrwertsteuersenkung liefern. Diese vorgezogenen Konsumausgaben fehlen dann insbesondere zu Jahresbeginn 2021, so dass die Expansionsdynamik deutlich schwächer ausfallen dürfte. Positiv wirkt hingegen die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlages. Zum Ende des Prognosezeitraums dürften die privaten Konsumausgaben dann wieder mit durchschnittlichen Raten expandieren.

Die verfügbaren Einkommen dürften in diesem Jahr erstmals seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 wieder sinken. Der Rückgang wird voraussichtlich 1,4% betragen. Die monetären Sozialleistungen in Form des Kurzarbeiter- und Arbeitslosengeldes dürften kräftig um 8,5% zulegen. Belastend wirken hingegen die spürbaren Einbrüche bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen, so dass auch die Entnahmen der privaten Haushalte deutlich sinken werden. Deutlich gravierender dürfte sich aber die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter auswirken. Diese werden aller Voraussicht nach in diesem Jahr den kräftigsten Rückgang im wiedervereinigten Deutschland erfahren. Gestützt wird die Kaufkraft der privaten Haushalte hingegen von dem sich spürbar verlangsamenden Preisauftrieb, der zum einen durch den Absturz der Rohölpreise verursacht wird. Zum anderen wirkt die temporäre Senkung der Mehrwertsteuer entlastend. Im kommenden Jahr dürften die verfügbaren Einkommen im Zuge der allmählichen gesamtwirtschaftlichen Erholung wieder mit 3,0% expandieren.

Im Jahresdurchschnitt 2020 dürften die privaten Konsumausgaben um 6,4% schrumpfen (vgl. Abb. 3.12). Der Anstieg im kommenden Jahr um voraussichtlich 5,1% lässt die Konsumausgaben allerdings noch nicht wieder das Vorkrisenniveau erreichen. Darin kommt auch zum Ausdruck, dass viele Dienstleistungen im Bereich Freizeit, Unterhaltung, Kultur, Beherbergung und Gaststätten bis weit ins nächste Jahr hinein nur mit Einschränkungen angeboten werden können. Spiegelbildlich zur Konsumkonjunktur wird die Sparquote in diesem Jahr auf 15,1% steigen, nach 10,9% im Jahr 2019. Im kommenden Jahr dürfte die Sparquote voraussichtlich 12,5% betragen.

3.9 ÖLPREISSTURZ UND MEHRWERTSTEUERSENKUNG DÄMPFEN PREISAUFTRIEB

Die Verbraucherpreise (VPI) sind im Januar und Februar dieses Jahres mit laufenden Raten von 0,2% recht kräftig gestiegen. Im März und Mai sind die Verbraucherpreise mit 0,3% und 0,1% sogar gesunken, und haben im April lediglich stagniert. Maßgeblich hierfür ist der deutliche Preisrückgang der Energiekomponente, ausgelöst durch den Ölpreissturz der vergangenen Monate. Im Vergleich zum Januar sind die Verbraucherpreise in der Kategorie Energie im Durchschnitt der Monate Februar bis Mai 2020 saison- und kalenderbereinigt um 4,5% gefallen. Die Kernrate expandierte im gleichen Zeitraum recht moderat. Die Inflationsrate im zweiten Quartal 2020 dürfte damit voraussichtlich nur 0,6% betragen, nach 1,6% im ersten Vierteljahr.

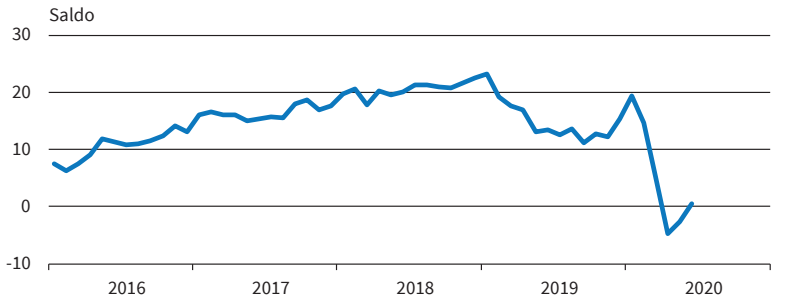
Die Preisentwicklung im dritten Quartal dürfte maßgeblich durch die temporäre Senkung der Mehrwertsteuer beeinflusst sein, die die befragten Firmen im Rahmen der ifo Konjunkturumfrage wohl bei ihren Preiserwartungen berücksichtigen (vgl. Abb. 3.13). Nach Angaben des Statistischen Bundesamts (Pressemitteilung Nr. 215 vom 15. Juni 2020) könnte die Mehrwertsteuersenkung zu einem Rückgang der Verbraucherpreise um 1,6% führen, wenn die Unternehmen die Preisanpassungen vollständig an die Verbraucher weitergeben. In der vorliegenden Prognose wird davon ausgegangen, dass die Preissenkung sich gleichermaßen auf die Unternehmen und die privaten Haushalte aufteilen. Demnach dürfte die saisonbereinigte Kernrate im dritten Quartal unter das Niveau des zweiten Vierteljahres fallen und damit auch stimulierend für den privaten Konsum wirken; für die Energiekomponente ergeben sich Verlaufsraten, die der Annahme der realen Konstanz des Ölpreises entsprechen. Zusammengenommen dürfte die Inflationsrate im dritten Quartal wohl nur 0,0% betragen.

Im weiteren Prognosezeitraum werden die Verbraucherpreise wohl nur moderat expandieren. Maßgeblich hierfür ist die nur allmähliche Erholung der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass die Verbraucherpreise in diesem Jahr um 0,5% steigen. Im Jahr 2021 führen die Anhebung der Mehrwertsteuer und steigende Energiepreise zu einer Teuerungsrate von 1,1% (vgl. Abb. 3.14). Die Kernrate dürfte in beiden Jahren in etwa gleich groß ausfallen.

Abb. 3.13

ifo Preiserwartungen der deutschen Wirtschaft[a]

Saisonbereinigter Verlauf



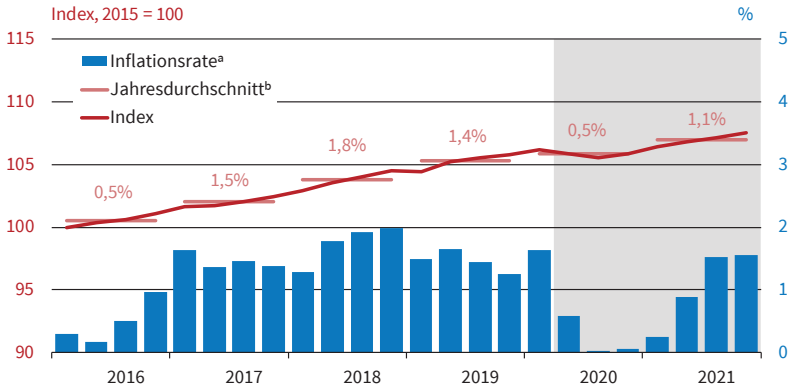
[a] Erwartete Verkaufspreise im Verarbeitenden Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel und den übrigen Dienstleistungsbereichen in den kommenden drei Monaten; Saldo der prozentualen Anteile "steigen" und "fallen".
Quelle: ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

Abb. 3.14

Verbraucherpreise in Deutschland

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %.
[b] Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

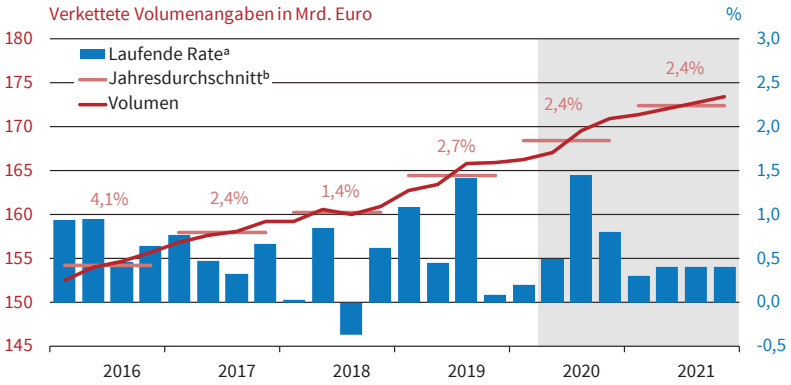
3.10 KONJUNKTURPAKET LÄSST STAATSKONSUM STEIGEN

Nach einem vergleichsweise schwachen Jahresauftakt wird der Staatskonsum insbesondere zur Mitte des laufenden Jahres deutlich steigen (vgl. Abb. 3.15). Dies ist maßgeblich auf zusätzliche Ausgaben des im Juni beschlossenen Konjunkturpakets zurückzuführen (vgl. Kasten: Zu den Auswirkungen des Konjunkturpakets). Dieses führt insbesondere zu einem deutlichen Anstieg der Vorleistungen in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres. Gleichwohl werden die Schwankungen des Staatskonsums durch gegenläufige Entwicklungen seiner verbleibenden Komponenten gedämpft. Während die sozialen Sachleistungen aufgrund verschobener medizinischer Dienstleistungen im vergangenen Halbjahr nur einen schwachen Zuwachs aufwiesen, steigen sie im weiteren Prognosezeitraum deutlich. Hingegen verlieren die staatlichen Arbeitnehmerentgelte im Verlauf des Prognosezeitraums an Dynamik, da sich die

Abb. 3.15

Reale Konsumausgaben des Staats

Saisonbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
[b] Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

angespannte Kassenlage der Gebietskörperschaften mittelfristig in der Lohn- und Beschäftigungsentwicklung bemerkbar machen dürfte.

3.11 PRODUKTION KOMMT STELLENWEISE FAST VOLLSTÄNDIG ZUM ERLIEGEN

Die deutsche Wirtschaft startete zunächst recht positiv ins Jahr 2020. So stieg die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe im Durchschnitt der Monate Januar und Februar um 1,3% gegenüber dem vierten Quartal 2019. Auch die Auftragseingänge der deutschen Industriefirmen expandierten im gleichen Zeitraum um 2,8%. Darüber hinaus verzeichneten die Einzelhändler reale Umsatzzuwächse i. H. v. 1,4%. Mit dem Ausbruch der Corona-Epidemie in Deutschland änderten sich auch hierzulande die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen grundlegend und einige Wirtschaftsbereiche schränkten bereits im März ihre Produktion erheblich ein. Nach aktuellen Angaben des Statistischen Bundesamt führte dies dazu, dass das preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt im ersten Vierteljahr 2020 um 2,2% unter der gemessenen Aktivität aus dem vierten Quartal 2019 lag (vgl. Tab. 3.15). Damit fällt dieser Rückgang kräftiger aus als jener zur Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008/2009 (Veränderung des preis-, saison- und kalenderbereinigten Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal 2008 nach aktuellem Rechenstand: – 1,6%). Am stärksten betroffen von der Coronakrise waren das Verarbeitende Gewerbe (– 4,4%), das aufgrund seiner internationalen Ausrichtung stark vom Exportgeschäft abhängt, und die konsumnahen Bereiche Handel, Verkehr, Gastgewerbe (– 3,4%) sowie die Sonstigen Dienstleister (– 3,1%).

Die im März von der Politik beschlossenen und für beinahe den gesamten April 2020 geltenden Maßnahmen zur Eindämmung der Neuinfektionen brachte die wirtschaftliche Aktivität in einigen Bereichen na-

Tab. 3.15

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

Veränderung in %

	2020				2021				2019	2020	2021
	I	II	III	IV	I	II	III	IV			
	Veränderung ggü. Vorquartal[a]								Veränderung ggü. Vorjahr[b]		
Bruttoinlandsprodukt	**– 2,2**	**– 11,9**	**6,9**	**3,8**	**2,2**	**1,1**	**0,5**	**0,4**	**0,6**	**– 6,7**	**6,4**
darunter:											
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	– 2,0	– 11,5	7,3	3,8	2,0	1,1	0,5	0,4	0,4	– 6,3	6,5
darunter:											
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	– 4,3	– 21,8	15,1	6,6	4,8	2,7	0,5	0,3	– 3,5	– 13,3	12,9
darunter:											
Verarbeitendes Gewerbe	– 4,4	– 22,3	15,8	6,6	4,8	2,8	0,5	0,3	– 3,4	– 13,7	13,3
Energieversorgung, Wasserversorgung u.Ä.	– 6,9	– 13,6	9,4	6,8	4,1	1,5	0,3	0,3	– 3,7	– 9,2	9,7
Baugewerbe	2,1	– 4,8	1,9	0,7	0,3	0,3	0,3	0,3	3,6	– 0,1	1,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	– 3,4	– 18,7	11,3	5,4	2,3	0,7	0,4	0,3	2,1	– 11,4	7,6
Information und Kommunikation	– 0,4	– 2,6	2,2	2,1	1,5	1,3	1,1	1,0	2,6	0,0	5,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,1	– 0,2	0,3	0,2	0,2	0,0	0,0	0,0	2,5	0,6	0,4
Grundstücks- und Wohnungswesen	– 0,9	– 5,1	3,6	3,2	0,7	0,5	0,5	0,5	1,3	– 1,7	4,3
Unternehmensdienstleister	– 1,8	– 10,6	6,1	2,6	1,9	0,9	0,5	0,4	0,7	– 5,9	5,0
Öffentliche Dienstleister	– 0,8	– 3,9	4,5	2,9	0,0	0,2	0,3	0,3	1,7	0,0	3,8
Sonstige Dienstleister	– 3,1	– 14,7	6,1	4,1	3,7	1,8	0,2	0,2	1,0	– 10,3	7,1

[a] Verkettete Absolutwerte, saison- und kalenderbereinigt; [b] Ursprungswerte, Jahresdurchschnitte.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab II/2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2020

hezu vollständig zum Erliegen. Deutlich werden die Ausfälle der ökonomischen Aktivität an den derzeit für April 2020 verfügbaren Indikatoren der amtlichen Konjunkturstatistik. Dabei wird der Corona-bedingte Ausfall im Folgenden als Verhältnis der wirtschaftlichen Aktivität im April zur Aktivität im Februar des laufenden Jahres gemessen. So schränkte das Verarbeitende Gewerbe seine Produktionstätigkeit um rund 31% ein. Jedoch zeigt sich eine erhebliche Heterogenität zwischen den einzelnen Industriezweigen: während die chemische Industrie ihre Produktion um 12% reduzierte, ist der stärkste Einbruch mit – 74% beim Fahrzeugbau zu verzeichnen. Bei den konsumnahen Wirtschaftsbereichen wurde insbesondere das Gastgewerbe hart vom Shutdown getroffen. Dort brachen die Umsätze um annähernd 76% ein. Gleiches gilt für die Luftfahrt, wo vor allem der Personenverkehr vollständig zum Erliegen kam. Aber auch die Sonstigen Dienstleister, die u.a. den Bereich Sport und religiöse Vereinigungen umfassen, berichten in der ifo Konjunkturumfrage von einem Rückgang ihrer ökonomischen Aktivität um annähernd 20%. Alles in allem dürfte die deutsche Wirtschaft nach aktuellem Kenntnisstand ihre Wirtschaftsleistung im April 2020 um knapp 16% eingeschränkt haben.

Mit Lockerung der Maßnahmen im Mai 2020 dürfte sich die ökonomische Aktivität hierzulande wieder belebt haben, wenngleich weiterhin spürbare Auflagen bestehen bleiben. Hierfür spricht vor allem die Entwicklung der aktuellen Geschäftslage aus der ifo Konjunkturumfrage für die Monate Mai und Juni. Mit Ausnahme des Verarbeitenden Gewerbes und des Bauhauptgewerbes ist die Beurteilung der momentanen Geschäftssituation nach den kräftigen Einbrüchen aus den Vormonaten in beiden Handelsstufen (Groß- und Einzelhandel) und bei den Dienstleistern jüngst wieder spürbar gestiegen. Jedoch dürfte der Shutdown im April zu erheblichen Verlusten geführt und die deutsche Wirtschaft insgesamt in die tiefste Rezession der Nachkriegsgeschichte gestürzt haben. Insgesamt dürfte das preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal 2020 um 11,9% gegenüber dem Auftaktquartal gesunken sein. Mit 22,3% dürfte das Verarbeitende Gewerbe den kräftigsten Einbruch erleiden. Bereits im April ist die Industrieproduktion um 27,9% gegenüber dem Durchschnitt des ersten Vierteljahres 2020 gesunken. Eine spürbare Besserung im Verlauf des zweiten Quartals ist nicht zu erwarten, da die befragten Industriefirmen zum einen von keiner signifikanten Verbesserung ihrer aktuellen Geschäftslage berichten. Zum anderen kamen keine Impulse aus der Vergabe von Neuaufträgen, die seit Anfang des laufenden Jahres rückläufig sind, so dass bestehende Aufträge nunmehr abgearbeitet sein dürften. Jedoch lief vor allem die Produktion der deutschen Autobauer allmählich an, wie der Verband der deutschen Automobilindustrie (VDA) vermeldet. Während im April 2020 null Pkw produziert wurden, ist die Produktion im Mai wieder auf etwas mehr als 150 000 Pkw gestiegen. Der Shutdown dürfte zudem dazu geführt haben, dass die konsumnahen Wirtschaftsbereiche erhebliche Verluste im zweiten Quartal hinnehmen mussten. Dabei ist die preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttowertschöpfung im Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe voraussichtlich um 18,7% und jene der Sonstigen Dienstleister um 14,7% gegenüber dem Vorquartal eingebrochen. Die Unternehmensdienstleister haben insbesondere die tiefe Rezession im Verarbeitenden Gewerbe zu spüren bekommen; alle weiteren Wirtschaftsbereiche konnten sich dem Shutdown ebenfalls nicht entziehen, wenngleich die Rückgänge bei der Wertschöpfung recht unterschiedlich ausgefallen sein dürften.

Im weiteren Verlauf des Jahres 2020 dürfte sich die deutsche Wirtschaft, unter der Annahme, dass es zu keiner zweiten Infektionswelle und damit einhergehend zu keinem erneuten gesamtwirtschaftlichen Shutdown kommt, wieder erholen. Jedoch verläuft die Erholung nicht sprunghaft, sondern wird sich aller Voraussicht nach bis ins kommende Jahr hinziehen. Die im Rahmen der ifo Konjunkturumfrage teilnehmenden Unternehmen gaben im Juni an, dass sie im Durchschnitt eine Normalisierung ihrer Geschäftstätigkeit in acht Monaten und damit im ersten Quartal 2021 für am wahrscheinlichsten halten. Die Normalisierung gilt dabei als erreicht, wenn die Unternehmen wieder die Menge an Waren und Dienstleistungen produzieren wie vor dem Ausbruch der Coronakrise (2019-Q4). Dabei wird berücksichtigt, dass es im Zuge der Krise zu einem Anstieg der Unternehmensinsolvenzen und damit einer Schwächung des Produktionspotenzials kommt.[8] Nach der vorliegenden Potenzialschätzung werden die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten im kommenden Jahr um etwa 2% niedriger liegen als bei der letzten Einschätzung vor Ausbruch der Coronakrise im Dezember 2019 (vgl. Abschnitt 4 Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion). Damit wird ein Normalisierungsniveau im ersten Quartal 2021 gewählt, das etwa 2% niedriger ausfällt als das aktuell ausgewiesene Niveau des vierten Vierteljahres 2019.

Das Verarbeitende Gewerbe dürfte allmählich von der sich bessernden konjunkturellen Lage in seinen wichtigsten Abnehmerländern profitieren, worauf auch die kräftigen Anstiege der ifo Exporterwartungen im Mai und Juni hindeuten. Zudem erreichten die ifo Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate im Juni ein Niveau, das in etwa auf den Werten vom Jahresende 2018 liegt; ein ähnliches Bild

[8] Der Verband der Vereine Creditreform e. V. geht davon aus, dass die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2020 um rund 20% gegenüber dem Vorjahr zunehmen wird (vgl. Mitteilung »Insolvenzen in Deutschland, 1. Halbjahr 2020«, Creditreform Pressemeldung vom 15. Juni 2020 sowie »Creditreform befürchtet Insolvenzwelle in Deutschland«, Süddeutsche Zeitung vom 15. Juni 2020). Auch die Ergebnisse der Juni-Konjunkturumfrage des ifo Instituts weisen auf eine Zunahme der Unternehmensinsolvenzen hin. 21% der befragten Unternehmen gaben an, dass die aktuellen Beeinträchtigungen für sie existenzbedrohend seien.

ergibt sich für die Produktionspläne der deutschen Industriefirmen. Bei den Auftragsbeständen der Unternehmen zeichnet sich hingegen noch keine spürbare Erholung der Situation ab. Insgesamt dürfte die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe im dritten Quartal 2020 um 15,8% expandieren. Neben der Aufhebung der staatlichen Shutdown-Maßnahmen stimuliert im laufenden Quartal vor allem das Konjunkturpaket der Bundesregierung die konsumnahen Wirtschaftsbereiche. Die temporäre Senkung der Mehrwertsteuer von 19% auf 16% (bzw. von 7% auf 5% im ermäßigten Fall) dürfte sich positiv auf die privaten Konsumausgaben der Haushalte auswirken und damit zur Ausweitung der preisbereinigten Wertschöpfung im Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe um 11,3% und bei den Sonstigen Dienstleistern um 6,1% beitragen. Bei den Unternehmensdienstleistern dürften sich ebenfalls – mit Verbesserung der konjunkturellen Lage im Verarbeitenden Gewerbe – eine Erholung abzeichnen. Alles in allem ist damit zu rechnen, dass das preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2020 voraussichtlich um 6,9% expandieren wird. Aufgrund der Mehrwertsteuersenkung dürfte sich eine Diskrepanz zwischen dem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts und der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung ergeben, da die Nettogütersteuern wohl weniger stark expandieren werden als die Wertschöpfung.

Im Schlussquartal 2020 werden die Maßnahmen der Bundesregierung weiter stimulierend wirken, wenngleich mit weniger Intensität als im laufenden Vierteljahr. Dabei dürften abermals positive Impulse bei den konsumnahen Dienstleistern verbucht werden, bei gleichzeitiger Erholung der übrigen Wirtschaftsbereiche. Insgesamt ist davon auszugehen, dass das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal 2020 um kräftige 3,8% steigen dürfte, wenngleich der Anstieg voraussichtlich deutlich geringer als im laufenden Vierteljahr ausfallen wird. Zu Jahresbeginn wird sich das Expansionstempo der deutschen Wirtschaft weiter abschwächen, da nun auch die temporären Impulse aus dem Konjunkturprogramm entfallen und bspw. in das Jahr 2020 vorgezogener Konsum nunmehr zu Beginn des Jahres 2021 ausfällt; jedoch dürfte die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags einen positiven Impuls mit sich bringen. Die Anhebung der Mehrwertsteuer dürfte zudem zu einer Diskrepanz zwischen den Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts und der Bruttowertschöpfung führen. Im weiteren Verlauf des kommenden Jahres setzt sich die Erholung der deutschen Wirtschaft dann allmählich fort.

Insgesamt dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 6,7% schrumpfen (vgl. Abb. 3.2); kalenderbereinigt ergibt sich ein Rückgang von 7,1% (vgl. Tab. 3.2). Erhebliche Verluste ergeben sich dabei für das Verarbeitende Gewerbe (– 13,7%), den Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe (– 11,4%) und die Sonstigen Dienstleister (– 10,3%). Relativ unbeschadet dürften das Baugewerbe und der Bereich Information und Kommunikation durch die Krise kommen. Auch im Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleister ist mit einer durchschnittlichen Expansion der Wertschöpfung zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt 2021 dürfte dann die gesamtwirtschafte Produktion um 6,4% zulegen. Damit wird die Auslastung der deutschen Wirtschaft am Ende des Prognosezeitraums immer noch unterdurchschnittlich sein; im vierten Quartal 2021 dürfte die Produktionslücke voraussichtlich bei – 0,9% liegen.

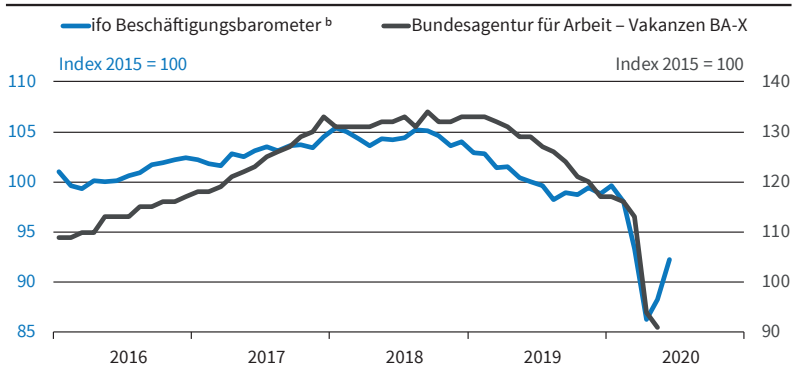
3.12 TROTZ KURZARBEIT DEUTLICHE EFFEKTE AM ARBEITSMARKT

Die Coronakrise hinterlässt trotz des massiven Einsatzes von Kurzarbeit tiefe Spuren am Arbeitsmarkt. Während die Beschäftigungsentwicklung in den ersten Monaten des Jahres mit Ausnahme des Verarbeitenden Gewerbes noch weitgehend positiv verlief, ist die Zahl der Erwerbstätigen seit März deutlich zurückgegangen. Im März sank diese saisonbereinigt um 39 000 und im April um 275 000 Personen, was den stärksten Rückgang seit der Wiedervereinigung darstellt.

Für die kommenden Monate deuten die Frühindikatoren auf einen weiteren Abbau der Erwerbstätigkeit hin (vgl. Abb. 3.16). Der BA-X der Bundesagentur für Arbeit (BA) zeigt eine drastisch gesunkene Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften an. Obwohl viele Unternehmen ihre Stellenmeldungen bei der BA nicht regelmäßig überprüfen dürften, lag der Bestand an offenen Stellen im Mai um ein Viertel unter dem Wert des Vorjahres. Die Zahl der zusätzlich gemeldeten offenen Stellen lag im Mai mit 102 000 sogar um 40% unter dem Vorjahreswert. Das ifo Beschäftigungsbarometer hat sich im Mai und Juni nach dem historisch stärksten Rückgang im März und April zwar insgesamt wieder etwas erholt, befindet sich jedoch per Saldo weiterhin im negativen Bereich. Hierbei besteht eine große Heterogenität zwischen den Wirtschaftsbereichen (vgl. Abb. 3.17). Während sich die Beschäftigungsaussichten im Dienstleistungssektor, dem Groß- und Einzelhandel und dem Bauhauptgewerbe deutlich aufgehellt haben, ist die Einstellungsbereit-

Abb. 3.16

Arbeitsmarktindikatoren für Deutschland [a]



[a] Saisonbereinigter Verlauf. [b] Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

schaft der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe unverändert schlecht. Dies deutet darauf hin, dass auch in den kommenden Monaten die Beschäftigung weiter sinken dürfte, der Rückgang allerdings weit schwächer ausfallen dürfte als im zweiten Quartal.

Vor diesem Hintergrund dürfte die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2020 um etwa 450 000 unter ihrem Vorjahreswert liegen (vgl. Abb. 3.18). Von diesem Rückgang dürften Selbständige und ausschließlich geringfügig Beschäftigte überproportional stark betroffen sein, da diese nicht von der Kurzarbeiterregelung Gebrauch machen können (vgl. Tab. 3.16). Des Weiteren ist der Anteil der Minijobber und Selbständigen in vom Shutdown besonders stark betroffenen Wirtschaftsbereichen wie der Gastronomie und dem Handel überdurchschnittlich hoch. Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung dürfte die Zahl der Erwerbstätigen im kommenden Jahr wieder um etwa 150 000 steigen.

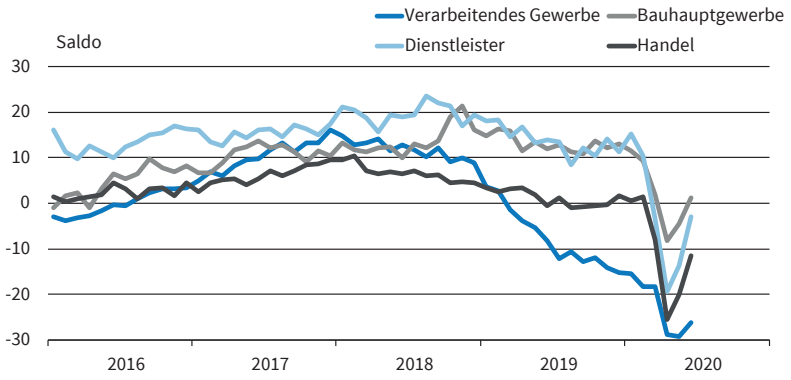
Der Effekt der Coronakrise auf das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen ist beträchtlich, obwohl ein großer Anteil des Einbruchs des Bruttoinlandsprodukts ähnlich wie in früheren Krisen durch eine sinkende Arbeitsproduktivität kompensiert wird. Dennoch dürfte das Arbeitsvolumen im laufenden Jahr um etwa 4,8% abnehmen. Dieser Rückgang hat jedoch nur eine unterproportionale Reduktion der Erwerbstätigkeit zur Folge, da dieser vorwiegend über eine deutliche Verringerung der durchschnittlichen Arbeitszeit um 3,9% aufgefangen werden dürfte (vgl. Tab. 3.17). Hierbei spielt vor allem die massive Ausweitung der Zahl der Kurzarbeiter eine tragende Rolle, die im Mai nach einer Schätzung des ifo Instituts auf Basis der ifo Konjunkturumfrage auf etwa 7,3 Millionen und damit auf ein Fünffaches des bisherigen Höchststandes in der Finanzkrise gestiegen sein dürfte (vgl. Kasten: »Starker Anstieg der Kurzarbeit im Zuge der Coronakrise«). Im Juni dürfte die Zahl der Kurzarbeiter nach dieser Schätzung leicht auf etwa 6,7 Millionen zurückgegangen sein. Hierin kommt der Willen vieler Unternehmen zum Ausdruck, ihre Beschäftigten trotz eingebrochener Nachfrage und Produktion zu halten, um zeit- und kostenintensive Neueinstellungen nach der Krise zu vermeiden und firmenspezifisches Wissen im Unternehmen zu halten. Im Zuge der wirtschaftlichen Normalisierung und dem damit verbundenen Abbau der Kurzarbeit dürfte die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer im kommenden Jahr wieder um 3,9% steigen.

Die Arbeitslosigkeit ist im Zuge der Coronakrise sprunghaft gestiegen. Saisonbereinigt stieg die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Arbeitslosen um 372 000 im April und um 238 000 im Mai (vgl. Abb. 3.19). Nach einer Schätzung der Bundesagentur für Arbeit resultierte jedoch nur die Hälfte dieses Anstiegs auf Zugänge in die Arbeitslosigkeit aus Beschäftigung oder Selbstständigkeit bzw. auf eine verringerte Aufnahme einer Beschäftigung durch ehemalige Arbeitslose (vgl. Bundesagentur für Arbeit, 2020). Ein Drittel des Anstiegs ging vielmehr darauf zurück, dass arbeitsmarktpolitische Maßnahmen aufgrund der Kontaktbeschränkungen stark zurückgefahren wurden und deren Teilnehmer nun als arbeitslos gezählt werden. Ein weiteres Sechstel des Anstiegs geht auf sonstige Gründe zurück, wie z.B. einem Rückgang der Verfügbarkeitsüberprüfungen durch die Jobcenter. Sofern die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Zuge der Lockerungen zeitnah wieder hochgefahren werden können, dürfte der Hochpunkt der Arbeitslosigkeit früher erreicht werden als der Tiefpunkt der Erwerbstätigkeit.

Insgesamt dürfte die Zahl der Arbeitslosen im laufenden Jahr im Jahresdurchschnitt um etwa 430 000 auf 2,7 Millionen steigen. Dabei dürfte der Hochpunkt im dritten Quartal 2020 bei etwa 3 Millionen Arbeitslosen erreicht werden. Im Zuge der wirtschaftlichen Normalisierung dürfte die Zahl der Arbeitslosen im kommenden Jahr im Jahresdurchschnitt wieder unter 2,6 Millionen sinken. In der Folge steigt die Arbeitslosenquote von 5,0% im vergangenen Jahr auf voraussichtlich 5,9% im laufenden Jahr, ehe sie im kommenden Jahr wieder auf 5,6% zurückgeht.

Abb. 3.17

ifo Beschäftigungsbarometer nach Wirtschaftsbereichen

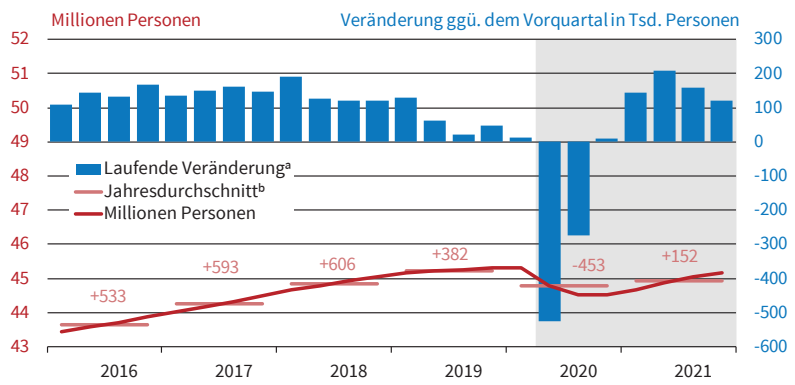


Quelle: ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

Abb. 3.18

Erwerbstätige

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen.
[b] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 3.16

Arbeitsmarktbilanz

Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen

	2018	2019	2020	2021
Arbeitsvolumen (Mio. Stunden)	62 344	62 706	59 681	62 030
Erwerbstätige im Inland	44 854	45 236	44 783	44 935
Arbeitnehmer	40 631	41 087	40 835	41 045
darunter				
SV Beschäftigte	32 964	33 518	33 524	33 686
Geringfügig Beschäftigte	4 671	4 579	4 314	4 326
Selbstständige	4 224	4 149	3 948	3 890
Pendlersaldo	– 144	– 151	– 147	– 145
Erwerbstätige Inländer	44 710	45 085	44 636	44 790
Arbeitslose	2 340	2 267	2 700	2 573
Arbeitslosenquote BA[a]	5,2	5,0	5,9	5,6
Erwerbslose[b]	1 468	1 374	1 760	1 701
Erwerbslosenquote[c]	3,2	3,0	3,8	3,7

[a] Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). [b] Definition der ILO. [c] Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2020 bis 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2020

Tab. 3.17

Zur Entwicklung der Löhne (Inlandskonzept)

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

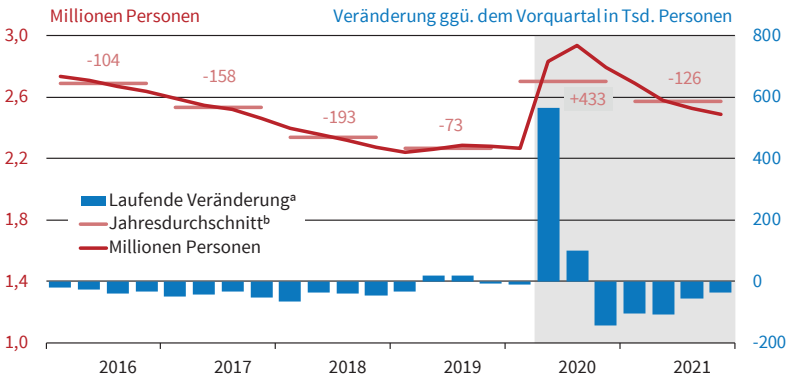
	durchschnittliche Arbeitszeit	Verdienst je Arbeitnehmer	Verdienst je Stunde	Lohndrift (Arbeitnehmer)	Tariflohn (Monat)
2018	0,1	3,2	3,0	0,3	2,9
2019	– 0,1	3,0	3,2	– 0,1	3,1
2020	– 3,9	– 1,3	2,6	– 3,2	1,9
2021	3,9	4,3	0,3	3,0	1,3

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2020 bis 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2020

Abb. 3.19

Arbeitslose

Saisonbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen.
[b] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2020: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

3.13 KURZARBEIT UND SCHWACHE TARIFABSCHLÜSSE FÜHREN ZU LOHNEINBUSSEN

Die Coronakrise beendet eine Phase vergleichsweise stark steigender Löhne. Nachdem die Tarifverdienste im vergangenen Jahr noch um 3,1% zulegen konnten, werden diese im laufenden Jahr wohl nur um voraussichtlich 1,9% steigen (vgl. Tab. 3.17). Diese Zunahme geht fast ausschließlich auf bereits in den Vorjahren vereinbarte Tarifverträge und einen statistischen Überhang aus dem Vorjahr zurück. Im Gegensatz hierzu ist die bisherige Tarifrunde 2020 von einer deutlichen Lohnzurückhaltung geprägt, wie z.B. der Abschluss in der Metall- und Elektroindustrie von März zeigt, in dem die Entgelttabellen des abgelaufenen Tarifvertrags ohne Entgeltsteigerung bis zum Jahresende wieder in Kraft gesetzt wurden. Angesichts der veränderten wirtschaftlichen Situation dürften die Tarifparteien auch in den anstehenden Tarifverhandlungen einen stärkeren Fokus auf einer Sicherung von Arbeitsplätzen legen. Vor diesem Hintergrund ist auch für das Jahr 2021 nur ein moderater Anstieg der Tariflöhne um 1,3% zu erwarten.

Die tatsächlich gezahlten Löhne je Arbeitnehmer werden in diesem Jahr voraussichtlich erstmals überhaupt seit der Wiedervereinigung sinken. Ursächlich hierfür ist zuvorderst der massive Einsatz von Kurzarbeit (vgl. Kasten: »Starker Anstieg der Kurzarbeit im Zuge der Coronakrise«). Des Weiteren dürften der

ZUM ANSTIEG DER KURZARBEIT WÄHREND DER CORONAKRISE

Das Ausmaß der Kurzarbeit ist im Zuge der Coronakrise auf ein neues Rekordhoch gestiegen. Bereits im März waren nach einer Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit mehr als 2 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit. Damit lag die Zahl der Kurzarbeiter schon in den ersten Wochen der Coronakrise über dem bisherigen Höchststand aus dem Frühjahr 2009, als knapp 1,5 Millionen Personen in Kurzarbeit waren. Insgesamt gingen bis Ende April für mehr als 10 Millionen Beschäftigte Anzeigen zur Kurzarbeit bei der Bundesagentur für Arbeit ein, im Mai kamen nochmals Anzeigen im Umfang von etwa 1 Million Beschäftigten hinzu.

Um das tatsächlich realisierte Ausmaß der Kurzarbeit am aktuellen Rand zu schätzen, hat das ifo Institut im Mai 2020 im Rahmen der monatlichen ifo Konjunkturumfrage damit begonnen, die Unternehmen nach dem aktuellen Einsatz von Kurzarbeit zu befragen.[1] Insgesamt gingen Angaben von etwa 6 800 Unternehmen zum aktuellen Einsatz von Kurzarbeit ein. Auf Basis dieser Angaben wird die Zahl der Beschäftigten in Kurzarbeit im Mai auf 7,3 Millionen geschätzt (vgl. Tab. 3.18). Somit dürfte mehr als jeder Fünfte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Kurzarbeit gewesen sein. Im Juni dürfte die Zahl der Kurzarbeiter bereits auf schätzungsweise 6,7 Millionen gesunken sein.

Im Gegensatz zur Finanzkrise, als über 80% der Kurzarbeiter im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigt waren, wird Kurzarbeit in der Coronakrise über fast alle Wirtschaftszweige hinweg eingesetzt. Nach der ifo-Schätzung arbeiteten in den wirtschaftsnahen Dienstleistungen (Wirtschaftsabschnitte H bis N) im Mai 2,4 Millionen Menschen in Kurzarbeit (25% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten). Im Juni dürfte diese Zahl auf etwa 2,2 Millionen (22%) zurückgegangen sein. Im Groß- und Einzelhandel (inkl. Kfz-Handel) dürfte die Zahl der Kurzarbeiter ebenfalls von etwa 1,3 Millionen Menschen (30%) im Mai spürbar auf etwas unter eine Million (21%) im Juni gesunken sein. Diese Rückgänge dürften vor allem im Zusammenhang mit den Lockerungen der Eindämmungsmaßnahmen stehen, die in diesen Bereichen besonders zum Tragen kamen. Im Gegensatz hierzu dürfte die Zahl der Kurzarbeiter im Verarbeitenden Gewerbe zwischen Mai und Juni eher noch etwas gestiegen sein. Nach der ifo Schätzung waren in diesem Bereich im Mai etwa 2,2 Millionen Beschäftigte (31%) und im Juni etwa 2,3 Millionen Beschäftigte (33%) in Kurzarbeit. Lediglich im Hoch- und Tiefbau war in beiden Monaten nur ein geringer Anteil von weniger als 5% der Beschäftigten in Kurzarbeit. Für die übrigen Wirtschaftszweige, die durch die Umfrage nicht erfasst wurden, schätzt das ifo Institut die Kurzarbeit auf etwa 1,3 Millionen Personen (11%) im Mai und etwa 1,2 Millionen (11%) im Juni.

Die Kurzarbeit dürfte zwar in den kommenden Monaten weiterhin eine große Rolle spielen, jedoch dürfte ihr Umfang tendenziell weiter abnehmen. Insgesamt gaben im Juni deutlich mehr teilnehmende Unternehmen an der ifo Konjunkturumfrage an, den Umfang der Kurzarbeit in den kommenden drei Monaten zu reduzieren (35%) als zu erhöhen

[1] Die Befragung und Schätzungen zum Ausmaß Kurzarbeit sind Teil des Projekts »Monatlicher Nowcast der realisierten Kurzarbeit auf Basis von Unternehmensbefragungen«, das vom Bundesministerium der Finanzen im Rahmen des Forschungsauftrags fe 3/19 gefördert wird.

Tab. 3.18

ifo Schätzung der realisierten Kurzarbeit

	SV-Beschäftigte[a]	Kurzarbeiter[b]				Erwarteter Umfang der Kurzarbeit in den nächsten drei Monaten[c]		
		Mai	%	Juni	%	sinkt	bleibt gleich	steigt
In ifo Konjunkturumfrage abgedeckte Wirtschaftsbereiche								
Verarbeitendes Gewerbe	7 002 381	2 173 193	31,0%	2 314 307	33,1%	23,4%	49,1%	27,4%
Bauhauptgewerbe	527 443	21 805	4,1%	17 189	3,3%	5,4%	40,2%	54,3%
Handel	4 492 652	1 333 999	29,7%	963 392	21,4%	5,3%	51,8%	42,9%
Wirtschaftsnahe Dienstleitungen[d]	9 944 966	2 445 140	24,6%	2 199 563	22,1%	9,5%	56,3%	34,3%
Übrige Wirtschaftsbereiche[e]	11 439 820	1 302 113	11,4%	1 227 039	10,7%	–	–	–
Summe	**33 407 262**	**7 276 250**	**21,8%**	**6 721 490**	**20,1%**	**13,0%**	**52,5%**	**34,5%**

Erläuterungen: [a] Stand Juni 2019; [b] Schätzung; [c] Anteile der Antworten in ifo Konjunkturumfrage im Juni 2020; [d] Wirtschaftsabschnitte H bis N; [e] Wirtschaftsabschnitte A-B, D-E und O-U und die Abteilung 43, welche eine geringe Abdeckung durch die ifo Konjunkturumfrage aufweisen. In diesen Bereichen wurde die Zahl der Kurzarbeiter auf Basis der Anzeigen, sowie dem Verhältnis zwischen geschätzten Kurzarbeitern zu Anzeigen der anderen Wirtschaftsbereiche approximiert.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, ifo Konjunkturumfragen, Schätzungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2020

(13%). Hierbei bestehen jedoch große Unterschiede zwischen den Wirtschaftsbereichen. Im Dienstleistungssektor erwarten dreieinhalbmal so viele Unternehmen eine Reduktion der Kurzarbeit (34%) als einen Anstieg (10%). Im Handel und Bauhauptgewerbe ist diese Tendenz noch ausgeprägter. Hier erwarten 43% bzw. 54% der Unternehmen einen Rückgang der Kurzarbeit, während nur jeweils 5% einen Anstieg erwarten. Wenn überhaupt dürfte der Umfang Kurzarbeit im Verarbeitenden Gewerbe zunächst nur leicht zurückgehen, da nur etwas mehr Unternehmen einen Rückgang der Kurzarbeit in den kommenden drei Monate erwarten (27%) als einen Anstieg (23%). Dies ist konsistent mit der für die kommenden Monate zu erwartenden, vergleichsweise langsamen wirtschaftlichen Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe (vgl. Abschnitt 3.11).

Umfang übertariflicher Zahlungen sowie die Löhne in nichttarifgebundenen Unternehmen deutlich abnehmen. Folglich dürfte der Effekt auf die Lohndrift mit mehr als minus drei Prozentpunkten im laufenden Jahr noch stärker sein als in der Finanzkrise. Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung und dem damit einhergehenden Abbau der Kurzarbeit dürften die Effektivverdienste im nächsten Jahr mit 4,3% wieder kräftig ansteigen.

3.14 IMMENSES DEFIZIT BEIM ÖFFENTLICHEN HAUSHALT

Nachdem der öffentliche Haushalt im Jahr 2019 mit reichlich 50 Mrd. Euro bzw. 1,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt den zweithöchsten Überschuss seit 1991 erzielen konnte, wird er im Jahr 2020 mit fast 176 Mrd. Euro bzw. 5,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt sein zweitgrößtes Defizit seit 1991 vorweisen. Dies ist maßgeblich auf die Coronakrise zurückzuführen, im Zuge derer die Konjunktur eingebrochen ist und deren Folgen der Staat mit umfangreichen Stützungsmaßnahmen im Rahmen des Corona-Hilfspakets und des Konjunkturpakets abzumildern versucht. Davon wird auch der Finanzierungssaldo des Jahres 2021 noch wesentlich geprägt sein und ein Defizit in Höhe von fast 77 Mrd. Euro bzw. 2,2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt aufweisen.

Die Steuereinnahmen sind im Jahr 2019 um 3,2% gestiegen. Hierfür war in erster Linie die gute Entwicklung ihrer gesamtwirtschaftlichen Grundlagen verantwortlich. Im laufenden Jahr hingegen verschlechterte die Coronakrise die Steuergrundlagen. Daraus resultieren deutliche Einbußen der direkten als auch der indirekten Steuern. Zwar bestehen seit März 2020 umfangreiche Steuerstundungsmöglichkeiten, jedoch mindern diese das Steueraufkommen nach Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht, da es hier zu einer periodengerechten Verbuchung der Steuereinnahmen kommt (vgl. Deutsche Bundesbank, 2020). Allerdings gelten ab dem 1. Juli 2020 verminderte Mehrwertsteuersätze, wodurch das Steueraufkommen zusätzlich gedämpft wird. Damit werden die Steuereinnahmen im Jahr 2020 um 7,5% zurückgehen. Im Jahr 2021 wird mit der wirtschaftlichen Erholung auch eine Erholung der steuerlichen Bemessungsgrundlagen einsetzen, was zu einer deutlichen Expansion des Steueraufkommens führt. Des Weiteren werden ab dem 1. Januar 2021 wieder die alten Mehrwertsteuersätze gelten, was ebenfalls das Steueraufkommen steigen lässt. Demgegenüber wird die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlages mindernd auf das Steueraufkommen einwirken. Insgesamt werden die Steuereinnahmen im Jahr 2021 um 8,6% zulegen und damit knapp über dem Niveau des Jahres 2019 liegen.

Im vergangenen Jahr sind die Sozialbeiträge um 4,4% angestiegen. Dies war primär auf die gute Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter zurückzuführen. Finanzpolitische Maßnahmen entfalteten hier gegenläufige Wirkungen. Während die Beitragssatzerhöhung zur sozialen Pflegeversicherung um 0,5 Prozentpunkte die Beitragszahler belastete, wurden diese unter anderem durch die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags um ebenfalls 0,5 Prozentpunkte entlastet. Trotz des starken Einbruchs der Bruttolöhne und -gehälter werden die Sozialbeitragseinnahmen mit – 0,8% im laufenden Jahr vergleichsweise schwach zurückgehen. Dies ist maßgeblich auf die Beitragszahlungen der Bundesagentur für Arbeit für Bezieher von Kurzarbeiter- und Arbeitslosengeld zurückzuführen, die einen erheblichen Teil der wegbrechenden Sozialbeiträge kompensieren. Ebenso führt die kräftige Rentenerhöhung zur Jahresmitte zu steigenden Beitragszahlungen der Rentner. Mit der sich wieder etwas entspannenden Arbeitsmarktlage werden die Sozialbeitragseinnahmen im kommenden Jahr wieder deutlich um 4,5% zunehmen. Die im Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket beschlossene »Sozialgarantie 2021« soll jedoch verhindern, dass die Beitragssätze trotz Defiziten der Sozialversicherungen über 40% steigen werden.

Die staatlichen Vermögenseinkünfte verzeichneten im Jahr 2019 mit 0,2% nur einen minimalen Anstieg. Im laufenden Jahr werden sie allerdings mit 4,7% deutlich stärker zulegen. Dies ist im Wesentlichen auf einen starken Anstieg der Bundesbankdividende zurückzuführen. Im kommenden Jahr wird es hier wieder zu einer Normalisierung kommen, womit die Vermögenseinkommen um 4,3% zurückgehen und dann in etwa auf dem Niveau von 2019 liegen werden.

Im Jahr 2019 erfuhren die Verkäufe des Staates einen deutlichen Zuwachs von 4,7%, der unter anderem auf die Anhebung der Mauttarife zu Jahresbeginn zurückging. Infolge der Einschränkungen des öffentlichen Lebens sind die Verkäufe des Staats in der ersten Hälfte des laufenden Jahrs gesunken. Mit der Normalisierung des öffentlichen Lebens werden sie im weiteren Prognosezeitraum jedoch wieder zunehmen und Zuwachsraten von 1,2% im Jahr 2020 und 4,5% im Jahr 2021 erreichen.

Die staatlichen Vorleistungskäufe expandierten im vergangenen Jahr um 5,6%. Diese vergleichsweise hohe Rate ist vor allem auf investive Maßnahmen wie den Digitalpakt für Schulen zurückzuführen. Im laufenden Jahr nehmen sie mit 7,9% noch einmal stärker zu. Die ohnehin schon hohe Dynamik wird hier durch zusätzliche Ausgaben für Medizinprodukte sowie eine Vielzahl an investiven Maßnahmen aus dem im Juni beschlossenen Konjunkturpaket erhöht, die anteilig in den Vorleistungskäufen verbucht werden. Da einige der Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket auf das Jahr 2020 begrenzt sind, werden die Vorleistungen im kommenden Jahr deutlich schwächer um 2,4% ansteigen.

Infolge der Tariflohnsteigerungen sowie des Beschäftigungsaufbaus im öffentlichen Dienst nahmen die staatlichen Personalausgaben im Jahr 2019 um 4,7% zu. Da die relevanten Tariflohnsteigerungen bereits vor der Coronakrise beschlossen wurden, verzeichnen die staatlichen Löhne auch im laufenden Jahr einen deutlichen Zuwachs. Das Konjunkturpaket entfaltet ebenfalls eine steigernde Wirkung auf die Arbeitnehmerentgelte, da einige der Maßnahmen mit zusätzlichem Personalbedarf einhergehen. Gleichzeitig dürfte angesichts der angespannten Kassenlage die grundsätzliche Einstellungsbereitschaft der Gebietskörperschaften zurückgehen. Ebenso dürften Lohnerhöhungen im kommenden Jahr verhaltener ausfallen. Insgesamt werden die Arbeitnehmerentgelte um 3,5% im laufenden Jahr und 1,7% im kommenden Jahr zunehmen.

Im Jahr 2019 gingen die staatlichen Zinszahlungen mit 13% erneut deutlich zurück. Für den Prognosezeitraum ist davon auszugehen, dass sich dieser Trend in vermindertem Ausmaß fortsetzen wird und damit die Zinsausgaben im laufenden Jahr um 11,7% und im kommenden Jahr um 11,5% abnehmen werden. Die durch die hohen Defizite des laufenden und des kommenden Jahres bedingte Neuverschuldung wird sich erst in der Zukunft bemerkbar machen. Im Prognosezeitraum dominiert das weiterhin günstige Zinsniveau. Da zudem alte Schuldtitel, die zu einem höheren Zinsniveau abgeschlossen wurden, auslaufen und durch neue mit niedrigerem Zinsniveau ersetzt werden, ist im Prognosezeitraum mit einem Rückgang der staatlichen Zinsausgaben zu rechnen.

Die staatlichen Subventionszahlungen verzeichneten im Jahr 2019 einen Anstieg um 4,6%. Im Prognosezeitraum wird das Konjunkturpaket zu deutlichen Steigerungen führen. Insbesondere die Senkung der EEG-Umlage macht sich hier bemerkbar. Damit werden die Subventionen im Jahr 2020 um 28% und im Jahr 2021 um 34,1% zulegen.

Auch die sozialen Sachleistungen wiesen im vergangenen Jahr einen deutlichen Zuwachs von 4,6% auf, unter anderem bedingt durch das Pflegepersonalstärkungsgesetz sowie das Terminservice- und Versorgungsgesetz. Da Arztbesuche und Operationen verschoben wurden oder wegfielen, verzeichneten die sozialen Sachleistungen in der ersten Jahreshälfte jedoch nur eine schwache Dynamik. Durch das Krankenhausentlastungsgesetz werden jedoch die Einnahmeausfälle von Krankenhäusern kompensiert. Zudem führen die Ausgaben für Corona-Tests im Prognosezeitraum zu einem Anstieg der sozialen Sachleistungen. Infolge von Nachholeffekten werden die sozialen Sachleistungen in der zweiten Jahreshälfte wieder deutlich zunehmen und insbesondere zu Beginn des kommenden Jahres eine hohe Zuwachsrate verzeichnen. Insgesamt werden sie um 3,3% im laufenden Jahr und 7,0% im kommenden Jahr zunehmen.

Aufgrund von einer Vielzahl expansiver Maßnahmen, wie der Ausweitung der Mütterrente sowie der Erhöhung des Kindergelds zur Jahresmitte, nahmen die monetären Sozialleistungen im vergangenen Jahr um 4,9% zu. Im laufenden Jahr werden sie einen noch einmal deutlich höheren Zuwachs von 9,3% aufweisen. Dies ist maßgeblich auf den Anstieg der Kurzarbeit sowie auf die Zunahme der Bezieher von Arbeitslosengeld zurückzuführen. Zudem tragen die Aufstockung des Kurzarbeitergelds, die verlängerte Bezugsdauer des Arbeitslosengelds sowie der im Rahmen des Konjunkturpakets beschlossene Kinderbonus zu der Dynamik bei. Im kommenden Jahr werden angesichts der sich wieder etwas entspannenden Arbeitsmarktlage und der ausbleibenden Rentenerhöhung zur Jahresmitte die monetären Sozialleistungen mit einer Rate von – 0,4% in etwa stagnieren. Aufgrund der Einführung der Grundrente und der erneuten Erhöhung des Kindergelds werden sie aber nicht zurückgehen.

Im Jahr 2019 sind die geleisteten sonstigen Transfers um 5% gestiegen. Im Prognosezeitraum ist mit einer beschleunigten Dynamik zu rechnen, da in Folge des Brexit mit höheren Beitragszahlungen Deutschlands zu rechnen ist. Dadurch werden die geleisteten Transfers im laufenden Jahr um 6,5% und im kommenden um 10,5% zunehmen.

Die geleisteten Vermögenstransfers waren im Jahr 2019 mit 4,6% rückläufig. So erfolgten zwar gegen Ende des Jahres Zahlungen der Länder Sachsen-Anhalt und Niedersachsen an die Nord/LB. Jedoch war das Niveau des Jahres 2018 durch Zahlungen, die aus der Übernahme der HSH Nordbank resultierten, noch stärker überhöht. Im laufenden Jahr ist aufgrund der Maßnahmen des Konjunkturpaketes mit einem deutlichen Anstieg in Höhe von 165,4% zu rechnen. Insbesondere die Überbrückungshilfen führen zu einem

Tab. 3.19
Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren[a]
in % des nominalen Bruttoinlandprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben		Finanzierungssaldo
		darunter:			*darunter:*	
	insgesamt	*Steuern*	*Nettosozialbeiträge*	insgesamt	*Zinsausgaben*	
2000	46,2	*23,5*	*18,1*	47,8	*3,2*	– 1,6
2001	44,4	*21,8*	*17,9*	47,4	*3,0*	– 3,0
2002	44,0	*21,4*	*17,9*	47,9	*3,0*	– 3,9
2003	44,6	*21,5*	*18,2*	48,3	*2,9*	– 3,7
2004	43,5	*20,9*	*17,8*	46,8	*2,8*	– 3,3
2005	43,5	*21,2*	*17,5*	46,8	*2,8*	– 3,3
2006	43,6	*22,0*	*17,0*	45,2	*2,7*	– 1,7
2007	43,7	*22,8*	*16,2*	43,4	*2,7*	0,3
2008	44,1	*23,1*	*16,2*	44,2	*2,7*	– 0,1
2009	45,0	*22,8*	*17,0*	48,2	*2,6*	– 3,2
2010	43,8	*21,8*	*16,6*	48,1	*2,5*	– 4,4
2011	44,4	*22,3*	*16,4*	45,2	*2,5*	– 0,9
2012	44,9	*22,9*	*16,6*	44,9	*2,3*	0,0
2013	45,0	*23,0*	*16,6*	44,9	*1,8*	0,0
2014	44,9	*22,8*	*16,5*	44,3	*1,6*	0,6
2015	45,0	*23,0*	*16,5*	44,0	*1,4*	0,9
2016	45,5	*23,3*	*16,7*	44,3	*1,2*	1,2
2017	45,7	*23,6*	*16,9*	44,4	*1,1*	1,2
2018	46,4	*23,9*	*17,1*	44,6	*0,9*	1,9
2019	46,8	*24,1*	*17,4*	45,4	*0,8*	1,5
2020	47,2	*23,3*	*18,1*	52,5	*0,7*	– 5,4
2021	46,5	*23,5*	*17,5*	48,7	*0,6*	– 2,2

[a] In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2020 bis 2021: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2020

deutlichen Anstieg. Da der Hauptfokus des Konjunkturpaketes auf dem Jahr 2020 liegt, beginnen die geleisteten Vermögenstransfers im Jahr 2021 mit der Normalisierung und sinken um 50,3%.

Die staatlichen Investitionen verzeichneten im Jahr 2019 mit 9,2% einen deutlichen Anstieg. Durch die Coronakrise ist im Prognosezeitraum mit einem merklichen Rückgang der Dynamik zu rechnen, da mit dem Streichen einiger geplanter Projekte zu rechnen ist. Das Konjunkturpaket schafft hier keine neuen Impulse. Viel mehr wird es, auch durch das Vorziehen von Investitionen in das laufende Jahr, einen Rückgang der Investitionen vermeiden und zu einem schwachen Anstieg in Höhe von 1,3% führen. Im Jahr 2021 ist zwar mit einem Wachstum von 4,4% und damit einer Normalisierung zu rechnen. Jedoch werden die staatlichen Investitionen in naher Zukunft nicht mehr an die hohe Dynamik der vergangenen Jahre anknüpfen können.

Im Prognosezeitraum wird der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo insbesondere durch das Corona-Hilfspaket und das Konjunkturpaket, aber auch durch die Coronakrise direkt gemindert. Dadurch wird Deutschland vom vergangenen zum laufenden Jahr einen noch nie dagewesenen Absturz des Finanzierungssaldos von + 50 Mrd. Euro auf – 175 Mrd. Euro bzw. + 1,5% auf – 5,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt verzeichnen (vgl. Tab. 3.19)). Durch die Mehrwertsteuersenkung in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres sinken die Steuern in Relation zum Bruttoinlandsprodukt deutlich von 24,1% auf 23,3%. Im kommenden Jahr wirkt zwar die Rückkehr der Mehrwertsteuersätze auf ihr vorheriges Niveau zu einer Anhebung der Quote, jedoch wird diese insbesondere durch die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlages auf 23,5% gedämpft. Durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronakrise steigen die staatlichen Ausgaben auch in Relation zum Bruttoinlandsprodukt sehr deutlich von 45,4% auf 52,5% an. Mit dem Auslaufen großer Teile dieser Pakete im kommenden Jahr sinken auch die Ausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf 48,7%. Die gesamtstaatliche Schuldenquote konnte im vergangenen Jahr weiter auf 60% reduziert werden. Durch die starke Ausweitung der Ausgaben im Zuge der Coronakrise wird es nicht zu dem prognostizierten Unterschreiten der 60% im Jahr 2020 kommen. Im Gegenteil wird die Schuldenquote im Jahr 2020 auf 74% steigen und dann im Jahr 2021 leicht auf 71% sinken.[9]

[9] Für diese Prognose sind wir von einer Ausfallrate der staatlichen Kredite in Höhe von 6% ausgegangen.

4. Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion

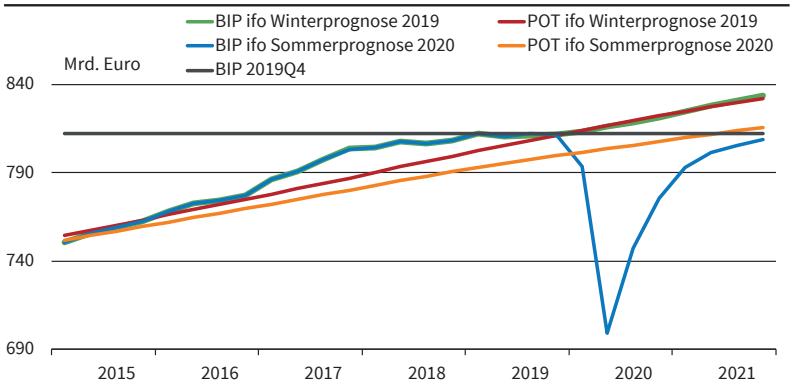
Das Produktionspotenzial wird in Anlehnung an die von der Gemeinschaftsdiagnose entwickelte Methodik geschätzt und bis zum Jahr 2024 fortgeschrieben (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2016). Diese basiert auf dem Ansatz der EU-Kommission, der den gesamtwirtschaftlichen Output anhand einer Produktionsfunktion ermittelt. Als Inputs werden die Totale Faktorproduktivität, der Kapitalstock und das Arbeitsvolumen verwendet. Letzteres ist vor allem durch die Anzahl der Erwerbstätigen und deren durchschnittliche Arbeitszeit bestimmt.[10] Die grundsätzlichen Parameter und Annahmen sind gegenüber der Gemeinschaftsdiagnose vom Frühjahr 2020 und zur ifo Winterprognose 2019 nahezu unverändert geblieben (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2020, Wollmershäuser et al. 2019). Insbesondere sinkt der Wanderungssaldo schrittweise von 364 000 Personen im Jahr 2020 auf rund 250 000 Personen im Jahr 2024.

Vor dem Hintergrund der Corona-bedingten Abwärtsrevision der Kurzfristprognose im Vergleich zur ifo Winterprognose 2019 ergibt sich ebenfalls eine deutliche Abwärtsrevision des Produktionspotenzials (vgl. Tab. 4.1 und Abb. 4.1) – für das Jahr 2021 liegt dieses 63 Mrd. Euro bzw. 1,9% unter dem der ifo Winterprognose 2019. Die Zerlegung der Revision auf die Produktionsfaktoren sowie die Totale Faktorproduktivität zeigt, dass der größte Teil der Potenzialrevision (etwa 44 Mrd. Euro) auf eine Veränderung des Trendarbeitsvolumens zurückgeführt werden kann. Diese ergibt sich aus einer pessimistischeren Einschätzung der Entwicklungen am Arbeitsmarkt in der kurzen Frist. Insbesondere wird unterstellt, dass sich der Rückgang der Erwerbstätigkeit im Jahr 2020 negativ auf die Trenderwerbstätigkeit und hierbei insbesondere auf die Trenderwerblosenquote auswirkt. Im Vergleich zur ifo Winterprognose 2019 fällt die Trenderwerbstätigkeit im Jahr 2021 um 356 000 Personen geringer aus und liegt bei rund 45 Millionen Personen. Die Trenderwerblosenquote im Jahr 2021 ist um gut 0,6 Prozentpunkte höher und beträgt nunmehr 3,5%. Diese Annahmen stehen im Einklang mit der in der kurzen Frist unterstellten Erholung des Bruttoinlandsprodukts, das erst gegen Ende des Kurzfristprognosehorizonts in etwa das Vorkrisenniveau erreicht. Vor diesem Hintergrund wird angenommen, dass es trotz der umfangreichen Rettungsmaßnah-

[10] Aufgrund der hohen Flüchtlingsmigration seit dem Jahr 2015 wird in der von der Gemeinschaftsdiagnose modifizierten EU-Methode (MODEM) die Erwerbstätigkeit der Flüchtlinge explizit berücksichtigt. Wesentlicher Aspekt in der Modellierung ist, dass für Flüchtlinge und Nicht-Flüchtlinge eine separate Partizipationsquote und strukturelle Erwerbslosenquote berechnet wird.

Abb. 4.1

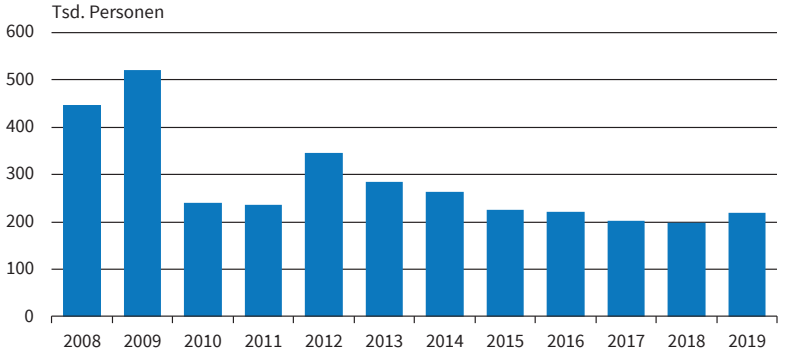
Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Produktionspotenzial (POT)



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 4.2

Gesamtarbeitsplatzverluste insolventer Unternehmen



Quelle: Creditreform. © ifo Institut

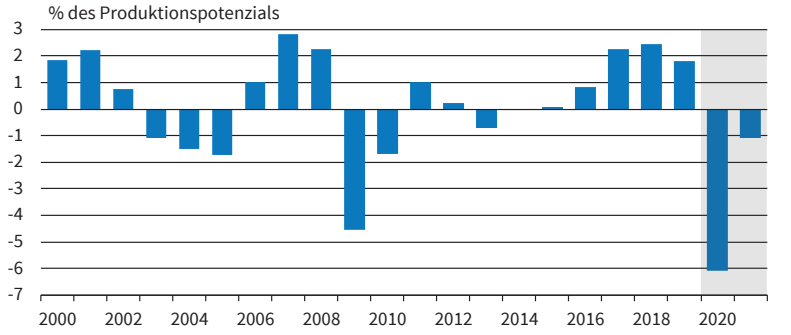
Tab. 4.1

Veränderung der Potenzialschätzung für das Jahr 2021 ggü. der ifo Winterprognose 2019

	Prozent(-punkte)	Mrd. Euro
Produktionspotenzial	**– 1,9**	**– 63,0**
Beiträge:		
Kapitalstock	– 0,2	– 5,8
Arbeitsvolumen	– 1,3	– 43,6
Totale Faktorproduktivität	– 0,4	– 13,7
nachrichtlich:	Anstieg der Trenderwerbslosenquote im Jahr 2021 von 2,9 auf 3,5 Prozent um 0,6 Prozentpunkte.	
	Rückgang der trendmäßigen Beschäftigung im Jahr 2021 von 45 420 auf 45 064 Tausend um 356 Tausend.	

Quelle: ifo Institut.

Abb. 4.3
Produktionslücke



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
2020 und 2021: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

men der Bundesregierung ab dem Herbst 2020 zu einer signifikanten Anzahl an Unternehmensinsolvenzen kommt.[11] So berichten 21% der vom ifo Institut im Juni befragten Unternehmen, dass die mit der Coronakrise einhergehenden Beschränkungen für sie existenzbedrohend sind. Auch die Wirtschaftsauskunftei Creditreform geht von einem Anstieg der Unternehmensinsolvenzen um gut 20% im laufenden Jahr aus (vgl. Creditreform 2020). Dies entspräche in etwa dem doppelten Anstieg des Jahres 2009, der einen Gesamtarbeitsplatzverlust durch insolvente Unternehmen von gut 520 000 Arbeitsplätzen zur Folge hatte (vgl. Abb. 4.2).

In den Jahren 2020 und 2021 wird die Wachstumsrate des Produktionspotenzials auf gut 1% geschätzt. Bis zum Ende des Projektionszeitraums 2024 sinkt die Rate leicht auf durchschnittlich 0,9%. Wäh-

[11] Die von der Bundesregierung beschlossene Aussetzung von Insolvenzanträgen für Unternehmen, deren Insolvenzreife durch die Coronakrise bedingt ist, läuft zunächst im September 2020 aus.

Tab. 4.2
Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum

	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				Preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				Insgesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigenstunde		
	Mill.		Stunden	Mrd. Euro	Euro		Mrd. Euro	2015 = 100
2014	42,721	38,262	1 400,4	2 978,3	69 714	50	2 927,4	98,3
2019	45,236	41,087	1 386,2	3 240,7	71 639	52	3 435,2	106,0
2024	44,829	40,948	1 360,2	3 325,1	74 172	55	3 795,0	114,1
	Veränderung insgesamt in %							
2019/2014	5,9	7,4	– 1,0	8,8	2,8	3,8	17,3	7,8
2024/2019	– 0,9	– 0,3	– 1,9	2,6	3,5	5,5	10,5	7,7
	Jahresdurchschnittliche Veränderung in %							
2019/2014	1,2	1,4	– 0,2	1,7	0,5	0,8	3,3	1,5
2024/2019	– 0,2	– 0,1	– 0,4	0,5	0,7	1,1	2,0	1,5

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2024/2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2020

Tab. 4.3
Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen			Außenbeitrag
		Private Haushalte	Staat	Insgesamt	Bruttoanlageinvestitionen	Vorratsveränderung	
	Mrd. Euro						
2014	2 927,4	1 563,9	573,5	596,3	586,7	9,7	193,8
2019	3 435,2	1 795,4	698,9	740,3	746,5	– 6,2	200,5
2024	3 795,0	1 983,1	789,7	817,7	834,9	– 17,1	204,5
	Anteile am BIP in %						
2014	100,0	53,4	19,6	20,4	20,0	0,3	6,6
2019	100,0	52,3	20,3	21,6	21,7	– 0,2	5,8
2024	100,0	52,3	20,8	21,5	22,0	– 0,5	5,4
	Veränderung insgesamt in %						
2019/2014	17,3	14,8	21,9	24,2	27,2	–	–
2024/2019	10,5	10,5	13,0	10,5	11,8	–	–
	Jahresdurchschnittliche Veränderung in %						
2019/2014	3,3	2,8	4,0	4,4	4,9	–	–
2024/2019	2,0	2,0	2,5	2,0	2,3	–	–

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2024/2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2020

rend der technische Fortschritt (Solow-Residuum) und der Kapitalstock kontinuierlich positiv zum Potenzialwachstum beitragen, nimmt der Beitrag des Arbeitsvolumens bereits seit dem Jahr 2018 stetig ab. Ab dem Jahr 2022 trägt das Arbeitsvolumen dann negativ zum Potenzialwachstum bei. Der Rückgang des Arbeitsvolumens geht dabei vor allem auf einen kräftig negativen Beitrag der durchschnittlichen Arbeitszeit zurück – die restlichen Komponenten des Arbeitsvolumens liefern hingegen noch leicht positive Beiträge. Ab dem Jahr 2023 tragen jedoch auch die sinkende Erwerbsbevölkerung und die rückläufige Partizipationsquote negativ zum Wachstum des Arbeitsvolumens bei.

Die vom ifo Institut geschätzte Produktionslücke stieg seit 2013 kontinuierlich und erreichte 2018 mit 2,4% ihren Höhepunkt (vgl. Abb. 4.3). 2019 kam es zu einem ersten Rückgang um gut 0,6 Prozentpunkte auf 1,8%. Für das Jahr 2020 ergibt sich eine historische Unterauslastung der Produktionskapazitäten in Höhe von gut 6%. Auch im darauffolgenden Jahr beträgt die Unterauslastung noch rund 1%, die dann bis zum Ende des Projektionszeitraums im Jahr 2024 schrittweise abgebaut wird. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte im Mittel der Jahr 2019 bis 2024 mit einer Rate von 0,5% zunehmen und damit deutlich unter der des Produktionspotenzials liegen (vgl. Tab. 4.2). Mit Blick auf die Verwendungsseite zeigt sich, dass alle Verwendungskomponenten im Projektionszeitraum hinter dem Wachstum des Zeitraums von 2014 bis 2019 zurückbleiben (vgl. Tab. 4.3). Die Anteile der meisten Komponenten am Bruttoinlandsprodukt bleiben dabei in etwa konstant. Lediglich der Anteil der öffentlichen Konsumausgaben steigt um gut 0,5 Prozentpunkte zu Lasten des Außenbeitrags, der bis zum Jahr 2024 auf 5,4% sinken dürfte.

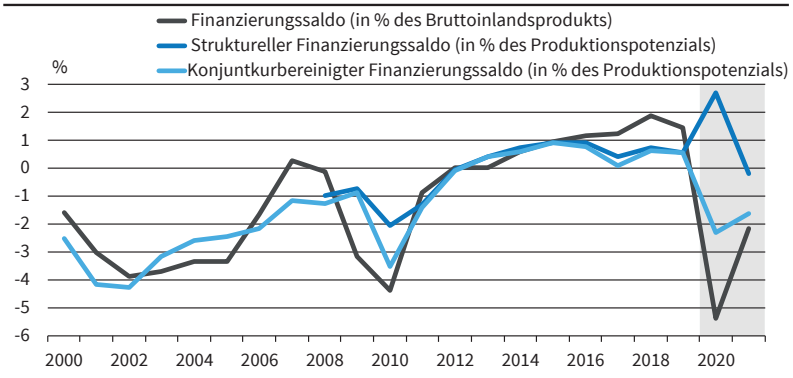
5. Zur Finanzpolitik in Deutschland

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo wird sich im laufenden Jahr so deutlich verschlechtern wie noch nie seit 1991. Hierfür ist zum einen der Konjunktureinbruch verantwortlich, was sich in der vorliegenden Prognose am kräftigen Rückgang der Konjunkturkomponente des Finanzierungssaldos um fast 130 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr bemerkbar macht (vgl. Tab. 5.1). Noch bedeutender ist allerdings der große Umfang der diskretionären Maßnahmen, die den Finanzierungssaldo neben den rein konjunkturellen Effekten zusätzlich um mehr als 190 Mrd. Euro belasten. Den Löwenanteil von über 160 Mrd. Euro dieser Maßnahmen stellen das Corona-Hilfspaket und das Konjunkturpaket, die in der vorliegenden Prognose als Einmaleffekte betrachtet werden, da sie Maßnahmen sind, die der Bewältigung einer außerordentlichen unverschuldeten Krise dienen.

Der um konjunkturelle Effekte bereinigte Finanzierungssaldo lag im vergangenen Jahr bei 0,6% in Relation zum Produktionspotenzial (vgl. Abb. 5.1). Im laufenden Jahr wird er sich voraussichtlich deutlich auf – 2,3% verschlechtern. Hierfür sind die Mehrausgaben durch das Corona-Hilfspaket sowie das Konjunkturpaket verantwortlich. Mit dem Auslaufen vieler Ausgaben der Hilfsprogramme im kommenden Jahr steigt auch der konjunkturbereinigte Finanzierungssaldo auf – 1,6% in Relation zum Produktionspotenzial. Der strukturelle Finanzierungssaldo lag im vergangenen Jahr ebenfalls bei 0,6%. Im Gegensatz zum konjunkturbereinigten Finanzierungssaldo wird er sich im laufenden Jahr auf 2,7% verbessern und im kommenden Jahr auf – 0,2% sinken. Diese Schwankungen im Prognosezeitraum sind durch die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronakrise geprägt, die bei der Berechnung des strukturellen Finanzierungssaldos als sogenannte Einmaleffekte neben den Konjunktureinflüssen aus dem Finanzierungssaldo herausgerechnet werden.

Abb. 5.1

Finanzierungssaldo



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
2020 und 2021: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 5.1

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktueller Primärsaldo des Staates 2019–2021

in Mrd. Euro

	Winter 2019			Sommer 2020		
	2019	2020	2021	2019	2020	2021
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	55,0	30,5	8,9	50,4	– 175,8	– 76,5
Konjunkturkomponente[a]	6,4	1,6	5,4	29,1	– 98,7	– 17,7
Struktureller Finanzierungssaldo	47,9	28,8	3,0	18,9	94,2	– 7,3
Struktureller Primärsaldo	77,1	56,4	29,3	46,0	120,2	14,5
nachrichtlich: konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	47,9	28,8	3,0	18,7	– 80,2	– 58,0
nachrichtlich: konjunkturbereinigter Primärsaldo	77,1	56,4	29,3	45,8	– 54,2	– 36,1

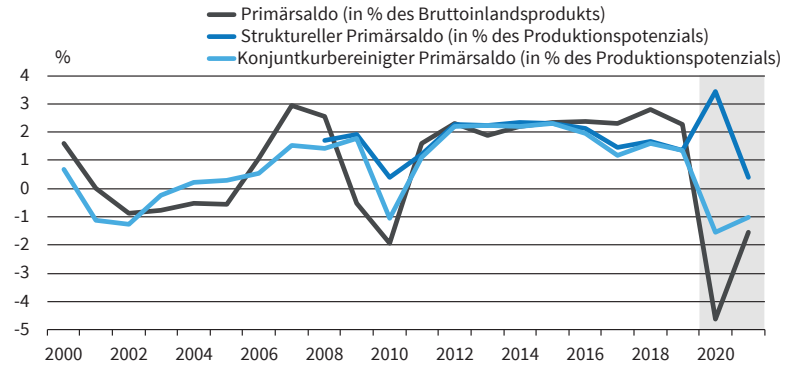
[a] Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2020 bis 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2020

Für den strukturellen sowie den konjunkturbereinigten Primärsaldo gilt das gleiche wie für den gesamten Finanzierungssaldo, da es sich hier um den jeweiligen Finanzierungssaldo abzüglich Zinszahlungen handelt. Diese führen dazu, dass der strukturelle sowie der konjunkturbereinigte Primärsaldo zwischen 2019 und 2021 um etwa 0,7 Prozentpunkte über dem jeweiligen Pendant beim Finanzierungssaldo liegen (vgl. Abb. 5.2). Üblicherweise wird mit der Veränderung des strukturellen Primärsaldos der Ausrichtungsgrad der Finanzpolitik gemessen und mit den Ergebnissen der Maßnahmenmethode, die in Abschnitt 3.3 beschrieben wird, abgeglichen (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2017). Im vorliegenden Fall weichen die Ergebnisse beider Methoden sehr stark voneinander ab, da das Corona-Hilfspaket und das Konjunkturpaket bei der Maßnahmenmethode als diskretionäre Finanzpolitik interpretiert werden, beim strukturellen Primärsaldo jedoch als Einmaleffekt betrachtet und daher im Impuls nicht berücksichtigt werden. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die Maßnahmenmethode einen deutlich expansiven Impuls in Höhe von 5,8% im Jahr 2020 und dann einen kontraktiven Impuls von 2,5% im Folgejahr ausweist, wohingegen die Veränderung des strukturellen Primärsaldos mit + 2,1 Prozentpunkten im Jahr 2020 und mit – 3,0 Prozentpunkten im Jahr 2021 zu einem qualitativ gegenteiligen Ergebnis kommen würde. Daher erscheint es in der gegenwärtigen Situation sinnvoller, den fiskalischen Impuls nicht auf Basis der Veränderung des strukturellen Primärsaldos, sondern auf Basis der Veränderung des konjunkturbereinigten Primärsaldos abzuleiten. Dieser verschlechtert sich in diesem Jahr voraussichtlich um 2,9 Prozentpunkte und würde damit aus eine expansiv ausgerichtet Finanzpolitik hindeuten. Im kommenden Jahr ist der fiskalische Impuls hingegen kontraktiv, da sich der konjunkturbereinigte Primärsaldos um voraussichtlich 0,5 Prozentpunkte verbessert. Dieses Ergebnis liegt deutlich näher an dem der Maßnahmenmethode und hat auch das gleiche Vorzeichen.

Abb. 5.2

Primärsaldo



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2020 und 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Abgeschlossen am Montag, 29. Juni 2020

LITERATUR

Asenjo, A. und C. Pignatti (2019), »Unemployment Insurance Schemes Around the World: Evidence and Policy Options«, ILO Research Department Working Paper No. 49.

Bureau of Labor Statistics (2020a), »Frequency asked questions: The impact of the coronavirus (COVID-19) pandemic on The Employment Situation for May 2020«, 5. Juni, verfügbar unter: https://www.bls.gov/cps/employment-situation-covid19-faq-may-2020.pdf, aufgerufen am 23. Juni 2020.

Bureau of Labor Statistics (2020b), »Effects of COVID-19 Pandemic and Response on the Consumer Price Index«, BLS Information, 10. Juni, verfügbar unter: https://www.bls.gov/covid19/effects-of-covid-19-pandemic-on-consumer-price-index.htm, aufgerufen am 22. Juni 2020.

Bundesagentur für Arbeit (2020), *Blickpunkt Arbeitsmarkt – Monatsberichte zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt,* Mai, Nürnberg.

Carter, J., M. Bédard und C.P. Bista (2013), »Comparative Review of Unemployment and Employment Insurance Experiences in Asia and Worldwide, Promoting and Building Unemployment Insurance and Employment Services in ASEAN«, ILO Regional Office for Asia and the Pacific, Bangkok.

Çelik, S. und M. Isaksson (2019), *Corporate Bond Markets in a Time of Unconventional Monetary Policy,* OECD Capital Market Series, OECD Publishing, Paris.

Creditreform (2020), »Insolvenzen in Deutschland, 1. Halbjahr«, Pressemitteilung, 15. Juni, verfügbar unter: https://www.creditreform.de/fileadmin/user_upload/central_files/News/News_Wirtschaftsforschung/2020/Insolvenzen_in_Deutschland/2020-06-15_AY_OE_analyse_UE-halbjahr-2020.pdf, aufgerufen am 23. Juni 2020.

Deutsche Bundesbank (2020), »Öffentliche Finanzen – Staatsfinanzen in der Corona-Pandemie«, *Monatsbericht*, Mai, Frankfurt am Main.

Gern, K.-J., P. Hauber, S. Kooths und U. Stolzenburg (2020), *Weltkonjunktur im Sommer 2020,* Kieler Konjunkturberichte Nr. 67, Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

Hale, T., N. Angrist, B. Kira, A. Petherick, T. Phillips und S. Webster (2020), »Variation in government responses to COVID-19«, BSG Working Paper Series, 2020/032, Version 5.0.

Kouvavas, O., R. Trezzi, B. Goldhammer und J. Nordeman (2020), »Inflationsmessung in wirtschaftlich angespannten Zeiten«, *EZB Wirtschaftsbericht* (3), 46–51.

Organisation for Economic Co-operation and Development (2019), *»OECD Economic Outlook«,* Nr. 105, OECD Publishing, Paris.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2016), *Aufschwung bleibt moderat – Wirtschaftspolitik wenig wachstumsorientiert,* Frühjahr 2016, München.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2017), *Aufschwung festigt sich trotz weltwirtschaftlicher Risiken,* Frühjahr 2017, Halle.

Wollmershäuser, T., F. Eckert, M. Göttert, Chr. Grimme, C. Krolage, St. Lautenbacher, R. Lehmann, S. Link, H. Mikosch, S. Neuwirth, W. Nierhaus, A.-C. Rathje, M. Reif, R. Šauer, M. Stöckli, K. Wohlrabe und A. Wolf (2019), »ifo Konjunkturprognose Winter 2019: Deutsche Konjunktur stabilisiert sich«, *ifo Schnelldienst* 72(24), 3–66.

Wollmershäuser, T. (2020): »ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2020: Konjunktur bricht ein«, ifo *Schnelldienst Digital Nr. 1*.

TABELLENANHANG

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

		Gegenstand der Nachweisung	2018				
			Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
			S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	=	Bruttowertschöpfung	3 012,3	2 050,5	330,4	631,4	–
2	–	Abschreibungen	608,7	350,9	75,5	182,4	–
3	=	Nettowertschöpfung 1)	2 403,6	1 699,6	255,0	449,0	– 206,1
4	–	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 770,3	1 281,0	259,3	230,0	13,9
5	–	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,1	13,4	0,3	9,4	–
6	+	Empfangene sonstige Subventionen	27,5	25,8	0,2	1,5	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	637,7	431,0	– 4,4	211,1	– 220,0
8	+	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 771,3	–	–	1 771,3	12,9
9	–	Geleistete Subventionen	29,6	–	29,6	–	5,4
10	+	Empfangene Produktions- und Importabgaben	355,7	–	355,7	–	7,0
11	–	Geleistete Vermögenseinkommen	672,9	618,4	31,7	22,8	197,3
12	+	Empfangene Vermögenseinkommen	767,0	366,6	21,3	379,1	103,2
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 829,2	179,2	311,3	2 338,7	– 299,6
14	–	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	435,4	96,3	–	339,0	10,3
15	+	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	445,2	–	445,2	–	0,4
16	–	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	706,1	–	–	706,1	4,3
17	+	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	707,4	134,1	572,5	0,8	2,9
18	–	Geleistete monetäre Sozialleistungen	586,5	65,5	520,2	0,8	0,6
19	+	Empfangene monetäre Sozialleistungen	579,4	–	–	579,4	7,7
20	–	Geleistete sonstige laufende Transfers	345,0	184,0	74,9	86,1	53,6
21	+	Empfangene sonstige laufende Transfers	297,1	160,7	24,8	111,6	101,5
22	=	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 785,4	128,2	758,7	1 898,5	– 255,8
23	–	Konsumausgaben	2 409,3	–	665,6	1 743,7	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 59,7	–	59,7	–
25	=	Sparen	376,1	68,5	93,2	214,5	– 255,8
26	–	Geleistete Vermögenstransfers	71,1	18,5	42,2	10,4	3,9
27	+	Empfangene Vermögenstransfers	62,3	29,6	13,1	19,6	12,7
28	–	Bruttoinvestitionen	729,0	434,5	78,4	216,2	–
29	+	Abschreibungen	608,7	350,9	75,5	182,4	–
30	–	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 5,4	– 4,9	– 1,3	0,8	5,4
31	=	Finanzierungssaldo	252,4	0,9	62,4	189,1	– 252,4
		Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34		Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 785,4	128,2	758,7	1 898,5	– 255,8
35	–	Geleistete soziale Sachtransfers	427,8	–	427,8	–	–
36	+	Empfangene soziale Sachtransfers	427,8	–	–	427,8	–
37	=	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 785,4	128,2	331,0	2 326,3	– 255,8
38	–	Konsum 3)	2 409,3	–	237,8	2 171,5	–
39	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 59,7	–	59,7	–
40	=	Sparen	376,1	68,5	93,2	214,5	– 255,8

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.– 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2020 und 2021: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

		Gegenstand der Nachweisung	2019				
			Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
			S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	=	Bruttowertschöpfung	3 092,5	2 086,7	345,9	659,9	–
2	–	Abschreibungen	637,0	365,1	79,4	192,5	–
3	=	Nettowertschöpfung 1)	2 455,5	1 721,6	266,5	467,4	– 200,5
4	–	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 847,4	1 333,9	271,4	242,0	14,4
5	–	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	24,7	14,9	0,3	9,6	–
6	+	Empfangene sonstige Subventionen	28,4	26,5	0,2	1,7	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	611,8	399,3	– 5,1	217,6	– 215,0
8	+	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 848,4	–	–	1 848,4	13,4
9	–	Geleistete Subventionen	30,9	–	30,9	–	5,6
10	+	Empfangene Produktions- und Importabgaben	368,6	–	368,6	–	7,1
11	–	Geleistete Vermögenseinkommen	651,6	604,0	27,6	20,0	205,7
12	+	Empfangene Vermögenseinkommen	751,6	368,4	21,3	361,9	105,7
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 897,8	163,7	326,3	2 407,9	– 300,2
14	–	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	446,9	93,8	–	353,1	11,6
15	+	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	458,1	–	458,1	–	0,5
16	–	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	733,0	–	–	733,0	4,5
17	+	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	734,5	136,0	597,6	0,8	3,0
18	–	Geleistete monetäre Sozialleistungen	613,0	66,4	545,7	0,8	0,6
19	+	Empfangene monetäre Sozialleistungen	605,6	–	–	605,6	8,0
20	–	Geleistete sonstige laufende Transfers	356,2	188,3	78,6	89,2	54,5
21	+	Empfangene sonstige laufende Transfers	307,5	166,6	24,7	116,2	103,1
22	=	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 854,4	117,8	782,3	1 954,3	– 256,7
23	–	Konsumausgaben	2 494,3	–	698,9	1 795,4	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 60,4	–	60,4	–
25	=	Sparen	360,1	57,4	83,4	219,3	– 256,7
26	–	Geleistete Vermögenstransfers	69,2	18,2	40,3	10,7	4,1
27	+	Empfangene Vermögenstransfers	59,8	26,9	12,3	20,7	13,5
28	–	Bruttoinvestitionen	740,3	426,1	85,5	228,7	–
29	+	Abschreibungen	637,0	365,1	79,4	192,5	–
30	–	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 2,6	– 2,2	– 1,2	0,7	2,6
31	=	Finanzierungssaldo	250,0	7,2	50,4	192,4	– 250,0
		Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34		Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 854,4	117,8	782,3	1 954,3	– 256,7
35	–	Geleistete soziale Sachtransfers	448,6	–	448,6	–	–
36	+	Empfangene soziale Sachtransfers	448,6	–	–	448,6	–
37	=	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 854,4	117,8	333,7	2 403,0	– 256,7
38	–	Konsum 3)	2 494,3	–	250,3	2 244,0	–
39	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 60,4	–	60,4	–
40	=	Sparen	360,1	57,4	83,4	219,3	– 256,7

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2020 und 2021: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

		Gegenstand der Nachweisung	2020				
			Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
			S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	=	Bruttowertschöpfung	2 972,0	1 996,0	358,5	617,5	–
2	–	Abschreibungen	658,8	375,9	83,1	199,8	–
3	=	Nettowertschöpfung 1)	2 313,2	1 620,1	275,4	417,7	– 128,7
4	–	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 812,5	1 296,4	280,9	235,2	14,7
5	–	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	24,8	15,0	0,3	9,6	–
6	+	Empfangene sonstige Subventionen	33,4	31,2	0,2	2,1	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	509,2	339,9	– 5,6	174,9	– 143,3
8	+	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 814,1	–	–	1 814,1	13,0
9	–	Geleistete Subventionen	39,6	–	39,6	–	5,6
10	+	Empfangene Produktions- und Importabgaben	335,3	–	335,3	–	6,5
11	–	Geleistete Vermögenseinkommen	579,4	537,2	24,4	17,8	190,0
12	+	Empfangene Vermögenseinkommen	682,2	331,5	22,3	328,4	87,2
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 721,9	134,2	288,0	2 299,6	– 232,3
14	–	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	417,7	85,4	–	332,3	11,9
15	+	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	429,1	–	429,1	–	0,5
16	–	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	727,4	–	–	727,4	4,6
17	+	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	728,9	135,1	592,9	0,9	3,1
18	–	Geleistete monetäre Sozialleistungen	664,6	67,3	596,4	0,9	0,6
19	+	Empfangene monetäre Sozialleistungen	657,2	–	–	657,2	8,1
20	–	Geleistete sonstige laufende Transfers	366,7	192,0	83,7	91,0	55,4
21	+	Empfangene sonstige laufende Transfers	316,7	171,1	24,9	120,7	105,4
22	=	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 677,3	95,7	654,7	1 926,8	– 187,7
23	–	Konsumausgaben	2 421,7	–	734,1	1 687,6	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 61,3	–	61,3	–
25	=	Sparen	255,6	34,5	– 79,3	300,5	– 187,7
26	–	Geleistete Vermögenstransfers	136,2	18,4	107,0	10,9	4,3
27	+	Empfangene Vermögenstransfers	126,7	58,7	12,9	55,1	13,8
28	–	Bruttoinvestitionen	726,7	400,0	86,6	240,1	–
29	+	Abschreibungen	658,8	375,9	83,1	199,8	–
30	–	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 2,6	– 2,2	– 1,2	0,8	2,6
31	=	Finanzierungssaldo	180,8	53,0	– 175,8	303,7	– 180,8
		Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34		Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 677,3	95,7	654,7	1 926,8	– 187,7
35	–	Geleistete soziale Sachtransfers	463,6	–	463,6	–	–
36	+	Empfangene soziale Sachtransfers	463,6	–	–	463,6	–
37	=	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 677,3	95,7	191,1	2 390,4	– 187,7
38	–	Konsum 3)	2 421,7	–	270,5	2 151,2	–
39	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 61,3	–	61,3	–
40	=	Sparen	255,6	34,5	– 79,3	300,5	– 187,7

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2020 und 2021: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

		Gegenstand der Nachweisung	2021				
			Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
			S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	=	Bruttowertschöpfung	3 203,8	2 170,8	367,3	665,6	–
2	–	Abschreibungen	688,0	391,4	87,2	209,5	–
3	=	Nettowertschöpfung 1)	2 515,8	1 779,5	280,1	456,2	– 220,6
4	–	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 899,1	1 365,6	285,8	247,7	15,9
5	–	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	34,1	20,4	0,3	13,3	–
6	+	Empfangene sonstige Subventionen	39,8	37,1	0,2	2,5	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	622,5	430,6	– 5,7	197,6	– 236,5
8	+	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 901,4	–	–	1 901,4	13,6
9	–	Geleistete Subventionen	53,1	–	53,1	–	5,6
10	+	Empfangene Produktions- und Importabgaben	375,4	–	375,4	–	6,9
11	–	Geleistete Vermögenseinkommen	587,2	548,2	21,6	17,4	202,0
12	+	Empfangene Vermögenseinkommen	692,8	348,1	21,4	323,3	96,4
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 951,7	230,5	316,3	2 405,0	– 327,3
14	–	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	443,3	93,1	–	350,2	12,4
15	+	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	455,2	–	455,2	–	0,5
16	–	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	758,6	–	–	758,6	4,8
17	+	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	760,1	140,0	619,3	0,9	3,3
18	–	Geleistete monetäre Sozialleistungen	663,5	68,4	594,2	0,9	0,6
19	+	Empfangene monetäre Sozialleistungen	655,9	–	–	655,9	8,2
20	–	Geleistete sonstige laufende Transfers	379,1	194,4	92,5	92,2	56,0
21	+	Empfangene sonstige laufende Transfers	326,3	175,8	25,2	125,2	108,9
22	=	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 904,7	190,4	729,3	1 985,0	– 280,3
23	–	Konsumausgaben	2 555,6	–	763,4	1 792,2	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 62,1	–	62,1	–
25	=	Sparen	349,1	128,3	– 34,1	254,9	– 280,3
26	–	Geleistete Vermögenstransfers	83,0	18,7	53,2	11,1	4,4
27	+	Empfangene Vermögenstransfers	73,3	31,7	12,8	28,7	14,2
28	–	Bruttoinvestitionen	756,8	416,6	90,4	249,8	–
29	+	Abschreibungen	688,0	391,4	87,2	209,5	–
30	–	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 2,7	– 2,3	– 1,3	0,8	2,7
31	=	Finanzierungssaldo	273,2	118,4	– 76,5	231,4	– 273,2
		Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34		Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 904,7	190,4	729,3	1 985,0	– 280,3
35	–	Geleistete soziale Sachtransfers	496,0	–	496,0	–	–
36	+	Empfangene soziale Sachtransfers	496,0	–	–	496,0	–
37	=	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 904,7	190,4	233,2	2 481,1	– 280,3
38	–	Konsum 3)	2 555,6	–	267,4	2 288,3	–
39	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 62,1	–	62,1	–
40	=	Sparen	349,1	128,3	– 34,1	254,9	– 280,3

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2020 und 2021: Prognose des ifo Instituts.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2020 und 2021

	2019 (1)	2020 (2)	2021 (2)	2019 (1)		2020 (2)		2021 (2)	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
1. Entstehung des Inlandsprodukts Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Zahl der Erwerbstätigen	0,9	– 1,0	0,3	1,1	0,7	– 0,3	– 1,7	– 0,6	1,3
Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 3)	– 0,3	– 3,9	3,6	– 0,3	– 0,3	– 4,7	– 3,1	3,7	3,5
Arbeitsvolumen	0,6	– 4,8	3,9	0,8	0,4	– 5,0	– 4,7	3,0	4,8
Produktivität (4)	0,0	– 2,0	2,4	– 0,3	0,3	– 3,0	– 1,1	3,7	1,1
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	0,6	– 6,7	6,4	0,4	0,7	– 7,8	– 5,7	6,8	6,0
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2494,3	2421,7	2555,6	1216,1	1278,2	1169,7	1252,0	1243,7	1311,9
Private Konsumausgaben 5)	1795,4	1687,6	1792,2	878,1	917,3	816,8	870,8	872,8	919,4
Konsumausgaben des Staates	698,9	734,1	763,4	338,0	361,0	352,9	381,2	370,9	392,5
Bruttoanlageinvestitionen	746,5	716,9	774,6	359,6	386,9	346,9	370,0	367,5	407,1
Bauten	372,9	386,7	402,2	180,5	192,5	188,2	198,5	193,3	208,9
Ausrüstungen	239,8	193,1	230,1	115,8	124,1	93,4	99,7	106,5	123,6
Sonstige Anlagen	133,7	137,1	142,3	63,3	70,4	65,4	71,8	67,7	74,6
Vorratsveränderungen 6)	– 6,2	9,8	– 17,8	10,6	– 16,8	17,6	– 7,7	– 0,1	– 17,7
Inländische Verwendung	3234,7	3148,4	3312,4	1586,3	1648,4	1534,1	1614,3	1611,1	1701,3
Außenbeitrag	200,5	128,7	220,6	102,8	97,7	65,7	62,9	118,3	102,4
Nachrichtlich: in Relation zum BIP %	5,8	3,9	6,2	6,1	5,6	4,1	3,8	6,8	5,7
Exporte	1613,5	1391,3	1579,7	803,7	809,8	684,6	706,7	776,5	803,2
Importe	1412,9	1262,6	1359,1	700,8	712,1	618,8	643,8	658,3	700,8
Bruttoinlandsprodukt	3435,2	3277,1	3533,1	1689,1	1746,1	1599,9	1677,2	1729,3	1803,7
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	3,5	– 2,9	5,5	3,3	3,8	– 3,8	– 2,1	6,3	4,8
Private Konsumausgaben 5)	3,0	– 6,0	6,2	2,9	3,1	– 7,0	– 5,1	6,9	5,6
Konsumausgaben des Staates	5,0	5,0	4,0	4,4	5,6	4,4	5,6	5,1	3,0
Bruttoanlageinvestitionen	5,5	– 4,0	8,1	6,5	4,5	– 3,5	– 4,4	5,9	10,0
Bauten	8,3	3,7	4,0	9,6	7,2	4,3	3,1	2,7	5,3
Ausrüstungen	1,9	– 19,5	19,2	3,1	0,9	– 19,3	– 19,6	14,1	24,0
Sonstige Anlagen	4,4	2,6	3,7	4,5	4,2	3,2	1,9	3,5	4,0
Inländische Verwendung	3,1	– 2,7	5,2	4,1	2,1	– 3,3	– 2,1	5,0	5,4
Exporte	1,7	– 13,8	13,5	1,4	2,1	– 14,8	– 12,7	13,4	13,7
Importe	2,4	– 10,6	7,6	4,6	0,3	– 11,7	– 9,6	6,4	8,9
Bruttoinlandsprodukt	2,7	– 4,6	7,8	2,6	2,9	– 5,3	– 3,9	8,1	7,5
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015) a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2366,8	2273,1	2370,6	1164,5	1202,2	1105,1	1167,9	1163,8	1206,8
Private Konsumausgaben 5)	1708,8	1598,8	1680,8	840,1	868,7	773,3	825,5	822,0	858,8
Konsumausgaben des Staates	657,9	673,8	689,7	324,5	333,4	331,6	342,2	341,6	348,0
Bruttoanlageinvestitionen	683,6	644,9	685,9	330,9	352,7	312,8	332,1	326,3	359,7
Bauten	324,0	327,3	332,8	157,8	166,2	160,0	167,3	160,6	172,2
Ausrüstungen	232,9	186,6	221,5	112,7	120,2	90,0	96,7	102,4	119,1
Sonstige Anlagen	126,5	128,0	130,9	60,3	66,3	61,3	66,7	62,6	68,3
Inländische Verwendung	3054,1	2935,3	3049,4	1506,1	1548,1	1434,5	1500,9	1490,1	1559,3
Exporte	1572,6	1363,8	1546,5	785,5	787,1	670,0	693,7	761,7	784,8
Importe	1387,7	1281,3	1381,5	686,7	700,9	626,4	654,9	670,5	711,0
Bruttoinlandsprodukt	3240,7	3022,2	3215,8	1605,4	1635,1	1480,1	1542,1	1581,2	1634,6
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	1,9	– 4,0	4,3	1,6	2,2	– 5,1	– 2,8	5,3	3,3
Private Konsumausgaben 5)	1,6	– 6,4	5,1	1,5	1,7	– 8,0	– 5,0	6,3	4,0
Konsumausgaben des Staates	2,7	2,4	2,4	2,0	3,3	2,2	2,6	3,0	1,7
Bruttoanlageinvestitionen	2,6	– 5,7	6,4	3,4	1,8	– 5,5	– 5,9	4,3	8,3
Bauten	3,8	1,0	1,7	4,4	3,2	1,4	0,7	0,3	2,9
Ausrüstungen	0,6	– 19,9	18,7	2,0	– 0,6	– 20,2	– 19,6	13,9	23,2
Sonstige Anlagen	2,7	1,1	2,2	2,9	2,6	1,7	0,6	2,1	2,4
Inländische Verwendung	1,2	– 3,9	3,9	1,9	0,5	– 4,8	– 3,1	3,9	3,9
Exporte	1,0	– 13,3	13,4	0,3	1,7	– 14,7	– 11,9	13,7	13,1
Importe	2,5	– 7,7	7,8	3,6	1,5	– 8,8	– 6,6	7,0	8,6
Bruttoinlandsprodukt	0,6	– 6,7	6,4	0,4	0,7	– 7,8	– 5,7	6,8	6,0

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2019 (1)	2020 (2)	2021 (2)	2019 (1)		2020 (2)		2021 (2)	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	1,6	1,1	1,2	1,7	1,5	1,4	0,8	1,0	1,4
Private Konsumausgaben 5)	1,3	0,5	1,0	1,4	1,3	1,1	– 0,1	0,5	1,5
Konsumausgaben des Staates	2,3	2,5	1,6	2,4	2,1	2,2	2,9	2,0	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	2,9	1,8	1,6	3,0	2,7	2,1	1,6	1,6	1,6
Bauten	4,4	2,6	2,3	4,9	3,9	2,8	2,5	2,4	2,3
Ausrüstungen	1,3	0,5	0,4	1,1	1,5	1,0	– 0,1	0,2	0,6
Sonstige Anlagen	1,6	1,4	1,5	1,6	1,6	1,5	1,3	1,3	1,6
Inländische Verwendung	1,8	1,3	1,3	2,1	1,6	1,5	1,0	1,1	1,4
Exporte	0,8	– 0,6	0,1	1,1	0,4	– 0,1	– 1,0	– 0,2	0,5
Importe	– 0,1	– 3,2	– 0,2	0,9	– 1,1	– 3,2	– 3,2	– 0,6	0,3
Bruttoinlandsprodukt	2,1	2,3	1,3	2,1	2,1	2,7	1,8	1,2	1,5
5. Einkommensentstehung und -verteilung a) Mrd. EUR									
Primäreinkommen der privaten Haushalte	2407,9	2299,6	2405,0	1190,1	1217,8	1142,1	1157,5	1196,6	1208,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	326,2	321,3	336,3	158,1	168,1	156,2	165,1	163,3	173,0
Bruttolöhne und -gehälter	1522,2	1492,8	1565,1	727,1	795,1	716,7	776,1	750,0	815,1
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	559,5	485,5	503,5	304,9	254,6	269,2	216,3	283,4	220,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	489,9	422,3	546,8	220,7	269,3	168,9	253,4	232,4	314,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2897,8	2721,9	2951,7	1410,7	1487,1	1310,9	1410,9	1429,0	1522,7
Abschreibungen	637,0	658,8	688,0	316,1	320,9	327,9	330,9	341,7	346,3
Bruttonationaleinkommen	3534,8	3380,7	3639,7	1726,8	1808,0	1638,9	1741,8	1770,7	1869,0
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2560,2	2426,2	2629,5	1242,4	1317,8	1151,1	1275,1	1268,0	1361,5
Arbeitnehmerentgelte	1848,4	1814,1	1901,4	885,2	963,2	872,9	941,2	913,3	988,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	711,8	612,1	728,1	357,2	354,6	278,2	333,9	354,7	373,4
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte	3,0	– 4,5	4,6	2,9	3,0	– 4,0	– 5,0	4,8	4,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	5,1	– 1,5	4,7	5,4	4,8	– 1,2	– 1,8	4,5	4,8
Bruttolöhne und -gehälter	4,2	– 1,9	4,8	4,5	3,9	– 1,4	– 2,4	4,6	5,0
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,0	– 1,3	4,3	3,1	3,0	– 1,4	– 1,2	4,9	3,6
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,5	– 0,7	4,3	3,7	3,4	– 0,8	– 0,5	5,1	3,5
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	– 1,4	– 13,2	3,7	– 1,7	– 1,0	– 11,7	– 15,0	5,3	1,8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	– 0,1	– 13,8	29,5	– 0,8	0,5	– 23,5	– 5,9	37,6	24,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,4	– 6,1	8,4	2,3	2,5	– 7,1	– 5,1	9,0	7,9
Abschreibungen	4,6	3,4	4,4	4,5	4,8	3,7	3,1	4,2	4,7
Bruttonationaleinkommen	2,8	– 4,4	7,7	2,7	2,9	– 5,1	– 3,7	8,0	7,3
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2,3	– 5,2	8,4	2,2	2,3	– 7,3	– 3,2	10,2	6,8
Arbeitnehmerentgelte	4,4	– 1,9	4,8	4,6	4,1	– 1,4	– 2,3	4,6	5,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	– 2,7	– 14,0	19,0	– 3,3	– 2,1	– 22,1	– 5,9	27,5	11,8
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E. a) Mrd. EUR									
Masseneinkommen	1491,6	1526,5	1569,9	717,1	774,5	734,4	792,2	761,9	808,0
Nettolöhne und -gehälter	1021,2	1008,2	1056,8	483,1	538,1	479,2	529,0	502,0	554,8
Monetäre Sozialleistungen	605,6	657,2	655,9	300,7	304,9	323,6	333,5	330,3	325,5
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	135,2	138,8	142,8	66,7	68,5	68,4	70,4	70,4	72,4
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	559,5	485,5	503,5	304,9	254,6	269,2	216,3	283,4	220,2
Sonstige Transfers (Saldo)	– 96,8	– 85,2	– 88,4	– 49,3	– 47,5	– 45,3	– 39,9	– 44,3	– 44,1
Verfügbares Einkommen	1954,3	1926,8	1985,0	972,7	981,6	958,2	968,6	1000,9	984,1
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	60,4	61,3	62,1	29,4	31,0	29,8	31,5	30,2	31,9
Private Konsumausgaben 5)	1795,4	1687,6	1792,2	878,1	917,3	816,8	870,8	872,8	919,4
Sparen	219,3	300,5	254,9	123,9	95,4	171,2	129,3	158,3	96,7
Sparquote 7)	10,9	15,1	12,5	12,4	9,4	17,3	12,9	15,3	9,5
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Masseneinkommen	4,5	2,3	2,8	4,6	4,4	2,4	2,3	3,7	2,0
Nettolöhne und -gehälter	4,7	– 1,3	4,8	5,0	4,4	– 0,8	– 1,7	4,8	4,9
Monetäre Sozialleistungen	4,5	8,5	– 0,2	4,2	4,9	7,6	9,4	2,1	– 2,4
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	6,0	2,7	2,8	5,5	6,5	2,6	2,8	2,9	2,8
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	– 1,4	– 13,2	3,7	– 1,7	– 1,0	– 11,7	– 15,0	5,3	1,8
Verfügbares Einkommen	2,9	– 1,4	3,0	2,8	3,0	– 1,5	– 1,3	4,5	1,6
Private Konsumausgaben 5)	3,0	– 6,0	6,2	2,9	3,1	– 7,0	– 5,1	6,9	5,6
Sparen	2,3	37,0	– 15,2	2,4	2,0	38,1	35,5	– 7,6	– 25,2

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2019 (1)	2020 (2)	2021 (2)	2019 (1)		2020 (2)		2021 (2)	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates a) Mrd. EUR									
Einnahmen									
Steuern	826,6	764,4	830,6	415,6	411,0	394,0	370,4	414,1	416,5
Nettosozialbeiträge	597,6	592,9	619,3	290,0	307,6	288,7	304,2	301,6	317,7
Vermögenseinkünfte	21,3	22,3	21,4	13,1	8,2	14,2	8,2	12,4	9,0
Sonstige Übertragungen	24,7	24,9	25,2	11,1	13,6	12,0	12,9	12,1	13,1
Vermögensübertragungen	12,3	12,9	12,8	5,3	6,9	6,1	6,7	6,1	6,7
Verkäufe	125,9	127,4	133,1	59,2	66,6	58,7	68,7	62,0	71,1
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Einnahmen insgesamt	1608,5	1544,9	1642,5	794,5	814,0	773,8	771,1	808,4	834,1
Ausgaben									
Vorleistungen	178,9	193,0	197,5	81,6	97,4	87,0	106,0	90,5	107,1
Arbeitnehmerentgelte	271,4	280,9	285,8	130,4	141,1	135,2	145,7	137,8	148,0
Sonstige Produktionsabgaben	0,3	0,3	0,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	27,6	24,4	21,6	14,5	13,1	12,9	11,5	11,3	10,3
Subventionen	30,9	39,6	53,1	14,4	16,5	16,5	23,2	25,5	27,6
Monetäre Sozialleistungen	545,7	596,4	594,2	270,9	274,8	293,4	303,0	299,6	294,6
Soziale Sachleistungen	299,9	310,0	331,6	147,9	152,0	150,3	159,6	164,0	167,7
Sonstige Transfers	78,6	83,7	92,5	38,8	39,8	40,3	43,4	45,6	46,9
Vermögenstransfers	40,3	107,0	53,2	13,6	26,7	37,9	69,1	17,2	36,0
Bruttoinvestitionen	85,5	86,6	90,4	37,6	48,0	36,0	50,6	37,6	52,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 1,2	– 1,2	– 1,3	– 0,5	– 0,7	– 0,6	– 0,7	– 0,6	– 0,7
Ausgaben insgesamt	1558,1	1720,7	1719,0	749,2	808,9	809,1	911,6	828,6	890,4
Finanzierungssaldo	50,4	– 175,8	– 76,5	45,3	5,1	– 35,3	– 140,5	– 20,2	– 56,3
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	3,2	– 7,5	8,6	2,8	3,6	– 5,2	– 9,9	5,1	12,4
Nettosozialbeiträge	4,4	– 0,8	4,5	4,6	4,1	– 0,4	– 1,1	4,5	4,5
Vermögenseinkünfte	0,2	4,7	– 4,3	1,0	– 1,0	7,8	– 0,3	– 12,5	10,1
Sonstige Übertragungen	0,0	0,5	1,4	– 3,4	2,9	7,3	– 5,1	1,4	1,4
Vermögensübertragungen	– 6,5	5,0	– 0,6	– 4,5	– 7,9	15,3	– 2,9	– 0,7	– 0,5
Verkäufe	4,7	1,2	4,5	6,7	3,1	– 0,9	3,1	5,7	3,5
Sonstige Subventionen									
Einnahmen insgesamt	3,6	– 4,0	6,3	3,6	3,6	– 2,6	– 5,3	4,5	8,2
Ausgaben									
Vorleistungen	5,6	7,9	2,4	5,4	5,8	6,6	8,9	4,0	1,0
Arbeitnehmerentgelt	4,7	3,5	1,7	4,8	4,6	3,7	3,3	1,9	1,6
Sonstige Produktionsabgaben									
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	– 13,0	– 11,7	– 11,5	– 10,9	– 15,2	– 10,8	– 12,6	– 12,4	– 10,4
Subventionen	4,6	28,0	34,1	3,6	5,6	14,3	40,0	54,8	19,4
Monetäre Sozialleistungen	4,9	9,3	– 0,4	4,5	5,3	8,3	10,3	2,1	– 2,8
Soziale Sachleistungen	4,9	3,3	7,0	4,2	5,6	1,6	5,0	9,1	5,0
Sonstige Transfers	5,0	6,5	10,5	6,2	3,8	3,9	9,0	13,2	8,0
Vermögenstransfers	– 4,6	165,4	– 50,3	5,1	– 8,9	178,2	158,8	– 54,5	– 47,9
Bruttoinvestitionen	9,2	1,3	4,4	12,8	6,5	– 4,2	5,6	4,4	4,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern									
Ausgaben insgesamt	**4,5**	**10,4**	**– 0,1**	**4,7**	**4,4**	**8,0**	**12,7**	**2,4**	**– 2,3**
nachrichtlich:									
Finanzierungssaldo in % des BIP	1,5	– 5,4	– 2,2	2,7	0,3	– 2,2	– 8,4	– 1,2	– 3,1

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
2) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
3) Geleistete Arbeitsstunden.
4) Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je Erwerbstätigenstunde.
5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.
6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).